



1903

Nr. 7.

## Der 16. Juni.

Von

**Wolfgang Heine.**

(Berlin.)

Die praktischen Folgen, die sich an den 16. Juni, den grossen Tag knüpfen werden, lassen sich noch nicht ganz sicher abschätzen, und ans Prophezeien möchte ich mich nicht gerne wagen. Wohl aber lassen sich aus den Erfahrungen bei der Agitation und der Wahl bereits einige Lehren entnehmen.

Das ungeheure sprungartige Anschwellen der socialdemokratischen Stimmen kann den bürgerlichen Politikern und der Regierung ein Licht aufstecken und ihnen zeigen, dass man nicht ungestraft die Verteuerung der Lebensmittel des Volkes betreibt und seine wirtschaftliche Wohlfahrt, seine Industrie und seinen Handel bedroht. Besonders charakteristisch in dieser Beziehung ist der volle Misserfolg der Antisemiten bei der kleinbürgerlichen Bevölkerung. Es ist ungeheuerlich, wie sie namentlich in Berlin in diesen Volksschichten agitiert haben, wie sie die wirklich vorhandenen wirtschaftlichen Nöte der Kleinbetriebe für ihre Zwecke ausgenutzt, wie bedenkenlos sie die kleinen Gewerbetreibenden und Beamten durch erfundene oder entstellte angeblich socialdemokratische Aeusserungen aufzuregen, durch unerfüllbare Versprechungen an sich zu locken gesucht haben. Und trotz rührigster Arbeit und des Auftretens unermüdlicher geschickter Redner in Berlin ein Rückgang der antisemitisch-conservativen Stimmen in sämtlichen<sup>1)</sup> Wahlkreisen!

Aber dies Verdikt des Volkes hat fast noch wichtiger die mittelbaren Förderer der agrarischen Politik, die Männer der freisinnigen Volkspartei getroffen. Wenn diese Partei im Kampf gegen den Zolltarif ihren Mann gestanden hätte, so wäre — das ist nicht zu leugnen — unsere Agitation gegen sie in den kleinbürgerlichen Schichten, die in den Grossstädten Preussens den alten Besitz der Fortschrittspartei bildeten, sehr viel schwieriger gewesen: die Herren

<sup>1)</sup> Auch im ersten, wenn man berücksichtigt, dass ein erheblicher Teil der 1898 für den Nationalsocialen abgegebenen Stimmen diesmal dem Conservativen zugefallen sein dürfte.

Eugen Richter, Müller-Sagan und Fischbeck haben sich geradezu den Dank verdient, dass ihr Auftreten uns die wirksamsten Schlagworte geliefert hat. Nicht dass jemand dächte, sie selbst würden im Reichstage für die agrarischen Forderungen stimmen; auch die Frage, welche Handelsverträge die eine oder die andere Partei genehmigen würde, hat die Wähler nicht aufgeregt, sie ist ja auch ziemlich müssig, so lange man weder die Verträge selbst, noch die Parteiconstellationen kennt, unter denen über sie beschlossen werden muss. Aber das mindestens gleichgiltige Verhalten der freisinnigen Abgeordneten bei den Zolltarifverhandlungen im Reichstage, die feindseligen Angriffe gegen die Männer und die Kampfweise der Opposition, endlich auch die Fälle, in denen die Freisinnigen die Auslegung der Geschäftsordnung durch die Mehrheitsparteien gebilligt haben, sind vom Volke mit Recht als *indirecte Unterstützung* der agrarischen Anschläge und Gewalttaten und damit als ein *Verrat* an der Sache der städtischen Bevölkerung angesehen worden.

Dazu kam dann das Verhalten der freisinnigen Führer und des leitenden Organs der freisinnigen Volkspartei bei den letzten Nachwahlen der abgelaufenen Legislaturperiode und die Art ihrer Agitation bei den Wahlen selbst. Die famose *Stichwahltaktik*, wie die *Frankfurter Zeitung* sie wohlwollend genannt hat, war auf die grossen Städte berechnet, namentlich darauf, in Berlin drei Wahlkreise mit *antisemitischer* Hilfe zu erobern.

Die Freisinnigen streiten mit viel Emphase ab, dass irgend ein *Bündnis* dieser Art bestanden hätte, aber auf das Wort kommt es wahrlich nicht an. Das wird niemand leugnen können, dass die Calculation der freisinnigen Volkspartei und ihre Art der Agitation auf die Unterstützung durch die Antisemiten bei einer Stichwahl angelegt waren; diese Unterstützung aber war *zuge sagt*, und die Führer der Antisemiten in Berlin haben auch, was an ihnen lag, getan, um es zur Stichwahl zu bringen und diese Hilfe leisten zu können. Dass es nicht dazu gekommen ist, war nicht ihre Schuld, sondern die der Sache, die sie vertraten.

Dass nun gerade dieser Hauptteil der Rechnung zu schanden geworden ist, das ist die zweite wichtige Lehre, die sich aus dieser Wahl ergibt. Die Entrüstung der noch wirklich *freigesinnten* Wähler über diesen Handel hat sich in einem *massenhaften Abfall* von der freisinnigen Partei gezeigt. Man scheint in der *Leitung* der freisinnigen Partei nicht überlegt zu haben, dass eine Politik, die unter die Fittiche der *Staatsbürgerzeitung* kriecht, nicht jedermanns Geschmack sein kann. Auch die Art der freisinnigen Polemik gegen die *Socialdemokratie*, die sich an denunciatorischer Gehässigkeit kaum von dem unterschied, was man von den Antisemiten gewöhnt ist, musste abtossend wirken. Was gibt es schliesslich, das man einer Partei, die sich auf solche Kampfweise einrichtet, nicht zutrauen könnte? Gegenleistungen der Freisinnigen durch Unterstützung der agrarischen Reaction bei den Stichwahlen in der Provinz waren als der mindeste, selbstverständliche Preis, den die Freisinnigen für die antisemitische Stichwahlhilfe zahlen müssten, zu erwarten.

So ist der Ausfall der Wahl, namentlich in Berlin, zu einem Protest gegen diese allen Grundsätzen einer freiheitlichen Politik ins Gesicht schlagende Wahltaktik geworden und ein neuer Beweis dafür, dass die Socialdemokratie nicht nur als Classenvertretung der Arbeiter, sondern darüber hinaus als die Partei anerkannt wird, die vor allen berufen ist, die Gedanken geistiger und staatsbürgerlicher Freiheit im deutschen Volke zu vertreten und ihnen Geltung zu verschaffen.

So unwahr die Behauptung ist, die Socialdemokratie hätte *mit zusammengewolltem Banner und unter Verhüllung ihrer Ziele* gekämpft, so richtig ist dies: die Aufgaben und Ziele dieses Wahlkampfes gingen weit über die augenblicklichen Classeninteressen des socialdemokratischen Proletariats hinaus, sie umfassten das wirtschaftliche Wohl aller Kreise, die keine unmittelbaren Gewinne von der Hochzollpolitik erwarten können, also aller Arbeiter und im Privat- oder Staatsdienst angestellten Personen, der ländlichen Klein- und Mittelbesitzer, des städtischen gewerbetreibenden Mittelstands und des grössten Teils von Industrie und Handel. Ausserdem aber galt der Kampf der Erhaltung und Stärkung der Freiheit auf allen Gebieten.

Die Socialdemokratie ist entstanden als Ausdruck der Interessen und Forderungen der industriellen Arbeiterclassen und Organ ihres besonderen Classenkampfes. Aber, was schon die Begründer der Partei vorausgesehen haben, je mehr die wirtschaftliche Entwickelung die Zahl derer vermehrt hat, die dem Capitalismus ebenso oder ähnlich gegenüberstehen, wie die Arbeiter, je mehr ferner die Geistescultur zugleich Besitz, Waffe und Panier der aufstrebenden Arbeiterschaft geworden ist, um so mehr hat sich die Socialdemokratie zu der Partei entwickelt, die die Zukunft der gesamten Nation vertritt. Immer klarer tritt ihre Aufgabe hervor, die liberalen Parteien nicht einfach abzusetzen, sondern zu ersetzen, indem sie es übernimmt, die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit *nicht aufzulösen, sondern zu erfüllen*. Unter diesem Zeichen hat die Socialdemokratie einen erheblichen Teil ihres diesmaligen Stimmenzuwachses errungen. Die socialdemokratische Partei wird es als ihre stolze Pflicht betrachten, sich diese ihr zugefallene Führung im öffentlichen Leben der Nation zu erhalten.

Das kann sie, wenn sie in sich einig und doch frei ist. Die Gegner haben vor den Wahlen grosse Hoffnungen auf die inneren Differenzen in der Socialdemokratie gesetzt, ermutigt durch gerade noch in der letzten Zeit hervorgetretene Bevormundungsversuche und unerfreuliche Polemiken, die sich zum Teil gegen im Wahlkampf stehende Genossen richteten. Es gehört zu den schönsten Erscheinungen dieses grossen Kampfes, dass alle Unterschiede der Personen und Richtungen dem Feinde gegenüber verschwunden sind und dass Genossen, die manchen Strauss mit einander ausgefochten haben, sich ohne Bedenken wechselseitig agitatorische Hilfe geleistet haben. So stehen wir nach aussen geschlossen da.

Aber dieses brüderliche Zusammenwirken ist nur möglich, wenn kein

unbrüderlicher Zwang die Freude an unserer Sache stört. Einigkeit heisst nicht Einheit; eine Partei, deren Anhänger rund drei Millionen zählen, darf nicht engherzig sein, muss die Freiheit der Grundsätze anerkennen und sich neuen Aufgaben gegenüber fähig erweisen, ihre Praxis fortzubilden. Wodurch wir so grosse Erfolge errungen haben, das müssen wir uns bewahren: **Einigkeit im Handeln, Freiheit im Denken.**

## Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?

Von  
**Eduard Bernstein.**

(Berlin.)

Der diesmalige Reichstagswahlkampf hat der Socialdemokratie in Bezug auf Mehrung der Stimmen und Eroberung von Mandaten einen Erfolg gebracht, wie ihn kaum die grössten Optimisten in der Partei erwartet hatten. In jeder Hinsicht numerisch gestärkt zieht die Socialdemokratie in den neuen Reichstag ein.

Wie wird sich dieser Zahlengewinn politisch übersetzen? Wird er die Machtstellung der Socialdemokratie ausserhalb und innerhalb des Parlaments im entsprechenden Verhältnis stärken? Wird er die politische Entwicklung Deutschlands im Sinne einer Mehrung oder in dem einer einstweiligen Verkürzung der Volksrechte beeinflussen? Und welche Rückwirkung wird er auf die Taktik innerhalb und ausserhalb des Parlaments ausüben? Das sind Fragen, die sich im Augenblick der Socialdemokratie geradezu von selbst aufdrängen.

Denn unberührt kann dieser grosse Zuwachs der Socialdemokratie keines der erwähnten Momente lassen. Im politischen Leben sind die Dinge so eng verknüpft, dass — ganz wie in einer Gleichung — kein einzelnes Glied grössere Veränderungen erleiden kann, ohne dass die anderen oder deren Beziehungen gleichfalls in der einen oder anderen Weise Veränderungen unterliegen. Mit genau demselben Programm wird und muss eine Partei, die gegen ein Drittel aller abstimmenden Wähler hinter sich hat, ganz anders auf das öffentliche Leben einwirken, als eine Partei, für die nur ein Fünftel der abstimmenden Wähler ihre Stimme abgegeben haben, mag auch die Verfassung des Landes dem Buchstaben nach dieselbe, die Regierungsgewalt und ihr Beamtenorganismus formal unverändert, das Schema der übrigen Parteien das gleiche geblieben sein. Selbst wenn in der Zunahme der socialistischen Stimmen eine blosser Mengenveränderung vorläge und sie nicht auch, was doch tatsächlich der Fall, in erheblichem Grade der Ausdruck sehr realer sozialer Veränderungen wäre, würde dies genügen, den Schwerpunkt der Politik und des moralischen Einflusses der politischen Gewalten wesentlich zu verschieben.

Allerdings wird im Parlament die Vermehrung der socialistischen Mandate dadurch in ihrer vollen Wirkungskraft beeinträchtigt, dass ihr ein erheblicher Rückgang der Mandate der bürgerlichen Linken gegenübersteht, die Centrumparteien und die conservative Rechte aber, als compacte Mehrheit betrachtet, nur wenig an Mandaten eingebüsst haben. Und es wird, wie schon jetzt in der Presse der Mehrheitsparteien, seinerzeit von deren Parlamentariern das möglichste aufgeboten werden, durch Betonung dieses Umstands die Bedeutung der Wahl vom 16. Juni nach Möglichkeit zu verkleinern, das Stärkeverhältnis der Parteien nach Möglichkeit zu verdunkeln, um ihm in den Abstimmungen desto ungeschwächerer Trotz bieten zu können. Für die Social-

demokratie ergibt sich im Angesicht der nicht misszuverstehenden Anzeichen dieser Politik ihrer Gegner als selbstverständlich die Pflicht, allen Versuchen der Verkleinerung oder Verdunkelung ihres Wahlerfolges nach Möglichkeit von vornherein entgegenzuarbeiten.

Aus diesen und anderen Gründen muss sie unseres Erachtens diesmal mit aller Entschiedenheit darauf bestehen, dass ihr im Präsidium des Reichstags diejenige Vertretung eingeräumt werde, die ihrer Fraktionsstärke entspricht. Im vorigen Reichstag ward sie ihr unter Hinweis auf die sogenannten *Repräsentationspflichten* der Reichstagspräsidenten — die Besuche beim Reichsoberhaupt —, an denen sich ein Socialdemokrat nicht beteiligen würde, vorenthalten. Es ist aber nicht einzusehen, warum der für das Reichstagspräsidium Regel gewordene Gebrauch, dem Reichsoberhaupt bei gewissen Anlässen einen Besuch abzustatten, für die Socialdemokratie ein Grund sein soll, den Gegnern einen Vorwand für die Uebergang der Partei bei der Zusammensetzung des Präsidiums zu liefern. Durch solche Formalitäten werden die politischen Grundsätze der Socialdemokratie in keiner Weise berührt. Sie haben ganz unbestreitbar viel weniger auf sich, als die Treueide zu gunsten des Monarchen und der monarchischen Verfassungen, welche in den verschiedenen Staaten Deutschlands von den Abgeordneten bei Eintritt in die Landesvertretung geleistet werden müssen und socialistischerseits auch geleistet worden sind und noch geleistet werden. Die betreffenden Eidesformeln gehen in der Anerkennung der monarchischen Regierungsform als einer gesetzlichen Tatsachelichkeit meist noch weit über das hinaus, was etwa ein Pflichtbesuch beim Monarchen in dieser Hinsicht bedeuten würde. Wer es seiner republikanischen Gesinnung schuldig zu sein glaubt, keine ihm nicht durch das Gesetz zwangsweise auferlegte Handlung zu begehen, durch welche die gegebene Staatsverfassung als zur Zeit zu Recht bestehend anerkannt wird, würde vieles nicht tun dürfen, was heute von Socialdemokraten alle Tage unbedenklich getan wird. Jeder freiwillige Eintritt in den Staatsdienst, selbst die Annahme der Vergünstigungen des sogenannten *Freiwilligendienstes* beim Heer wären ihm verwehrt. Sicherlich gibt es für das Verhalten des Bekenner demokratischer und republikanischer Grundsätze Grenzen, die er nicht überschreiten darf, will er diese Grundsätze nicht als hohle Declamationen erscheinen lassen. Er wird zum Beispiel an keiner Demonstration teilnehmen, welche auf eine Verherrlichung des monarchischen Princips hinausläuft. Eine solche Verherrlichung kann aber im Besuch des Reichstagspräsidiums beim deutschen Kaiser nicht gefunden werden.

Dies um so weniger, als die deutsche Reichsverfassung mit all ihren Mängeln von allen Verfassungen in Deutschland gerade diejenige ist, die in Bezug auf Entstehung und Satzungen den republikanischen Grundsätzen am nächsten kommt. Sie ist nicht die Legitimierung irgend welchem erblichen Rechts einer Dynastie über das deutsche Volk, sie gibt keinem Erbmonarchen das Recht, das deutsche Volk als sein Volk zu bezeichnen, sie kennt keinen *Kaiser von Deutschland*, auch keinen *Kaiser der Deutschen*, sie überträgt nur auf Grund von Bestimmungen, die eine ordnungsgemäss gewählte Vertretung der Nation seiner Zeit mit beschlossen hat, gewisse Functionen und mit ihnen die Würde eines *Deutschen Kaisers* an den jeweiligen Träger der preussischen Krone. Wie es auch mit dem Recht der Dynastie in Preussen beschaffen sein mag, als *Deutscher Kaiser* ist ihr Vertreter verfassungsgemäss in nicht viel anderer Lage, als der Präsident einer Republik, und auf Grund dieser Eigenschaft allein werden ihm die Besuche der Reichstagspräsidenten zu teil. Ein Socialist und Demokrat vergibt sich nicht das geringste, wenn er als Vertreter der gewählten gesetzgebenden Behörde des

Reichs dem verfassungsmässig eingesetzten Präsidenten der Vollziehungsgewalt jährlich einen oder zwei Besuche abstattet. Er kann aber viel dazu beitragen, bei diesen Besuchen die Würde der Volksvertretung zur Geltung zu bringen.

Von welchem Wert es aber ist, dass die Socialdemokratie einen Vertreter im Reichstagspräsidium hat, haben die Vorgänge gezeigt, die in den Decembertagen 1902 die hastige, jede gründliche Beratung ausschliessende Annahme des neuen Zolltarifs durch grobe Vergewaltigungen der Geschäftsordnung des Reichstags vorbereiteten. Da dieselben Parteien, welche jene Vergewaltigungen vornahmen, die Mehrheit des neuen Reichstags bilden, muss man auch von ihnen gewärtigen, dass sie gegebenenfalls zu gleichen Handlungen bereit sein werden. Um so mehr bedarf die Minderheit des Reichstags als Bürgen gegen solche Gewalttacte einer eigenen Vertretung im Präsidium. Die Weigerung, an den Regel gewordenen Besuchen beim Reichsoberhaupt teilzunehmen, würde es der Mehrheit leicht machen, der Minderheit diese Bürgschaft abzuschlagen. Es empfiehlt sich meines Erachtens daher, von dieser Weigerung Abstand zu nehmen und es darauf ankommen zu lassen, ob die Mehrheit selbst dann der Socialdemokratie eine Vertretung versagt, auf welche diese gemäss dem überkommenen Brauch des Parlaments unbedingt Anspruch hat. Tut sie es, so wird man darin ein Anzeichen dafür zu erblicken haben, dass von den massgebenden Vertretern dieser Parteien weitere Vergewaltigungen in Aussicht genommen sind, und sich auf sehr heftige Kämpfe vorbereitet halten müssen.

Eine Verschärfung der Gegensätze im Parlament ist schon durch den Rückgang der Gruppen der Freisinnigen gegeben, die bisher immer noch eine Art von Puffer zwischen der Coalition der Rechtsparteien einerseits und der Socialdemokratie andererseits bildeten, nun aber mit dem relativ grossen Verlust von Mandaten auch entsprechend an Ansehen eingebüsst haben.

Dieser Rückgang des bürgerlichen Radicalismus ist sicher eine der unerfreulichsten Erscheinungen des Wahlausganges, wenn er auch gerade nicht überraschend gekommen ist. Für jeden leidlichen Beobachter der Dinge war er vielmehr vorauszusehen. Alle Factoren des politischen Lebens in Deutschland haben darauf hingewirkt, ihn herbeizuführen: die wirtschaftliche Entwicklung und das von ihr bedingte Anwachsen der socialdemokratischen Arbeiterbewegung, die Zwitternatur des deutschen Parlamentarismus, die Zersplitterung der an sich schon kleinen Fraction der Freisinnigen und die himmelschreienden politischen Sünden des Führers der stärksten dieser Fractionen, unter deren Einfluss der Name *Freisinn* in den weitesten Kreisen der Bevölkerung jeden Credit eingebüsst hat. So sehr es widerstrebt, auf einen Unterlegenen noch nach der Niederlage loszuschlagen, und so viel schon über die Fehler der Richterschen Parteiführung geschrieben worden ist, kann ich doch nicht umhin, das früher hier über diesen Gegenstand Gesagte<sup>1)</sup> noch durch einige Bemerkungen zu ergänzen.

Man hört in Deutschland immer wieder die Meinung aussprechen, dass der Rückgang der freisinnigen Partei eine naturnotwendige Erscheinung sei. Notwendig ist in gewissem Sinne schliesslich alles, was geschieht, insofern jeder Vorgang die notwendige Folge des Zusammenwirkens gewisser anderer Vorgänge ist. Aber man braucht sich nur ausserhalb der Grenzen Deutschlands etwas umzuschauen, um zu erkennen, dass der Wegfall des bürgerlichen Radicalismus keine naturnotwendige Folge einer Wirtschaftsentwicke-

<sup>1)</sup> Vergl. unter anderm den Artikel *Ein Ausblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen* in den *Socialistischen Monatsheften*, 1903, I. Bd., pag. 180 ff.

lung und Classengliederung ist, wie wir sie zur Zeit in Deutschland vor uns sehen. Frankreich sowohl wie England, das eine etwas weniger, das andere stärker industrialisiert, als Deutschland, weisen beide noch recht leistungsfähige bürgerlich-radicalen Parteien auf, obwohl es in beiden Ländern an einer aggressiven socialistischen Arbeiterbewegung keineswegs fehlt. Untersucht man die Gründe dieses Fortbestandes, so wird man neben dem vom deutschen wesentlich abweichenden Entwicklungsgang, Charakter und Einfluss der Volksvertretungen in diesen Ländern auch auf eine wesentlich andere Taktik der leitenden Führer der bürgerlich-radicalen Partei dieser Länder der socialistischen Arbeiterbewegung gegenüber stossen. Obgleich die socialistische Agitation in beiden Ländern es an heftigem Ansturm wider den bürgerlichen Radicalismus zu keiner Zeit hat fehlen lassen, sehen wir doch die hervorragenden Führer des letzteren immer wieder bemüht, wie mit der übrigen, so auch mit der socialistischen Arbeiterbewegung in Fühlung zu bleiben. Es ist dies sehr genau geschichtlich zu verfolgen; wir müssen uns indes hier auf die Gegenwart beschränken.

In Frankreich ist diese Tendenz in der letzten Zeit so demonstrativ zu Tage getreten, dass man nur die Namen *Waldeck-Rousseau* und *Combes* zu nennen braucht, um sie auch dem Blödesten vor Augen zu führen. Aber auch der bedeutendste theoretisierende Führer des zeitgenössischen bürgerlichen Radicalismus in Frankreich, Herr Léon Bourgeois, macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Erklärter Gegner des revolutionären Communismus, hat er doch in seinen Auseinandersetzungen über die Solidarität ein Verständnis für und ein Eingehen auf die Ideenwelt der socialistischen Arbeiterbewegung der Gegenwart gezeigt, die selbst dem socialistischen Gegner Achtung abnötigte. Die politische Gruppe, an deren Spitze Bourgeois steht, nimmt in der französischen Kammer etwa den Platz ein, wo im deutschen Reichstag die Partei Eugen Richters sitzt oder bisher, sass. Statt aber aus der socialistischen Literatur kunstvoll Material zur Verhetzung der bürgerlichen Classen wider den Socialismus zusammenzuschneiden, sucht der französische Politiker sich mit den Socialisten ruhig und sachlich darüber auseinanderzusetzen, wie sich die diesen Schriften zu Grunde liegenden Gedanken auf die Gesellschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung anwenden lassen.

Gehen wir nach England, so finden wir bei den Führern der bürgerlichen Linken ein ähnliches Bemühen. Noch als die gegenwärtige socialistische Bewegung Englands in ihren Anfängen war, liessen sich so populäre Führer des bürgerlichen Radicalismus, wie es damals Bradlaugh und Labouchère waren, willig auf öffentliche Disputationen mit den Wortführern der neuen Bewegung ein. Und heute, wo die Ideen dieser Bewegung in der Arbeiterschaft weit hin Boden gefasst haben und sich in dem Drang nach unabhängigen Arbeitervertretern politisch äussern, sehen wir die Führer der liberalen Partei sich darauf vorbereiten, diesem Drang in solcher Weise Rechnung zu tragen, dass zwischen ihrer Partei und den neuen Vertretern der Arbeiter wenigstens ein freundnachbarliches Verhältnis möglich bleibt. In diesem Sinne haben sie bei der letzten Hauptwahl unter anderem in Derby die unabhängige Candidatur des Eisenbahners Bell, so vor mehreren Wochen in Woolwich die Candidatur des von den Arbeiterverbindungen aufgestellten Arbeiters Crooks tatkräftig unterstützt. Noch bezeichnender ist folgender, in die allerletzte Zeit entfallende Vorfall.

In der Industriestadt Preston in Lancashire war infolge plötzlichen Ablebens des bisherigen Abgeordneten eine Nachwahl notwendig geworden. Neben den dort sehr starken Conservativen trat alsbald die ausgesprochen socialistische *Unabhängige Arbeiterpartei* mit ihrem Mitglied, dem Gewerk-

schafter Hodge, Führer der schottischen Stahlhüttenarbeiter, auf den Plan. Nach einiger Ueberlegung, die ihnen sagte, dass bei der relativen Stärke der Arbeiterpartei eine liberale Candidatur aussichtslos sein und nur den Sieg des Conservativen sicherstellen würde, beschlossen die Liberalen Prestons, auf eine solche zu verzichten und die des Socialisten Hodge zu unterstützen. Kaum wurde der Beschluss bekannt, als auch aus dem Hauptquartier der Liberalen, vom Einpeitscher der Partei, Herbert Gladstone, ein Telegramm nach Preston abging, das die dortigen Mitglieder der Partei zu ihrem Entschluss beglückwünschte, und am Wahltage selbst (15. Mai 1903) erhielt der socialistische Candidat von der gerade in Scarborough (Ost-Yorkshire) versammelten Generalversammlung des Nationalrats der liberalen Partei folgendes Telegramm: »Hier versammelter Rat des liberalen Verbands wünscht Ihnen von Herzen Erfolg.« Der Antrag, dies Telegramm abzusenden, war der Versammlung vom Vorsitzenden des Bundes, Sir Augustine Birrell, vorgeschlagen und unter lauten Beifallsbezeugungen angenommen worden.

Wer die deutsche Parteigeschichte kennt, dem wird, wenn er dies liest, unwillkürlich die Erinnerung an ein anderes Telegramm aufsteigen, das da lautete: »Lieber Lucius als Kapell.« Als Eugen Richter vor einem Vierteljahrhundert dies Telegramm abschickte, sprach er seiner Partei schon geschichtlich das Todesurteil. Indem er die Tür nach links verrammelte, unterband er die Canäle, aus denen seiner Partei neues und jugendkräftiges Leben hätte zufließen können.

Das Programm, unter welchem Kapell damals kämpfte, war, soweit unmittelbar anwendbar, in keiner Weise radicaler, als etwa das Programm, welches Hodge in Preston vertritt. Aber wenn es selbst viel radicaler gewesen wäre, musste ein leidlich radical denkender Liberaler, wenn er zwischen einem Conservativen und einem Vertrauensmann der Arbeiter zu wählen hatte, dem letzteren den Vorzug geben.

In der erwähnten Generalversammlung des liberalen Verbands von Grossbritannien legte Mr. Birrell der von über 1600 Delegierten besuchten Versammlung einen Schriftsatz über die in England brennend gewordene Frage der Arbeitervertretung zur Beratung vor, der wie folgt lautete:<sup>2)</sup>

»Erstens, alle guten Liberalen wünschen das Haus der Gemeinen sowohl in Bezug auf seine Eigenschaft als Vertretungskörper, als auch in Bezug auf seine Debattierfähigkeit durch eine grössere Anzahl von Mitgliedern verstärkt zu sehen, die im Genuss des Vertrauens und, collectiv betrachtet, im Besitz der Erfahrungen von Hunderttausenden von Staatsbürgern sind, welche um Wochenlohn mit der Hand arbeiten. Zweitens haben gute Liberale in jenen Wahlkreisen, wo die Arbeitervertretung zur Debatte steht, nicht den Wunsch, blosser Parteiticketts ehrlichen Männern anzuheften, die durch ihre Reden und Abstimmungen im Parlament Frieden, Fortschritt und Reform fördern würden. (Beifall.) Drittens müssen Arbeitervertreter, die Sitze zu erkämpfen suchen, wo keine reine Arbeitermehrheit für sie vorhanden ist, sich darüber klar werden, ob sie mit Hilfe von liberalen oder von Torystimmen in das Parlament zu kommen wünschen. (Beifall.) Viertens, wenn mittels Torystimmen, so können Liberale natürlich nichts mit ihnen zu tun haben; wenn aber mittels liberaler Stimmen, so müssen die Arbeitervertreter, wie unabhängig sie auch bleiben, nicht die Partei verhöhnen, der die liberalen Wähler angehören (Beifall), noch sollten auf der anderen Seite Mitglieder liberaler Vereine es ablehnen, den Anspruch der Arbeiter auf directe Vertretung im Parlament in freundschaftlicher Weise abzuwägen. (Lebhafter Beifall.) Fünftens ist die Frage eine solche, die schliesslich nur von den Wahlkreisen selbst entschieden werden kann. Das Hauptquartier kann nur Rat erteilen, wo es darum angegangen wird. [Folgen mehr technische Betrachtungen über diesen Punct.] Endlich kann und sollte daher, wenn auch in letzter Instanz die Wähler an der Urne den Entscheid

<sup>2)</sup> Wir citieren nach dem Bericht des *Daily Chronicle* vom 15. Mai 1903.



geben müssen, doch in den meisten Fällen, wo Schwierigkeiten über die Ansprüche von Candidaten aus den Reihen der Arbeiter und solchen ausserhalb dieser Reihen sich erhoben haben, die Frage in einer Conferenz geschlichtet werden, in der alle im Wahlkreise für den Fortschritt wirkenden Elemente, mögen sie heissen, wie sie wollen, vertreten sind. Es kann aber nicht erwartet werden, dass die Liberalen auf solcher Conferenz die Acceptierung von Arbeitervertretern unterstützen, wenn diese nicht willig sind, unbeschadet der Aufrechterhaltung und Vorbehaltung ihrer persönlichen Unabhängigkeit, sich, wie es der Arbeitercandidat in Woolwich getan, zu verpflichten, bei Wahl ins Parlament mit allen Kräften die allgemeine Sache des Friedens, der Wirtschaftlichkeit, der Temperenz, der religiösen Freiheit, der Finanz- und Wahlreform zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Der Schriftsatz wurde nach kurzer Unterstützung durch den Gröss-industriellen Mr. Charles Maclaren von der Versammlung genehmigt. Mr. Maclaren erklärte, er hoffe auf eine starke Vermehrung der Arbeitervertreter im Parlament. Er glaube an die Organisation der Arbeiter, und spreche als ein Mann, der in allen Teilen des Landes Arbeiter beschäftige.

Es liegt kein Grund vor, die englischen Liberalen ob dieses Beschlusses in den Himmel zu erheben. Sie machen ganz offenbar aus der Not eine Tugend. Sie sehen sich einer starken Bewegung gegenüber, von der sich gezeigt hat, dass, wo sie zu einer politischen Action führt, sie vor allem den Besitzstand ihrer, der liberalen, Partei bedroht, und dass der liberale Arbeitercandidat alten Schlages nicht genügt, das Unheil abzuwenden. Ihr politischer Verstand sagt ihnen, dass sich dagegen stemmen den eigenen Ruin beschleunigen hiesse. Denn in dem Moment, wo sie die Masse der vorwärtsstrebenden Arbeiter zu Gegnern hat, hat die liberale Partei als grosse, regierungsfähige Partei zu existieren aufgehört. So geht sie einen Schritt weiter und erklärt sich auch mit Arbeitercandidaturen einverstanden, die der liberalen und conservativen Partei gegenüber absolute Unabhängigkeit proclamieren, das heisst entweder ausgesprochen oder doch dem Wesen nach socialistisch sind. Sie begegnet damit dem Vorwurf, dass sie die Arbeiter für capitalistische Zwecke bevormunden wolle, und sichert sich so die Möglichkeit, selbst mit einem grossen Teil derjenigen Arbeiter und Arbeiterführer in Fühlung zu bleiben, der der liberalen Parteiorganisation und der liberalen Führerschaft den Rücken gekehrt hat.

Für unsere politischen Gesinnungsgenossen in England ist damit das Werk der Organisation einer starken socialdemokratischen Partei unzweifelhaft sehr erschwert. Je folgerichtiger die Liberalen im Sinne der Birrellschen Thesen handeln, um so länger werden möglicherweise unsere englischen Freunde sich gezwungen sehen, im wesentlichen die nicht sehr dankbare Rolle der Ausrüster der Fahrzeuge anderer zu spielen. Unter diesem Gesichtspunct ist selbst die bedingungslos gewährte Unterstützung von unabhängigen Arbeitercandidaten durch die Liberalen ein Danaergeschenk. Aber es handelt sich hier zunächst um die Frage, was eben vom Standpunct der *Danaer*, das heisst der Liberalen, das Vorteilhafteste ist. Und man braucht nur daran zu denken, wie oft die liberale Partei Englands von inneren und äusseren Feinden so bedrängt war, dass jedermann ihren Tod voraussah, und wie sie sich dann doch immer wieder erholt und neue Kraft gewonnen hat, zu kämpfen und selbst zu siegen, um auch die Antwort auf diese Frage zu finden. Was die liberale Partei verjüngte, war, dass sie verstand, aus ihren Niederlagen zu lernen und neuen Tendenzen im Volk, die sich auf der Linie des Fortschritts bewegten, Rechnung zu tragen, sobald sie eine gewisse Kraft erlangten. Hätten sie nach dem Motto *Lieber Lucius als Kapell* gearbeitet, so würde die liberale Partei auch dem Schicksal des deutschen Freisinns nicht entgangen sein.

Nein, nichts als die naturnotwendige Folge der socialen Classenentwicklung Deutschlands ist der Niedergang der freisinnigen Partei zu betrachten, sondern, wie schon bemerkt, als die naturnotwendige Folge der beispiellosen Kurzsichtigkeit der Führer ihres stärksten Flügels und eines Theils der Angehörigen der anderen Fractionen. Und nicht eine unerhört wilde Agitation der Socialdemokratie, von der die Richterschen Blätter schreiben, sondern im Gegenteil die unerhört abgeschmackte Socialistenhetzerei der Richterschen Presse hat dessen Partei bei der jetzigen Wahl die tiefsten Wunden geschlagen.

Wie bei allen sonstigen Massenactionen spielt auch bei Wahlen das Gefühlsmoment die grösste Rolle. Massen urtheilen, um es bildlich auszudrücken, nie lediglich mit dem Kopf, sondern stets zugleich in hervorragendem Grade mit dem Herzen. Auch der Parteiführer, der kein Demagoge ist, muss mit dieser Tatsache rechnen. Er muss an das Grosse in der Menschenatur, an die edleren Leidenschaften appellieren, den geistigen Horizont seines Publicums dadurch erweitern, dass er die grossen Gesichtspuncte des geführten Kampfes in den Vordergrund rückt, und so die Gemüther mit Mut und Begeisterung erfüllen. Fast alles, was aus dem Richterschen Lager am Vorabend und während des Wahlkampfes in Wort und Schrift ruchbar geworden ist, wirkte in entgegengesetzter Richtung und musste so wirken. Wie Richters objectiv und subjectiv unberechtigte Kritik der Zolltarifobstruction das Spiel der Zollwucherparteien unterstützt hatte, so waren seine anti-socialistischen Wahlflugschriften, sein magßloses Geschrei über socialdemokratischen Terrorismus, wenn einmal Socialisten es wagten, in liberalen Wahlversammlungen sich zu zeigen, bloss Wasser auf die Mühle aller Reactionäre. Die kleine Reactionspresse in der Provinz lebte fast nur von den Hetzartikeln und Hetznotizen der *Freisinnigen Zeitung* wider die Socialisten. So wurde der Philister noch philiströser, der Angstmeier noch angstmeierlicher, der Spiessbürger noch spiessbürgerlicher gesinnt. Wer aber sich so recht an Furcht und Abscheu vor den socialdemokratischen Terroristen vollgesogen hat, nun, der wählt eben möglichst conservativ, aber nicht den Freisinnsmann, der ihm ja doch nur schwache Garantien wider jene bieten kann. Wahrhaft grosse liberale Parteiführer haben sich niemals dazu verleiten lassen, den Kreuzzug wider die links von ihnen stehenden Parteien zu predigen. Wo sie auf sie Bezug nahmen, taten sie es fast immer nur, um aus deren Agitationen Argumente für die Reformen abzuleiten, für die sie grade kämpften. Wenn sie von Excessen linksstehender Elemente sprachen, geschah es, um sie als den irgeleiteten Ausdruck berechtigter Unzufriedenheit, auf Entgegenkommen Anspruch habenden Reformdrangs ins Feld zu führen. Als der betagte Gladstone 1892 während seines letzten Wahlfeldzugs in einer Versammlung seines Wahlkreises die Notwendigkeit der Reform des jetzigen Wahlrechts auseinandersetzte, unterbrach ihn ein socialistisch gesinnter Bergarbeiter mit den Worten: »Genug von politischen Reformen, wir wollen sociale Reformen!« Was tat darauf der alte Parteiführer? Schrie er hektisch in alle Welt hinaus: Rettet das bedrohte Versammlungsrecht! Liess er den kecken Unterbrecher durch Ordnungsbeamte aus dem Saale entfernen? Ach nein, er tat nichts dergleichen, sondern gab ihm ganz ruhig die wahrhaft classischen Worte zur Antwort: »Mein lieber Herr, ich kenne keine socialere Reform, als die Wahlreform.«

Wenn die freisinnige Partei bei den Wahlen Erfolge erzielen wollte, dann musste sie sich bemühen, als die Kraft zu erscheinen, die geeignet und im stande sei, das, weil von den gedrücktesten Classen der Bevölkerung ausgehend, notgedrungen sich in etwas ungestümen Formen manifestierende Reform-

verlangen der äussersten Linken in unmittelbar realisierbare Forderungen umzusetzen, beziehungsweise solche aus ihm herauszuschälen und so den scheinbar alles mit Ueberschwemmung bedrohenden Strom in ruhigere Bahnen zu lenken. Sie musste zu zeigen versuchen, dass im Lager der Opposition neben der treibenden auch noch eine regulierende Kraft am Platze und dass und warum es ihre, der bürgerlichen Linken, Mission sei, diese Rolle auszufüllen. Nur indem sie ihre Aufgabe so auffasste, hätte die bürgerliche Linke noch eine Function im Parlament, die ihren Fortbestand geschichtlich rechtfertigte. Andernfalls, kann man mit Gutzkows Spinoza sagen, ist sie nichts und mag geruhig sterben.

Nur wenige, sehr wenige Freisinnige haben das begriffen. Wie weit gerade die Richtersche Schule von solcher Auffassung noch entfernt ist, zeigte dem Schreiber dieses ein Placat, mit dem ein Jünger dieser Schule in einer deutschen Mittelstadt zur Entgegennahme seines Wahlprogramms einlud. »Anhänger anderer Parteien, mit Ausnahme der Socialdemokraten, als Gäste willkommen« hiess es da. Hätte der Mann eine Ahnung davon, was heute erstes Erfordernis einer freisinnigen Partei ist, so hätte er auf das Placat schreiben lassen müssen: »Anhänger anderer Parteien, insbesondere Socialdemokraten, als Gäste willkommen.« Sich mit der socialdemokratisch gesinnten Wählerschaft möglichst zu verständigen, muss der erste Wunsch eines Politikers sein, der auf den Namen *freisinnig* Anspruch erhebt. Das ist aber überall da unmöglich, wo das System Richter die Stellung zur Socialdemokratie bestimmt. Dies System hat nirgends und in keiner Hinsicht die Probe bestanden. Nachdem es die Arbeiter fast bis auf den letzten Mann aus dem freisinnigen ins socialdemokratische Lager getrieben hat, hat es jetzt immer mehr bürgerliche Wähler genötigt, ohne Socialdemokraten zu sein, doch der Socialdemokratie ihre Stimme zu geben. Uns konnte das ja nur recht sein. Was für Folgerungen sich für sie daraus ergeben, mögen die noch übrig gebliebenen freisinnigen Führer sich selbst sagen.

In der *Nation* vom 20. Juni hat Herr Barth der Ansicht Ausdruck gegeben, dass dem Freisinn, wenn er den liberalen Grundsätzen ohne Wanken die Treue hält, trotz seiner numerischen Schwäche bei den bevorstehenden politischen Kämpfen doch noch vielleicht eine entscheidende Rolle zufallen könnte. Die mutige Sprache des Herrn Barth in Ehren, aber für sehr wahrscheinlich halten wir eine solche Eventualität nicht. Welche Constellation sollte den Freisinnigen die Rolle des Züngleins in der Wage zuweisen? Und wie viel Freisinnige würden in einer wirklich ernsthaften Situation den Anforderungen des vielbedeutenden *Wenn* entsprechen? Die Mannschaft der freisinnigen Vereinigung ist auf eine Zahl zusammengeschmolzen, der die vereinten Rechtsparteien den Anspruch auf die Rechte einer Fraction streitig machen werden, auf die freisinnige Volkspartei aber ist bei ihrer derzeitigen Führung gar nicht zu rechnen. Allerdings ist es auch fraglich, ob sie das System noch länger bestehen lassen oder, bei seinem Fortbestehen, noch lange selbst in ihrer so geschwächten Gestalt zusammenhalten wird. Vielleicht wird die Frage der neuen Handelsverträge, welche die *Freisinnige Zeitung* nach dem so bewährten System der Calculatorenweisheit behandelt wissen will, zum Sprengstoff, der sie auseinandertreibt und zu einer neuen Schichtung innerhalb dieser Gruppe führt. Viel wäre auch davon kaum zu erwarten.

Als Partei ist gerade das Häufchen derjenigen Freisinnigen, das sich in der letzten Zeit durch eine grössere Weite des Blicks auszeichnete, zerstört. Es bleiben nur noch Persönlichkeiten übrig — auch der politische Gegner kann es bedauern, dass Männer wie Barth und Schrader darunter fehlen, — die

wohl durch individuelle Tüchtigkeit eine gewisse Position behaupten werden, aber als politische Machtfactoren ausser Betracht kommen.

So bleibt die Socialdemokratie für die ihr bevorstehenden Kämpfe im wesentlichen auf die Kraft angewiesen, die sie innerhalb und ausserhalb des Parlaments selbst zu entfalten vermag. Nüchterne Prüfung der Leistungsfähigkeit allen möglichen Constellationen gegenüber und aller Möglichkeiten, mit denen sie zu rechnen hat, wird zu dem Ergebnis führen, dem wir oben Ausdruck gaben, nämlich, dass die Partei als erste Folgerung aus der durch ihren grossen Wahlsieg geschaffenen Situation die Forderung stellen und ihr alle etwaigen formalistischen Ueberlieferungen unterordnen muss, dass ihr ein Sitz im Präsidium des Reichstags eingeräumt werde.

## Nachklänge der Millerand-Debatte in Bordeaux.

Von

Albert Thomas.

(Paris.)

Sicherlich werden die nichtfranzösischen Genossen viel Mühe haben, die Haltung der französischen Socialdemokratie auf dem Congress in Bordeaux zu begreifen; und man muss anerkennen, es ist dies auf den ersten Anblick auch nicht leicht. Erst jüngst hatte die französische Socialdemokratie ihren ausländischen Bruderparteien gezeigt, dass ein socialdemokratischer Minister, trotz der Schwierigkeiten, die der Teilnahme an der Regierung innewohnen, und trotz einiger Zugeständnisse, die man bedauerlich nennen konnte, durch seine Tätigkeit mehrere wichtige Forderungen des Proletariats hat durchsetzen können. Er führte den Achtstundentag in den staatlichen Betrieben seines Ressorts ein; er bereitete für Frankreich eine ihm noch fehlende sociale Versicherungsgesetzgebung vor; er begünstigte mit aller Macht die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. In den Reden, die er als Minister, als Mitglied der Regierung hielt, erklärte er alle diese Reformen für nur erste Schritte, und dass er nicht eine Zeile gemäss socialistischen Programms zurückzöge, in nichts auf sein Ideal verzichtete! Und eben dieser Millerand — um diesen handelt es sich natürlich, man zählt die socialistischen Minister leider noch nicht nach Dutzenden — der, aus dem Amte geschieden, die Fiction der ministeriellen Einmütigkeit losgeworden ist und nun die Freiheit hat, ganz seinem Programm und seinem Gewissen entsprechend zu stimmen — stimmt für das Cultusbudget, das die Radicalen verwerfen, stimmt gegen seine Fraktionsgenossen für den Kriegsminister, stimmt endlich für den Vorrang einer Tagesordnung, die der Minister des Auswärtigen gebilligt hat, vor eine von den Socialisten eingebrachte Tagesordnung! Und angesichts dieser Vorfälle hat sich die Partei auf ihrem Parteitag in Bordeaux geweigert, diesen *Pseudosocialisten* auszuschliessen, sich geweigert, zu erklären, es wäre in der Partei kein Raum für die Taktik und die Auffassung des Genossen Millerand. Und endlich hat sich jener linke Flügel, der noch die lebendige Tradition des revolutionären Proletariats darzustellen schien, trotzdem — mit wenigen Ausnahmen — in diesen zwei Monaten keineswegs von der Partei abgelöst, und ist keineswegs zu Hauf in die sogenannte *Union socialiste révolutionnaire* zurückgekehrt.

Diese Franzosen sind entschieden sehr spitzfindige Leute! Und jedenfalls scheinen sie sehr sonderbare Socialisten!

Indes, sie sind weder das eine, noch das andere: man muss nur bei voller Würdigung der Unterschiede verstehen, unter welchen politischen Bedingungen wir handeln, und sich die parlamentarische Entwicklung der letzten Jahre vergegenwärtigen, um einzusehen, dass in den Abstimmungen Millerands ein berechtigter Kern lag und — füge ich gleich hinzu — dass sie der notwendigen Taktik der französischen Partei angemessen waren.

Prüfen wir doch diese Abstimmungen, mindestens die beiden wichtigsten, auf die die Debatte in Bordeaux den ganzen Nachdruck gelegt hat: in Sachen des Cultusetats und in Sachen der Verfolgung des Verfassers des *Manuel du soldat*. Zuvörderst: was bedeutet denn überhaupt eine Abstimmung im Parlament? Hat in allen Parlamenten die Abstimmung eines Mitgliedes den gleichen Wert, den gleichen Wert als Handlung, möchte ich sagen, im deutschen Reichstag, wie in der französischen Kammer? Befinden sich die Reichstagsabgeordneten in der Lage, sich sagen zu müssen, dass eine ihrer Abstimmungen die Regierung stürzen, dass sie ein System durch ein anderes ersetzen könne, sei es auch nur ein bürgerliches durch ein anderes bürgerliches? Das aber gerade ist die Situation, in der die französischen Socialdemokraten sich schon seit drei Jahren befinden und die grossenteils auch ihr Werk ist: Wir haben seit drei Jahren in Frankreich eine demokratische Regierung, wir haben den bürgerlichen Radicalismus aufgerüttelt, der seiner Aufgaben, seiner Pflichten vergessen hatte, und man kann sagen, dass wir die Kluft zwischen den beiden parlamentarischen Fractionen der französischen Bourgeoisie immer mehr erweitert haben. Sollen wir nun durch ungeschickte Abstimmungen, die die reactionäre Rechte stets bereit ist auszunutzen, dieses Werk, das uns fördert und unser eigenes vorbereitet, gefährden? Sollen wir uns an Phrasen stossen, welche Gegner, die zu allem entschlossen sind und auch unsere Anhänglichkeit an unsere Grundsätze kennen, in die Tagesordnungen, für die wir stimmen müssen, uns hineinschreiben, um uns in Verlegenheit zu setzen? Sicherlich nicht. Unsere Vertreter werden so wenig Opfer jener *moralischen Zwirnsfäden* werden, wie der alte Liebknecht, der, als es nötig war, einen Treueid auf die Verfassung leistete, und sie werden, wenn es unerlässlich ist, um eine demokratische Regierung gegen die Reaction zu stützen, noch einmal für Tagesordnungen stimmen, welche den Collectivismus ablehnen. Das französische Proletariat ist heute bereits geschult genug, um eine solche Haltung seiner Vertreter zu verstehen.

Darin sind im Princip wir Socialisten ja alle einig. Was nun den Fall, um den es sich hier handelt, betrifft, so behaupte ich, dass die *incriminierten* Abstimmungen Millerands nichts sind als die logische Folge eben dieser Politik, die darin besteht, auf die Worte zu verzichten, um die Sache zu retten. Millerand sah sich einer parlamentarischen Situation gegenüber, in der es für die Partei hiess, scheinbar ihre Grundsätze zu verleugnen, um eine Regierung zu retten, die im letzten Grunde diesen Grundsätzen dient. Geleitet von seiner Erfahrung von seinem sehr genauen Einblick in das parlamentarische Leben — und wir Socialisten müssen doch auch unsere *Parlamentarier* haben! — in Würdigung dessen, wie wichtig es für eine

tatkräftige Regierung ist, hinter sich eine treue Mehrheit zu wissen, die sie im regelmässigen Gange gut geleiteter Geschäfte völlig unterstützt, will Millerand, dass sich die Partei der Kundgebungen enthalte, die unter dem Vorwande, bei jeder Gelegenheit die *Principientreue* zu bezeugen, der Regierung Verlegenheiten schaffen. Die socialistische Partei hat Mittel und Anlässe in Fülle, ihre Gesinnung zu bekunden, und ein Tätigkeitsfeld, das gross genug ist, um sich leerer oder gefährlicher Kundgebungen im Parlament enthalten zu können. Und nun war eben im Betreff des Cultusstats Millerand — der ein entschlossener Befürworter der Trennung von Staat und Kirche ist und einige Tage nach seinem Votum den Antrag Pressensé, der jene planmässig vorbereitet, unterzeichnete — der Meinung, dass in diesem Jahre die traditionelle Kundgebung der radicalen und der socialistischen Partei — die darin besteht, in der Etatsberatung das Cultusbudget abzulehnen, — vielleicht schädlich wirken könnte. In früheren Zeiten, erklärte er, war diese Kundgebung unumgänglich: denn die Minister wollten von der Trennung nichts wissen. Heute ersehnt sie die Regierung, ja, mehr noch, sie bereitet sie vor, und der Kampf gegen die Orden ist das notwendige Vorspiel der Trennung. Ist dies also der geeignete Augenblick, um zum Minister zu sagen: Wir wollen sofort, und ganz und gar, die Abschaffung des Cultusbudgets? Wenn diese Kundgebung hätte gelingen können, das heisst im letzten Grunde, wenn sie zum Sturze des Ministeriums geführt hätte, hätte man sie etwa dann riskieren dürfen? Also war sie völlig unfruchtbar; sie war eine Phrase. Jaurès hat freilich anders argumentiert. Er führte in Bordeaux aus: Die Kundgebung war keineswegs eitel; sie hat der Mehrheit des Volkes, die noch nicht genügend vorbereitet war, ins Gedächtnis zurückgerufen, dass es auf die Trennung losginge, und sie hat die Regierung gestärkt, indem sie zeigte, dass eine tätige Minderheit bereit war, sie im fernern Kampfe zu unterstützen. Dies ist sicher wahr, aber vom streng parlamentarischen Standpunct hat, in Anbetracht der Stellung der Regierung inmitten der Kammer, von deren Votum sie abhängt, Millerand wohl recht.

Aber, und hierauf kommt es an, die Discussion dreht sich im letzten Grunde nur um eine blossе Zweckmässigkeitsfrage, die man je nach der Einsicht mit *Ja* oder *Nein* beantworten kann. Da alle zugeben, dass es in der Politik Kundgebungen gibt, welche nützlich, welche Taten sind, so fragt es sich, ob die Nichtbewilligung des Cultusbudgets in diesem Jahre eine Manifestation solcher Art war. Die ganze Discussion reduciert sich auf die Würdigung der parlamentarischen Lage. Ueber das Ziel ist alle Welt sich einig, über die Taktik, die darin besteht, die Worte, masslose und leere Erklärungen zu opfern, um dafür die Dinge zu erhalten, ist auch alle Welt sich einig.

Und das Gleiche liesse sich sagen über eine Anzahl von Abstimmungen, die Millerands Gegner auf dem Parteitag zur Sprache gebracht haben. Es muss diesen zugestanden werden: Es ist zweifellos ein Fehler hierbei gemacht worden, und dieser bestand darin, wie Millerand selbst dies in einer in Vierzon gehaltenen und in der *Revue Socialiste* veröffentlichten Rede zugestanden hat, »dass man diese wichtige Frage nicht vorher in der Fraction besprochen und eine einmütige Haltung angenommen hat«. Dieser Fehler

ist zwar auch bei anderen Abstimmungen begangen worden. Wenn er mehr als anderen Millerand zur Last gelegt wird, da seine Ideen neu und ungewohnt waren, so muss man gestehen, dass dieser Vorwurf auch die ganze Partei trifft, deren Organisation unentwickelt und ungenügend gewesen ist. Eben um die Wiederholung dieses Fehlers zu vermeiden, hat der Congress den Antrag Jaurès angenommen.

Indessen, neben diesen Abstimmungen gibt es auch andere, und insbesondere sind es die, welche den *Manuel du soldat* betreffen, die unsere Genossen und Freunde überrascht und erregt haben, weil sie, in Zusammenhang mit einigen Erklärungen Millerands, eine von der socialistischen sehr abweichende Auffassung auszudrücken schienen. Man hat von Millerand gesagt, dass er ein Anhänger des Militarismus sei. Das ist falsch. Zunächst die Tatsachen: Die *Fédération des Bourses du travail* liess unter den Recruten eine Broschüre verteilen, eben den *Manuel du soldat*, der die Fahnenflucht empfahl. Der Kriegsminister verbot den Soldaten den Besuch der Arbeitsbörsen und liess die Verfasser jener Schrift gerichtlich verfolgen. Millerand billigte durch sein Votum die Haltung des Ministers.

Was die Frage der Verfolgung der Schrift anlangt, so hat er nichts gesagt und nichts Hervé erwidert, der darin eine Verletzung der Pressfreiheit gesehen hat. Darin hatte Hervé recht, und Jaurès hat dasselbe in anderer Form gesagt. Was aber das Verbot, die Arbeitsbörsen zu besuchen, betrifft, so hat Millerand trotz seiner Sympathie für diese Institution seine Abstimmung später verteidigt, und zwar damit, dass, solange es notwendigerweise einen Dienst gebe, der Kriegsminister die Disciplin und die Organisation aufrecht erhalten müsse. Deshalb stimmte er dem Kriegsminister zu.

Hier stossen wir sozusagen auf Millerands Grundauffassung, an seine Theorie, wie sie seine Erfahrungen der letzten Jahre geformt haben. Die socialistische Partei, meint er, erwartet alles von friedlichen und gesetzlichen Mitteln, vom allgemeinen Stimmrecht. Sie erwartet von demselben eine Umformung des gegenwärtigen Rechtszustandes. Eine solche ist auch möglich, denn bei einem streng demokratisch parlamentarischen System haben wir es keineswegs ausschliesslich mit dem Classenstaat zu tun, und der Classenkampf, den die socialistische Partei abschaffen will, verschwindet allmählich in der Masse, als sich der Socialismus der Geister bemächtigt und sich in Taten realisiert. Dies bedeutet aber in einer demokratischen Republik den Verzicht auf jedes revolutionäre Vorgehen. Die socialistische Partei musste in Frankreich zu einer constitutionellen Partei werden und ist es geworden. Es sind nicht zwei Haltungen neben einander möglich: die *revolutionäre* Haltung, die darin besteht, sich gegen den gegenwärtigen Rechtszustand aufzulehnen, ihn in allen Punkten zu negieren, und die *reformistische* Haltung, die darin besteht, ihn zu achten, wo immer es die politische Lage zulässt, und ihn auszunutzen, um ihn im eigenen Sinne umzuformen. Logisch sind die Anarchisten, wenn sie die Fahnenflucht empfehlen. Die Socialisten wären es nicht, wenn sie dies täten und den Minister missbilligten, der die Fahnenflucht verfolgt. Wir können nicht eine Partei mit zwei Gesichtern, ein neuer Janus der socialen Republik

sein, revolutionär — mindestens dem Worte nach —, wenn wir in der Opposition sind, constitutionell, wenn wir an der Regierung teilnehmen. Aber, und dies ist die letzte Frage, welche bei jeder Gelegenheit wieder auftaucht, dürfen wir an der Regierung teilnehmen, an einer Regierung, die teilweise zur Aufgabe hat, einen Rechtszustand zu kräftigen, den wir umformen wollen?

Millerand, Jaurès und die Mehrheit der Partei erwidern *Ja!* Und dies ist es, was den Zwiespalt mit den *Revolutionären* andauern lässt. Bis 1899 lag alles einfach; wir waren einmütig, weil wir nur ein Wort wiederholten, das von der *Eroberung der politischen Macht!* Hierunter verstand man mehr oder weniger, dass wir eines Tages — dies der Beginn der grossen Umformung — mit einer socialistischen Mehrheit ans Ruder gelangen würden. Aber nun fanden wir uns angesichts einer Tatsache: man brauchte uns, zu einem gemeinsamen Zwecke, der sowohl das Proletariat als die republikanische Bourgeoisie anging, und wir haben unsere Hilfe nicht verweigert. Und niemals werden wir die gleiche tatkräftige Hilfe, sei es in der Regierung oder sei es ausserhalb derselben, verweigern, sobald es sich um aller Classen, um der ganzen Nation solidarisches Interesse handelt und nicht gegen das Interesse des Proletariats verstossen wird. *Solidarität der Classen!* Das Wort hat viel Tinte fliessen lassen. Welch ein Ausdruck! *Classensolidarität* als *Ergänzung* des *Classenkampfes!* Streiten lässt sich ohne Ende — aber was haben Millerand und Sarraute mit jenem Wort sagen wollen? Was haben sie gesagt? Etwas sehr Einfaches, das alle zugeben, aber viele nicht aussprechen wollen. Nämlich, dass die socialistischen Parteien in Gemeinschaften leben und handeln, welche Völker heissen, nicht nur Teile einer grossen internationalen Partei, sondern selbst nationale Parteien sind, und dass sie alle nationalen Fragen angehen, handle es sich nun um die Bündnisse, um die Armee, um die Finanzen, um die Zollpolitik. Alles dies trägt zum Fortschritt des Proletariats bei, macht ihm erst möglich. Seien wir doch einmal aufrichtig! Haben bei Beratung des Zolltarifs die deutschen Socialisten nicht zwanzigmal von den Folgen der Annahme des Zolltarifs für die deutsche Industrie, für die Zukunft Deutschlands als Nation gesprochen? Und doch sind sie ohne Zweifel vor allem um die Zukunft des Proletariats besorgt, wenn sie diese Folgen prüfen. Daran haben wir niemals gezweifelt, warum bezweifeln sie es bei uns?

Nun strengt man freilich gegen Millerand auch einen Tendenzprocess an. Man wirft ihm vor, allzu treu an der Gefühlswelt der Vergangenheit zu hängen, noch an *Rechtsbruch* und die *notwendige Genugthuung* zu denken. Dies alles leugnet Millerand nicht, aber die Partei, die in ihrer Gesamtheit über diesen Punct mehr wie Jaurès denkt, die Partei, welche den friedlichen Kampf stark und unmittelbar führen will, die Partei fordert wegen dieser Gefühlsgrundlage keine Rechenschaft von Millerand. Sie kennt ihn und weiss, dass diese Gefühle nicht seinem solidarischen Handeln entgegenwirken, sie weiss, dass er den Frieden ersehnt, und wenn er dennoch fürchtet, einen französischen Minister den Mächten die allgemeine Abrüstung vorschlagen zu sehen, so verwechselt sie ihn deshalb noch nicht mit den *Revanchepatrioten*.

Kurz, die Partei hat Millerand gehalten, nicht nur aus Achtung vor der



Freiheit des Gedankens und der Kritik — worin allein schon die Anerkennung Millerands als Socialisten liegen würde — auch nicht aus Furcht, andere Führer zu verlieren, sondern, weil sie in Millerand, trotz jener Umstände und mancherlei Fehler, einen Vertreter ihrer eigenen Gedankenwelt erblickt. Vor allem will die Partei praktische Erfolge; sie hat einen Abscheu vor der Phrase — deren sie so viele vernommen — sie will in der That die Revolution. Sie hat sich einer demokratischen Bewegung gegenüber gesehen, wie man sie in Frankreich seit dreissig Jahren nicht mehr kannte. Sie hat sie mit aller Kraft und Energie gestützt und selbst ihre Schlachten geschlagen. Sie hat das Bewusstsein, dass sie die Revolution beginnt, und Millerands Unzufriedenheit ist sehr wohl zu begreifen, ebenso wie seine Fehden gegen die, die uns in der Schlacht im Stich gelassen, wenn sie dies auch im Namen der *Revolution* taten.

Ich kenne unsere Schwächen, ich kenne unsere mangelhafte Organisation, und ich weiss, wie sehr dies leider auf uns lastet. Die Partei hat handeln müssen in einem Augenblick, als sie noch nicht gerüstet war. Und ihr Einfluss im Lande übersteigt bei weitem ihre Kraft. Aber wir sind von unserer guten Sache genügend überzeugt, wir sind genügend sicher, auf dem rechten Weg zu sein, um endlich ernstlich daran zu denken, uns die erforderliche Organisation in allen Stücken zu schaffen. Die jungen Kräfte der französischen Socialdemokratie werden wissen, ans Werk zu gehen!

## Vom Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsleben.

Historisches zu einem actuellen Problem.

Von

Paul Kampffmeyer.

(Berlin.)

In diesen stürmisch bewegten Tagen, wo die deutsche Nation unter dem übergewaltigen Eindruck der mächtigen Volksschlacht um die Beherrschung der Staatsgewalt steht, da drängt sich uns, den Kämpfenden, vor allem die grosse Frage auf: Wie können wir mit Hilfe politischer Machtmittel eine neue Form des wirtschaftlichen und socialen Lebens gestalten? Im Hinblick auf die riesenhafte politische Massenaction der jüngsten Zeit kommt über uns ein ungestümer Schöpfungsdrang: Wir wollen den Geist einer neuen Culturepoche in Fleisch und Blut umsetzen. Wir werden unversehens zu Spiritisten, die diesen Geist sofort zu materialisieren gedenken. Und somit wird für uns die Frage, welche gestaltende Kraft die Staatsgewalt auf das Wesen und die Form der Wirtschaft eines Zeitalters haben kann, zu einem hoch actuellen Problem. Dieses Problem steigt nicht aus der einsamen Mansarde eines weltfremden Stubengelehrten auf, nein, es erhebt sich gleichsam vom Strassenpflaster, von jenem Strassenpflaster, das ja — nun nicht mehr bildlich gesprochen — mehr als einmal schon ein Stück politischer Geschichte gemacht hat.

In die grosse Streitfrage über die Grenzen der Staatsgewalt hinein sprach soeben Anton Menger ein kühnes Wort: »Auf dem Gebiete des Rechts entscheidet vielmehr in erster Reihe die Macht, erst in zweiter das wirtschaftliche Bedürfnis, soweit dieses von den Machthabern überhaupt erkannt und anerkannt wird. Mit einem verlässlichen Heer und einer guten Polizei kann man Rechtsordnungen begründen und durch Jahrhunderte aufrecht erhalten,

die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen im schroffsten Widerspruch stehen . . . Vor allem beruht ein grosser Teil unseres heutigen Rechtszustandes wenigstens unmittelbar auf Gewalttätigkeit. Wenn die Griechen, Römer und die Germanen erobernd in fremde Länder eindringen, so nahmen sie den bisherigen Bewohnern einen grossen Teil ihres Eigentums weg und verteilten es unter das siegreiche Heer oder erklärten es als Staatseigentum . . . « Welchem Zweck diene denn — diese Frage stürmt direct bei der Lectüre dieser Zeilen auf uns ein — das länderobernde Schwert der Griechen, Römer und Germanen anders, als der ökonomischen Bereicherung dieser Völker? Das wirtschaftliche Bedürfnis war die gewaltige Kraft, die die gigantische Welle der Völkerwanderung über das römische Reich trug, und die kraftvollen und bewaffneten Hände von Halbbarbaren griffen nur nach der reichen Erbschaft einer hochentwickelten wirtschaftlichen Culturnur, aber schufen sie nicht. Der Beuteverteilung mit dem Schwerte musste die emsige Tätigkeit ökonomischer Kräfte vorausgegangen sein. Dass ein rohes Volk mit einer starken Heeresorganisation einem ökonomisch fortgeschrittenem Volk den Fuss auf den Nacken setzen kann, spricht nur für die Bedeutung, die eine derartige selbständige Organisation bei der Verteilung geschaffener wirtschaftlicher Reichtümer besitzt, redet aber nicht für eine schöpferische Kraft dieser Organisationen. In vielen Fällen gelang es nicht einmal den Germanen, die ökonomische Structur und Leistungsfähigkeit der römischen wirtschaftlichen Institutionen zu erhalten, diese Einrichtungen brachen gar zu häufig zusammen. »Blutrache und Wergeld, sippenhafte Bindung der Persönlichkeit und germanische Symbolik«, schreibt Lamprecht in seiner *Deutschen Geschichte*, »wurden heimisch auch an den Ufern der Seine, Loire und Garonne.«

Bei Menger ist der Staat gleichsam eine schöpferische, über der Gesellschaft stehende Gewalt. Sie ruft der ökonomischen und socialen Welt ein allmächtiges, Himmel und Erde versetzendes *Werde!* zu, und siehe, es wimmelt von neuem wirtschaftlichen Leben. Derartige Vorstellungen rufen unwillkürlich starke Erinnerungen an jene theoretischen Meinungskämpfe wach, die einstmal zwischen Dühring und Engels ausgestritten wurden. Engels weist in seinem *Anti-Dühring* auf den innigen, gleichsam durch Blut vermittelten Zusammenhang zwischen einer bestehenden Wirtschafts- und Staatsform nach. Der Staat erhält seinen Inhalt von ökonomischen Mächten. Der Staat erfüllt nur notwendige, im Wesen einer Wirtschaft liegende sociale Functionen. Der Kern jeder Staatstätigkeit ist immer die Pflege bestimmter gemeinsamer socialer Interessen. Engels schreibt sehr lichtvoll: »Es herrscht eine gewisse Gleichheit der Lebenslage und für die Familienhäupter auch eine Art Gleichheit der gesellschaftlichen Stellung — wenigstens eine Abwesenheit von Gesellschaftsclassen, die noch in den naturwüchsigen, ackerbautreibenden Gemeinwesen der späteren Culturvölker fortdauert. In jedem solchen Gemeinwesen bestehen von Anfang an gewisse gemeinsame Interessen, deren Wahrung einzelnen, wenn auch unter Aufsicht der Gesamtheit übertragen werden muss: Entscheidung von Streitigkeiten; Repression von Uebergriffen einzelner über ihre Berechtigung hinaus; Aufsicht über die Gewässer, besonders in heissen Ländern; endlich, bei der Waldursprünglichkeit der Zustände, religiöse Functionen. Dergleichen Beamten finden sich in den urwüchsigen Gemeinwesen zu jeder Zeit, wie in den ältesten deutschen Markgemeinschaften und noch heute in Indien. Sie sind selbstredend mit einer gewissen Machtvollkommenheit ausgerüstet und die Anfänge der Staatsgewalt.« Friedrich Engels spricht dann von einer Verselbständigkeit dieser Functionen, sie steigern sich bis zur Herrschaft über die Gesellschaft . . . »Es kommt darauf an, festzustellen, dass der politischen Herrschaft überall eine Amtstätigkeit zu Grunde lag; und die poli-

tische Herrschaft hat auch dann nur auf die Dauer bestanden, wenn sie diese ihre gesellschaftliche Amtstätigkeit vollzog.« Es tritt in diesen Ausführungen der Gedanke, dass der Staat nur ein Herrschaftsmittel zur Niederhaltung der producierenden Classen war und ist, in den Hintergrund vor der Idee, dass der Staat aus dem Interesse der Regelung gemeinsamer gesellschaftlicher Interessen hervorgegangen ist und dass die politische Herrschaft ihren Existenzgrund in einer gesellschaftlichen Amtstätigkeit findet. Natürlich betont Engels zugleich die Möglichkeit einer Verselbständigung der politischen Herrschaft, des Staates. Und dieser Gedanke ist gerade für die Theorie des Staates von ausserordentlicher Fruchtbarkeit. Das Staatsgebäude hängt zwar von der Eigenart und Tragfähigkeit des wirtschaftlichen Fundaments ab, auf dem es errichtet ist, aber auf diesem Fundamente können die herrschenden Classen dennoch manches Stockwerk selbständig aufbauen. Nach Engels kann sich die politische Gewalt gegenüber der Gesellschaft verselbständigen, aus ihrer Dienerin kann sie direct zu ihrer Herrin werden und der ökonomischen und socialen Entwicklung entgegenwirken. Diese Ansicht erklärt manche der Beispiele Mengers, in denen eine absolute staatliche Gewalt diese oder jene Rechtsgrundlagen auf kurze Zeit änderte, und sie wirft ferner ein aufhellendes Licht auf das Verhältnis zwischen der ökonomischen und politischen Macht. Der Staat erfüllte stets bestimmte, im Lebensinteresse der Gesellschaft liegende Aufgaben. Die Sicherung des Bestandes der Gesellschaft erforderte zum Beispiel die Organisation einer bewaffneten Macht. An dem Schutz vor gewalttatigen äusseren Feinden war zum Beispiel im Mittelalter der reiche Grundherr gerade wie der hörige Bauer interessiert. Die Träger der mittelalterlichen Staatsgewalt führen kein müssiges Schmarotzerdasein, sie übernehmen die wichtige Function der Verteidigung der Lebensbedingungen der Gesellschaft.

Mit dem Staate verknüpfen wir heute den Begriff einer höchsten Zwangsgewalt, die in die wirtschaftlichen und socialen Angelegenheiten eines Volkes normsetzend eingreift. Aber diese Angelegenheiten sind ja einer ständigen Umformung unterworfen, sie sind im ewigen Flusse begriffen. Nach ihrer Eigenart und ihrem Umfange richtet sich das Eingreifen des Staates. Sie müssen selbstverständlich erst vorhanden sein, ehe der Staat auf sie einwirken kann. Der Staat ist somit seinem Wesen nach von der wirtschaftlichen und socialen Entwicklung abhängig. Aber selbst wenn er die werdenden oder bestehenden ökonomischen und socialen Einrichtungen beeinflussen will, so muss er erst die Lebensbedingungen dieser Institutionen sorgfältig belauschen.

In den Zeiten geringer staatlicher Machtentfaltung ist der Staat ein hilfloses Geschöpf, das kaum seine Sonderexistenz behaupten, geschweige denn schöpferkräftig auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen der Zeit wirken kann. Erst nach und nach erweitert er mit der Entfaltung des ökonomischen und socialen Lebens seinen Aufgabenkreis. Er hat selbst in einer bestimmten Wirtschaftsepoche nicht den gleichen Umfang, die gleichen Machtapparate und die gleichen Herrschaftsmittel bei allen civilisierten Völkern. Er wächst sich in Preussen zum Beispiel zu dem grossten Arbeitgeber der Welt aus, dessen Tätigkeitsgebiet unendlich vielseitiger ist, als das des englischen Staates. Die Möglichkeit einer Verselbständigung des Staates ist an den Umfang und die Wirksamkeit der staatlichen Machtmittel geknüpft. Die Grösse der Machtmittel und die Ausdehnung der Functionen eines nationalen Staates beeinflussen die politischen Kämpfe in diesem Staate. Ein Staat, der die wichtigsten Verkehrsmittel monopolisiert hat, der der reichste Grundbesitzer ist, der das Scepter über Hunderttausende von Arbeitern schwingt und sich einen grossen Teil der Intelligenz mit Hilfe staatlicher Anstellungen

und Besoldungen einverleibt hat, ist ein ganzer anderer Machtfactor gegenüber den ökonomischen und socialen Einrichtungen einer Zeit, als der Staat, der fast aller dieser ökonomischen und socialen Herrschaftsmittel entbehrt. Wenn wir uns über die Grenzen der Staatsgewalt klare Begriffe machen wollen, so müssen wir vor allem in die historische Entwicklung der politischen Functionen einzudringen suchen. Wir beginnen daher mit der Entstehung der Staatsgewalt im Mittelalter.

\* \* \*

Die staatsbildende ökonomische Macht ging im Mittelalter vom Landbau aus. Die Form des Agriculturnstaates hat der mittelalterliche Staat eigentlich nie richtig gesprengt. Die Stadt mit ihren eigenartigen wirtschaftlichen Neubildungen hat diesen Staat nur unwesentlich berührt. Die deutschen Städte erscheinen erst als förmlicher Reichsstand im XV. Jahrhundert. Als geschlossene Körperschaft treten die Städte zuerst auf dem Frankfurter Reichstage von 1489 hervor. Man stelle sich vor, wie armselig das Staatsleben war, das sich nicht aus dem vielseitigen Dasein der wirtschaftlichen Institute des Handwerks-, Handels- und Verkehrslebens bereicherte! Mit der Entstehung und Entfaltung dieses Lebens erst dehnen sich die Aufgaben des Staates riesig aus.

Die Entwicklung der mittelalterlichen Staatsgewalt heftet sich vor allem an die Entstehung der grossen Grundherrschaften und der neuen wirtschaftlichen Functionen derselben. Diese Grundherrschaften bilden sich zunächst unter den gewaltigen Erschütterungen der Völkerwanderung theils mit, theils ohne Gewalt aus. Diese Grundherrschaften erwachsen aber auch naturgemäss aus dem Schutzbedürfnis der Bauern. In das Leben des alten Germanen drängte sich mehr und mehr der Ackerbau. Damit tritt der Process eines innigen Verwachsens zwischen dem Bauer und seiner Scholle ein. Der Bauer widmet sich mit der Ausgestaltung seiner Wirtschaft mehr und mehr seiner Scholle. Der Krieg reisst ihn gewaltsam von dieser los und schädigt ihn ökonomisch sehr schwer. Er sucht sich daher seinen militairischen Verpflichtungen zu entziehen. Er stellt sich unter den Schutz eines grossen Grundherrn, überträgt diesem seine Scholle und erhält sie dann gegen Leistung von Gefällen und Diensten zurück. Eine Schutzgewalt entsteht hier, die ihren wirtschaftlichen Unterhalt von einem unfreien Producentenstande bezieht. In den unruhigen, von blutigen Kriegen durchtobten Zeiten des Mittelalters bedurfte der Bauer dringend einer schützenden bewaffneten Hand. Er selbst hatte ja die Waffe mit der Pflugschar vertauscht. Wo sollte er aber nun Schutz suchen? Etwa bei einer Staatsgewalt, die durch den Kaiser repräsentiert war? Ja, wirkte sich diese Gewalt etwa in allen Theilen des Reiches aus? War überhaupt eine überall gegenwärtige staatliche Centralgewalt in unserem modernen Sinne vorhanden? Eine derartige Gewalt setzt einen abhängigen, disciplinirten, mit Geld gelohnten Militair- und Beamtenstand voraus. In allen Reichsteilen muss sich eben ein gleichorganisierter staatlicher Machtapparat finden, der ganz automatisch dem Willen der staatlichen Centralgewalt gehorcht. Die Centralgewalt muss ferner zur Erzwingung ihrer Befehle und Anordnungen jederzeit grosse Truppenmassen in alle Winkel des Reiches werfen können. Dieses Wirken bedingt aber wieder ein ganzes Netz moderner Verkehrsmittel, grosse Heerstrassen etc. Eine so in allen Theilen des Reiches lebende und webende staatliche Centralgewalt kennt aber das Mittelalter nicht. Die damalige deutsche Centralgewalt, die kaiserliche Macht, muss sich, wie die deutsche Geschichte beweist, bei allen grösseren Staatsactionen die Hilfe begüterter Grundherren sichern. Ja, der Kaiser selbst muss ein reicher Grund-

herr werden, er ist genötigt, soll seine Gewalt nicht zum blossen Schemen herabsinken, sich eine achtungsgebietende Hausmacht zu erobern. Der Kaiser ist während des ganzen Mittelalters auf die Unterstützung reicher Grundherren angewiesen. Ach, und wie häufig versagt diese Unterstützung! Die ganze Geschichte des Mittelalters ist fast eine Geschichte der Treubrüche grosser, zu Staatsdiensten verpflichteten Grundherren. Die officiële mittelalterliche staatliche Centralgewalt hat die Hilfe der Grundherren teuer genug durch Abtretung grosser Ländereien, durch Vereihung staatlicher Rechte an diese zu verkaufen. Wohl oder übel muss die Centralgewalt grosse und kleine Staatswesen schaffen helfen. Die Fortentwicklung des mittelalterlichen Staates setzt vor allem bei diesen kleinen Staatswesen ein. Nur in einem kleineren Rahmen kann sich der Staat zunächst ausleben. Und das ist der Rahmen mehr oder weniger grossen Grundherrschaften.

\*

\*

Im Mittelalter geht eine ganze Fülle wirtschaftsorganischer Aufgaben auf die grossen aufstrebenden Grundherren über. Die Grundherrschaften werden Mittelpunkte eines regen wirtschaftlichen Schaffens. Um diese Grundherrschaft gruppieren sich zahlreiche Bauernhöfe, die mehr oder weniger von ihr abhängig sind. Die Besitzer der Bauernhöfe haben bestimmte Leistungen an den Fronhof abzuführen. Namentlich an Gefalltagen herrscht auf den Fronhöfen ein reges Leben. Da bringen die Bauernhofsbesitzer Vieh, Getreide, Wachs, Honig, Flachs etc. zum Fronhof. Die Bauern haben ferner dem Hof bestimmte Dienste mit dem Gespann und mit der Hand zu leisten: Hand- und Spanndienste. Sie haben zu säen, zu ernten, Botendienste zu verrichten etc. Ueber diese dienstpflichtigen Bauern ist ein Wirtschaftsbeamter (ein Meier) gestellt, der die Leistungen und Dienste der Bauern zu übersehen hat. Obwohl meist selbst ein höriger, abhängiger Mann, wird er dennoch im ganzen Wirtschaftsgetriebe eine sehr wichtige, ausschlaggebende Person. Geht doch durch seine Hände die Einkünfte des Gutshofs, des Fronhofs! Die Meier fühlen sich bald als die wahren Verwalter der Fronhöfe. In den Gutsherrschaften entwickeln sich einzelne Aemter: das Amt des Kellermeisters, des Marschalls etc. Der Kellermeister hat die Weingüter unter sich, er überwacht die Wein- und Methbereitung. Das Deutsche Reich gleicht einer erweiterten Gutsherrschaft, die Aemter des Mundschenks und Marschalls leben als staatliche Aemter auf. In einem naturalwirtschaftlichen Zeitalter haben diese Aemter eine grundlegende Wichtigkeit. Die mittelalterlichen staatlichen Würdenträger »zogen ohne bestimmte Residenz in ihren Gebieten umher, von Burg zu Burg, natürlich mit grossem Gefolge, oft genug ins Reich, zu Reichstagen, auf Romfahrten; für die Fortsaffung, für die Verpflegung unterwegs, für das Administrative auf Kriegsfahrten sorgte der Marschall (*connetable*). Wo es ein eigenes Amt für Forst und Jagd gab, umfasste es ausser der Jägerei und Förserei wohl in der Regel das Zeidlerwesen, das damals bei dem starken Bedarf von Honig und Wachs von grosser Bedeutung war. Jedes dieser Aemter forderte ein bedeutendes Personal für höhere und niedere Dienste mannigfacher Art« (Droysen).

Neben einer ganzen Reihe von Wirtschaftsbeamten bildet die Grundherrschaft zu ihrem eigenen Schutz und Trutz eine Gruppe streitbarer, kriegstüchtiger Männer aus. Ein neuer Wehrstand war nach dem Zerfall des alten Heerbannes notwendig geworden. In dem kämpferischen Mittelalter musste die Organisation einer militairischen Gewalt eine wirkliche Lebensaufgabe der Gesellschaft sein. Die Grossgrundherren lösten diese Aufgabe. Sie vereinigen zahlreiche Dienstmannen, freie und unfreie um sich. Die Dienstmannen widmen sich mehr oder weniger ganz dem Waffenhandwerk, und zu diesem

Zwecke müssen sie eben anderweitig ernährt und unterhalten werden. In diesen Tagen wies man jedoch noch keinen Sold, keine Löhnung den Dienstmannen an. Kein Wirtschaftsmarkt war damals vorhanden, der eine grosse Fülle von Nahrungsmitteln darbot. Die Unterhaltsmittel mussten auf dem Grund und Boden selbst erzeugt werden. Und deshalb statteten die Grundherren ihre wehrhaften Dienstmannen mit Gütern und hörigen Bauern aus. Die neue Function, die neue militairische Aufgabe machte den wirklichen Wert der Dienstmannen aus, nicht etwa ihre Freiheit oder Unfreiheit. Was half dem Bauer seine Freiheit, wenn er dem ehrenvollen Waffenhandwerk entfremdet war! Er blieb daheim und lebte seiner Wirtschaft. Er verkrüppelt geistig in der Engheit und Begrenztheit seiner Berufsarbeit. Der Dienstmann, der Reiter tummelte sich in der weiten Welt herum. Auf den schmucken Fronhöfen und Schlössern seiner Grundherren lernte er höfische Sitte. Er lebte sich in die Gewohnheiten, Sitten, Anschauungen seiner Herren hinein. Er erstritt sich militairische Ehren in den Feldzügen, er wurde welterfahren, gewandt, standesbewusst. Aus freien und unfreien Dienstmannen wächst ein neuer Wehrstand empor: der Ritterstand. Dieser Stand mit seinen Functionen sondert sich mehr und mehr von dem Bauernstand, dem eigentlichen Nährstande, ab. Dank seiner neuen Aufgaben fühlt sich der Ritterstand dem Bauernstand vollkommen entfremdet. Der Ritter würdigt den Bauer mit keiner Miene mehr. Die höfische Ritterpoesie des XII. und XIII. Jahrhunderts strömt in Hass und Verachtung gegen den Bauern über. Roth von Schreckenstein macht in seinem Werk *Die Ritterwürde und der Ritterstand* auf folgende Begebenheit im *Parzival* aufmerksam. Der Fischer, der Parzival bis vor Nantes führt, wo König Artus Tafel hält, weigert sich, ihn weiter zu führen, nämlich dorthin, wo jedes Bauern Fusstritt als eine Entweihung des Schauplatzes höfischer Lust gilt, wo kein *vilan* (Bauer) vor Misshandlungen sicher ist.

Die Führung der Waffen, der Dienst zu Ross, wird eine Art Handwerk. Der Ritter hat sich planmässig für seinen militairischen Beruf zu schulen. Eine Zeitlang dient er am Hofe eines Herrn als Knappe. Er lernt ritterliche Sitten an dessem Hofe. Schliesslich, nachdem er die Waffen zu führen und die Rosse zu tummeln gelernt hat, wird er zum Ritter geschlagen. Auf gefahrvollen Turnieren erprobt er seine wohl geschulten Waffendienste. Die Turniere sind nicht etwa aus der übermütigen, spielerischen Freude an glänzenden Aufzügen herausgeboren worden, sondern aus der Notwendigkeit ernster, blutiger Waffenübungen. Sie waren enger mit der Kriegsführung verknüpft, als etwa unsere heutigen Paraden mit dieser. Hinter jedem Turnier lauerte unter Umständen der Tod. Auf dem vielgenannten Turniere zu Neuss bei Cöln im Jahre 1241 sollen durch Hitze und Staub nach einer Angabe 60, nach einer andern sogar 100 Ritter ihren Tod gefunden haben.

Das ganze Leben des Ritters war auf den Krieg gestimmt. Schon sein Kriegshandwerk musste ihn nach und nach völlig dem Bauernstand, dem er oder seine Vorfahren entsprossen waren, entfremden. Die tatsächliche Trennung zwischen Bauern- und Ritterstand nimmt später gesetzliche Formen an. Die Verordnung Kaiser Friedrichs I. über die Friedensbewahrung vom Jahre 1156 (*constitutio de pace tenenda*) verbietet dem Bauer direct, Schwert und Lanze zu führen. Der Bauer wird gleichsam völlig aus dem Wehrstande hinausgeworfen. Dem Bauern wird ferner das Beweismittel des Gerichtszweikampfes abgesprochen. Die Ritter schliessen sich nach und nach zu einem besonderen Stande ab. Ihre Güter, die ihnen nur geliehen waren, ihre Lehnsgüter kommen in ihren erblichen Besitz. Mit dem Gute verwächst eben schnell der Dienstmann. Das Gut lässt sich nicht so leicht dem Lehnsmanne entziehen, wie etwa eine Besoldung dem heutigen Beamten. Der künftige Dienstmann, der

künftige Ritter ist somit von vornherein schon mit dem Besitz eines Gutes ausgerüstet. Ein besitzender, von Jugend auf für seinen militairischen Beruf ausgebildeter Ritterstand kommt empor. Er will das eigenartige Vorrecht, das er in seiner gesellschaftlichen Stellung genießt, sich und seinen Kindern wahren. Der Ritterstand wird zu einem erblichen gesellschaftlichen Stand. Die Verordnung über die Friedensbewahrung unterscheidet zwischen den Reitern, Rittern, deren Vorfahren schon das Kriegshandwerk so pflegten, und den Rittern, die erst neu diesen Beruf ergriffen. »Nur wer beweisen kann« schreibt Roth von Schreckenstein, »dass er, wie man sich später ausdrückte, zu Schild und Helm, Schild und Speer, zu Waffen geboren, ein Wappen-, das ist Waffen-genosse sei, soll fortan ein bisher jedem ehrbaren Manne, also nicht nur den Freien, sondern auch den waffentragenden Dienern zustehendes Recht ausüben können. Seinem diesen Beweis nicht leistenden könnenden Genossen aber wird ausdrücklich abgesprochen, sich durch den Gerichtskampf zu reinigen. Dieser bedarf vielmehr der Zeugen und Eideshelfer, oder muss sich der Feuer- und Wasserprobe, dem sogenannten *Kesselfang* unterziehen.« Diese Bestimmung kennzeichnet den Mann als social minderwertig. Sein persönlicher Wert wiegt nicht schwer genug im Rechtsstreite, er hat erst seine Zuflucht zu Mannern zu nehmen, die sich für ihn verbürgen. Er beweist sein Recht nicht mit dem Schwerte, er muss erst Zeugen herbeirufen, die durch Eid für die Glaubwürdigkeit seiner Person einstehen, er bedarf der Eideshelfer.

Der Ritterstand zieht eine hohe Barriere zwischen sich und den unteren Ständen. Der Ritter hat den Beweis zu erbringen, dass er durch Geburt zum Ritterstande gehört, sonst ist er von ihm ausgestossen. Der Andrang fremder bäuerlicher Elemente zum Ritterstand wird durch die Ahnenprobe ferngehalten.

Mit dem ritterlichen Handwerk selbst breitet sich eine besondere ritterliche Poesie aus. Sie ist erfüllt von kühnen Reckenfahrten, von todesmutigen Abenteuern. Sie wächst gleichsam aus den Lebensverhältnissen dieses Standes selbst heraus. Sie gehört zu dem Ritterstande, sowie die Landsknechtslieder zum Landsknecht.

Die Ritter übten berufsmässig das Waffenhandwerk aus. Sie hatten in der mittelalterlichen Gesellschaft eine nützliche staatliche Function zu erfüllen. Solange die Ritter den Wehrstand bildeten und harte Kriegsdienste leisteten, konnten sie nicht aus dem Organismus der mittelalterlichen Gesellschaft entfernt werden. Das ritterliche Zeitalter mit seiner eigenartigen Welt- und Lebensanschauung wird erst mit den grossen Revolutionen des XV. und XVI. Jahrhunderts, die das ganze Heereswesen auf eine andere Grundlage stellten, zu Grabe getragen.

Wir können den ganzen Vorgang der Bildung des Ritterstandes auch unter dem Gesichtspunct einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung betrachten. Im Mittelalter spricht man von einem Nähr- und Lehrstande. Die Functionen dieser Stände vereinigte gleichsam der alte Germane noch in sich. Die gesellschaftliche Entwicklung des Mittelalters setzt damit ein, dass die Ernährung, Belehrung und Wehrung der Gesellschaft zu besonderen Aufgaben bestimmter Stände werden. Mit dem Ausdruck *Stände* ist das Feste, Stehende, Unverrückbare bezeichnet, was den Elementen, denen die Functionen der Verteidigung etc. zufielen, in ihrer Werk- und Lebensführung anhaftete. Diese Elemente sind von festen Schranken umgeben, die sie aus einer bestimmten einzelnen Sphäre nicht herauslassen. Der Bauer bleibt zeitlebens Bauer, der Ritter Ritter, und sie nicht allein bleiben es, sondern auch ihre Nachkommen.

Das Mittelalter bezeichnet den geistlichen Stand als den *Lehrstand*. Es wäre nun die Darstellung völlig verkehrt, als erfüllte die Kirche im Mittelalter nur die Aufgaben eines Lehrers, eines Erziehers. Die mittelalterliche Kirche saugte zahlreiche staatliche Rechte in sich auf. Die hohen kirchlichen Würdenträger sind zugleich Inhaber der Staatsgewalt. Und dennoch werden in der Volksvorstellung sehr genau Staat und Kirche von einander geschieden. Das Volk spricht vom Staate als von einer weltlichen und von der Kirche als von einer geistlichen Macht.

Der Stand der Geistlichen konnte aber nur einporkommen, wenn er ein solides, wirtschaftliches Fundament unter den Füßen hatte. Dieses war aber in dem Besitz einer Grundherrschaft gegeben. Die Geistlichkeit erwirbt sich daher sehr früh im Mittelalter einen ausgedehnten Besitz. Schon zur Zeit der Karolinger haben wir Kloster von mehr als 1000 Morgen. Die Klöster selbst stellen sich als wohlorganisierte Grossgrundherrschaften dar. Die Geistlichen erfüllen die Aufgaben von Wirtschaftsbeamten. Sie halten unter sich ihren Bruder Kellermeister etc.

Wie war es nun möglich, dass gerade die Geistlichkeit so stattliche Grundherrschaften erwarb? Wir hoben schon hervor, dass das Volk von der Kirche als von einer geistlichen Macht spricht. Schon bei den alten Germanen nahm der Priester als Lehrer und geistiger Leiter des Volks eine besonders geartete Stellung ein. Vor kriegerischen Unternehmungen kündeten die Priester aus den Zeichen des Himmels und aus dem Wiehern der Pferde den Willen der Götter. Sie sind die Diener und Vertraute der Götter. Sie vollstrecken die Menschenopfer zum Preise und zur Versöhnung der Gottheiten. Dank seinen unentwickelten Productionsmitteln stand der Germane völlig ohnmächtig der gewaltigen, sich mit ungezügelter Kraft austobenden Natur gegenüber. Ein sinnverwirrender Schrecken erfasste ihn bei dem rasenden Wüten der Elemente. Die mörderische, dämonische Heftigkeit einer Seuche raffte die letzte Kuh seiner Heerde dahin. In die Hände geheimnissvoller Mächte sah sich das schwache, unerfahrene Menschenkind gegeben. Da der Mensch diese Mächte nicht beherrschen konnte, so suchte er sie mild und versöhnlich zu stimmen. Heisse Gebete sandte er zum Himmel empor, seine kostbarste Habe opferte er den Ueberirdischen bereitwilligst. Von dem Heiligenschein, der die Häupter der Götter umschwebt, gehen einige Strahlen auf die Priester über. Ihr Beruf leitet die Priester zu einer Beobachtung der natürlichen Zusammenhänge. In ihren Köpfen lagert sich das Wissen von der Natur und ihren Gesetzmässigkeiten ab. Die Priester werden die geistigen Führer des Volkes.

Der christliche Priester tritt die Erbschaft der heidnischen an — allerdings eine sehr bescheidene Erbschaft. Der christliche Priester ist aber bereits das Glied einer grossen eigenartig durchgebildeten Machtorganisation, einer Organisation, die auf dem Boden der römischen Civilisation emporgewachsen war und von den Kräften dieses Bodens sich genährt hatte. In der christlichen Kirche war ein abgestuftes, fein gegliedertes geistliches Beamtentum entstanden. Die Entwicklung dieses Beamtentums werden wir in knappen Zügen darstellen.

In den Zeiten der blutigen Christenverfolgungen war der Zusammenhalt der Christen in ihren Gemeinden dringend geboten. Diese Verfolgungen werden die Organisation der Kirche schnell gefördert haben. Zum Stillstand kam der Streit unter den christlichen Brüdern. In ihrem ureigensten Interesse musste die christliche Gemeinde in diesen Tagen der Christenverfolgungen wie eine in sich geschlossene Körperschaft handeln. In der Gemeinde selbst wird die Einführung bestimmter Aemter notwendig. Das Amt des Almosenpflegers entsteht in der Gemeinde wegen der starken Gruppen völlig mittelloser Christen



schr frühzeitig schon. Neben den Almosenpflegern, den Diakonen, stehen die Presbyter, die Aeltesten. Sie verrichten vor allem den Gottesdienst. Die Aeltesten übergipfelt gar bald ein Aufseher: ein Bischof. Ein besonderer gottbegnadeter Stand von Geistlichen strebt über die Gemeinde empor. Mit der Entstehung eines geistlichen Standes erhält der Cultus, der Gottesdienst, eine sorgfältige Ausbildung. Von der Taufe berichtet schon Justinus der Märtyrer. An die Taufe eines Neubekehrten schliesst sich die Communion an.

Solange die junge christliche Kirche verfolgt oder im besten Falle gerade geduldet war, konnte sie mit keinen äusseren Zwangsmittel auf ihre ungetreuen Söhne einwirken. In diesen Tagen war sie nicht im stande, sich durchgreifende Herrschaftsinstrumente, einen grossen Besitz, eine abhängige Dienerschaft anzugliedern. In den Tagen der Christenverfolgung bestand naturgemäss der schärfste Gegensatz zwischen dem Staat und der christlichen Kirche. »Wir weigern uns«, sagt Minucius, »gegen eure Ehrenstellen, gegen euren Purpur.« Christen bekleideten keine Aemter, am wenigsten Kriegsstelen. Prozesse unter sich vor heidnischer Obrigkeit zu führen, wurde als Schmach immer von neuem verboten. »Ich habe mit dem Staatsleben nichts zu tun«, sagte Tertullian.

Im römischen Staate selbst befestigt sich die Organisation der christlichen Kirche. Die Christen vereinigen sich zu Synoden zur gemeinschaftlichen Besprechung der Kirchenangelegenheiten. Es bilden sich Unterschiede unter den Bischöfen heraus. Die Bischöfe der Hauptstädte, die sogenannten *Metropolitanen*, erhalten den Vorrang vor den übrigen Bischöfen. In allen Hauptstädten finden wir die köpferichsten und wohlhabendsten Gemeinden. Hier in den Hauptstädten schliessen sich geistig hochstehende Beamte und reiche Privatleute an die Gemeinde an. In die Hauptstädte flutet die Bevölkerung der Nachbargemeinden hinein und hinaus. Naturgemäss muss die hauptstädtische Gemeinde einen herrschenden Einfluss auf die Nachbargemeinden gewinnen.

Systematisch weiten die Bischöfe ihre Machtbefugnisse aus. Sie drängen ferner energisch auf eine einheitliche Machtorganisation der Kirche hin. Cyprian widmet der Einheit der Kirche bereits ein Buch. Er betrachtet den Bischof als das Haupt seiner Kirche. Als Nachfolger der Apostel ist der Bischof der Träger des heiligen Geistes und der kirchlichen Tradition. Ein Abfall von dem Bischof bedeutet nach den Anschauungen Cyprians ein Abfall von der Kirche. Der Bischof als Nachfolger der Apostel handhabte die Schlüsselgewalt, er band und löste die Seelen durch die Sündenvergebung und Excommunication. Der reuige Sünder musste früher die Gemeinde wegen seiner Sünden um Verzeihung bitten. Er hatte im Staube zu liegen und sich schmerzhaften Casteiungen zu unterziehen, um die Versöhnung der Gemeinde zu erhalten. Er stand, solange er diese Verzeihung nicht erhalten hatte, ausserhalb der Gemeinde, ausserhalb der Kirche. Ausserhalb der Kirche — dieser Grundsatz kam nach und nach auf — gab es aber kein Heil für die Seele. Ein aus der Kirche gestossener Sünder war gleichsam aus der Genossenschaft mit Gott gelöst. Die Kirche ist im Besitz der Heilmittel, der Geist Gottes wohnt in ihr. Der Bischof, der Priester, teilt diesen Geist Gottes durch Handauflegen den Gläubigen mit. Von dem aus der Kirche ausgeschlossenen Sünder ist der Geist Gottes gewichen. Man denke sich, von welchen furchtbaren Seelenqualen in diesen wundergläubigen Zeiten der Christ zermürbt war, der aus der Anstalt allen Heils, aus der Kirche ausgeschlossen war! Er suchte die Verzeihung der christlichen Gemeinde auf jeden Fall zu erreichen. Er trauerte in Sack und Asche und liess sich die schwersten Bussen auferlegen. Diese Gewalt der Gemeinde, den Sünder aus ihrer Gemeinschaft zu schliessen, ging nach und nach auf den Bischof und den Geistlichen über. Damit erhielt der Bischof und der Geistliche eine geradezu furchtbare Macht über die menschliche Seele eingeräumt.

Die Kirche war eine ausgedehnte Herrschaftseinrichtung geworden. Ihre Glieder stufen sich vom Bischof einer Metropole ab bis zu den Türhütern der Kirche, bis zu den Akoluthen. Um die Mitte des III. Jahrhunderts hatte Rom bereits 46 Presbyter, 7 Diakone, 7 Subdiakone, 42 Akoluthen, Exorcisten etc. zusammen 52 Kirchenbeamten, während die Zahl der versorgten Witwen, Siechen und Armen 1500 betrug, und am Ausgang der Periode zur Zeit der Diocletianischen Verfolgung verfügte es über 40 Kirchen. Die Bischöfe und Geistlichen standen unter einander in einer festen Verbindung durch die Synoden. Diese Synoden strebten die Einheit der christlichen Anschauungen in Glaubenssachen und eine Verallgemeinerung der kirchlichen Einrichtungen, die sich bewährt hatten, an. Ein Geist soll die vielverzweigte Christenheit zusammenhalten. Aber neben dem Geist sollen die eisernen Klammern einer vortrefflichen kirchlichen Beamtenorganisation und eine strenge Disciplin die christlichen Gemeinden zusammenhalten. Der Beschluss einer Synode konnte durch einen wohl abgestuften Beamtenapparat der ganzen Christenheit aufgezungen werden.

Eine achtungsgebietende Machtorganisation ist die christliche Kirche nach und nach geworden. Constantin, der diese Organisation seinen Herrszwecken unterordnen wollte, machte ihren Triumph zu einem vollständigen, als er sie zur Staatskirche erhob. Constantin setzte der Kirche beträchtliche Staatsbesoldungen aus, er stattete sie mit Landgütern und Kornrenten aus. Er befreite die Geistlichen von allen öffentlichen Verpflichtungen und von der Bekleidung vieler lästiger Aemter. Selbst in die staatliche Rechtsprechung brach nun die Kirche ein. Die Entscheide der Bischöfe wurden für die, welche sich an diese gewandt hatten, für obligatorisch erklärt. Die Geistlichen widmen sich ausschliesslich ihrem geistlichen Berufe. Sie trennen sich immer schärfer von den übrigen Christen, von den Laien. Der christliche Gottesdienst, namentlich die Spendung des Weins und Wassers und das dabei gesprochene Gebet erhalten den Charakter eines mystischen Opfers. Bald heisst es dann: Gott nimmt von niemand Opfer, ausser durch seine Priester. Der Geistliche wird ein Spender des göttlichen Geistes und der göttlichen Heilgaben. Mit der Einsetzung des Christentums als Staatsreligion wird die Ketzerei ein Staatsverbrechen. Der Geistliche, der den Sünder als Ketzler aus der christlichen Gemeinschaft stösst, überliefert ihn damit zugleich der irdischen Gerechtigkeit. Die Ketzerei wird mit bürgerlichen Strafen bedacht.

Die Unterschiede innerhalb der Geistlichkeit bilden sich immer schärfer heraus. Die Bischöfe der kleinen Flecken, die sogenannten *Landbischöfe*, büsstun ihr bischöfliches Amt ein. Die Bischöfe von grösseren Städten dagegen stiegen auf der sozialen Stufenleiter beträchtlich empor. Der Glanz weltlicher Fürsten umgab sie nun. Im Cultus waltete eine Prachtverschwendung ohnegleichen vor. Imposante Kirchenbauten kündeten überall die Macht der siegreichen christlichen Kirche.

Und diese Kirche, die so sehr mit dem Reichtum dieser Welt verwachsen zu sein schien, ist zugleich mit der Armut, wie der Bedürfnislosigkeit innig verschwistert. Sie stellte das Mönchswesen in ihren Dienst. In den, von weltlichen Interessen losgelösten Mönchen gewann sie unterwürfige, hilfsbereite Organe für ihre Herrschaftszwecke.

\* \* \*

Mit der Bekehrung der Germanen zum Christentum dringen die hochentwickelten Herrschaftsorganisationen der christlichen Kirche in das deutsche Staatsleben ein. Die kirchlichen Würdenträger werden mit zahlreichen Ländereien ausgestattet. Bereits im V. Jahrhundert war der Besitz der Kirche so beängstigend gross, dass ein Karl Martell eine Säcularisation des

Kirchenlandes anordnen musste. Gross war ihre Macht über die Leiber, grösser die über die Seelen.

Die mittelalterliche Kirche umflocht das ganze Leben des Individuums mit ihren heiligen Handlungen, ihren Sacramenten. Dem Säugling gab sie den Taufsegen, den heranwachsenden Knaben confirmierte sie und führte sie in die Mysterien des Abendmahls und der Messe ein. Der Ehe gab sie den Charakter eines Sacraments. Sie trat an das Bett des totsiechen Greises und verabfolgte ihm die letzte Oelung. Ja, noch weit über das Grab hinaus reichte die mächtige Hand der Kirche. Selbst über die Seelen der Verstorbenen im Fegefeuer erstreckte sich ihr Machtgebot. Durch Seelenmessen konnte sie die Qualen der Seelen im Fegefeuer abkürzen. In der Privatbeichte schaute sie in die verborgensten Winkel des menschlichen Herzens. Und dann hatte sie die Gewalt in den Händen, die zerknirrschten, reuevollen Seelen von der Sundenlast zu befreien. Fürwahr, in den eisernen Ketten einer geistigen Knechtschaft lag damals das Individuum. Und wenn wir heute die Wahnnachrichten aus den *schwarzen* Gebieten vernehmen, so ist es uns, als dringt Kettengerassel an unser Ohr.

In den Zeiten des frühen Mittelalters war die Kirche die Hauptträgerin der Cultur. Die Geistlichen waren vielfach weit und breit die einzigen Sterblichen, die in die Kunst des Lesens und Schreibens eingeweiht waren. Sie hatten Zutritt zu der grossen geistigen Erbschaft, die uns die antike Welt hinterlassen hatte. In den Kanzleien der Staatsämter führten sie meist die Feder. Des Reiches Kanzler war der Erzbischof von Mainz. Sieht man von dem Kreis der Volkssagen und Volksdichtungen ab, so entstammte all das Wissen, was sich in dem Kopfe des Volkes abgelagert hatte, dem Munde der Geistlichkeit. Als weltliche Bildungselemente schieben sich erst nach und nach die ritterliche Standesbildung und dann die Berufskennntnisse des kaufmännischen und des Handwerkerstandes ein. In weiter, weiter Ferne lagen noch die Bildungsmittel, die heute die reichen Quellen einer meist rein weltlichen Bildung sind: die Zeitungen, die Flugblätter und Bücher.

In den Geisteswissenschaften selbst war noch keine tief einschneidende Arbeitsteilung eingetreten. Die Theologie, die Gottesgelehrtheit, beherrschte noch vollkommen die Köpfe aller Gebildeten. Die übrigen Wissenschaften ranken sich gleichsam erst an der Theologie empor.

An zwei kirchliche Institutionen haben sich ferner zuerst die deutschen Unterrichtsanstalten angelehnt: an das Kloster und an das Bistum. Zuerst blühen in Deutschland die Kloster- und Domschulen, die Stifts- und Pfarrschulen auf. Selbst die Universitäten, die nachmals oft zu wahren Rostkammern gegen die Kirche wurden, erhielten ihre Taufe aus den Händen der Geistlichkeit. Als die Aufgabe der Universitäten und damit zugleich als die Ursache ihrer Entstehung kann man nach Paulsen bezeichnen, »das zu leisten, was die Dom- und Stiftsschulen nicht mehr vermochten, nämlich den Klerus die Wissenschaften zu lehren«. Den Universitäten wurde zuerst direct der Charakter kirchlicher Lehranstalten aufgeprägt. »Sie wurden vom Papst formell errichtet, das heisst mit der Befugnis, zu lehren und die akademischen Grade, das heisst Zeugnisse der Lehrbefähigung zu erteilen, ausgestattet.« In Frankreich und England wächst die Universität direct an den Domcapiteln und anderen kirchlichen Behörden empor. In Oxford und Paris vertrat ein Prälat den Einfluss der Kirche auf die Leitung der Hochschule.

Selbst eine so weltliche Wissenschaft, wie die Medicin, wurde zuerst wesentlich von der Geistlichkeit ausgebildet und gefördert. In die Klöster scheint die Heilkunde schon im VI. Jahrhundert eingezogen zu sein. Cassiodorus, der Geheimschreiber Theoderichs des Grossen, empfahl nach seinem Ein-

tritt in den Orden der Benedictiner seinen Ordensgenossen das Studium des Hippokrates und Galenus. Seitdem erfreute sich in diesem Orden die Medicin anhaltender Pflege. Durch die Benedictiner wurden später einzelne Schulen als Medicinschulen eingerichtet — so das Kloster von Monte Cassino und die berühmte Schule von Salerno. Als Hauptverdienst der Schule von Salerno muss hier die Tatsache hervorgehoben werden, dass sie die Medicin frühzeitig von der Bevormundung der Kirche freizumachen verstand und schliesslich zu einer rein weltlichen Schule wurde. Die Mönchsärzte verwandelten sich allmählich in Laienärzte.

Das Rechtsstudium errichtet sich zuerst eine dauernde Pflegestätte in den kirchlichen Anstalten. Die Geistlichen entwickeln das Kirchenrecht, das canonische Recht. Die Rechtsformeln sind nach Eichhorn sämtlich von Geistlichen, als den einzigen wissenschaftlich unterrichteten Männern der Zeit, ausgebildet worden. Die geistliche Gerichtsbarkeit wird in Civilsachen sehr erweitert. Die Kirche stellt den Grundsatz auf, dass man sich wegen jeder an sich sündhaften Handlung an die Kirche wenden und vor geistlichen Gerichten klagen könne. Die Ehesachen werden ihrer Rechtsprechung unterstellt.

Die Kirche herrschte unumschränkt über die Gewissen ihrer Gläubigen, sie war die Hauptträgerin geistiger Bildung, sie verfügte über ein Viertel des gesamten Grund und Bodens und gebot über ganze Armeen von hörigen Bauern. Sie hatte in Bistümern, Abteien die Rechte der öffentlichen Gewalt erworben, sie war also selbst in den Rang einer Staatsmacht emporgerückt, und sie besass ferner eine festgefügte internationale Organisation. Kein Wunder, dass diese riesige internationale kirchlich-staatliche Gewalt das schwache Kaisertum zeitweilig in eiserne Fesseln schlug.

\* \* \*

Die Träger der staatlichen Gewalt des Mittelalters lebten durchaus nicht ein blosses sociales Schlaraffenleben. Sie hatten zur Sicherung der Lebensbedingungen der mittelalterlichen Gesellschaft bestimmte Aufgaben zu erfüllen: die Organisation der Friedensbewahrung und des Rechtsschutzes. Die Rechte der Staatsgewalt selbst werden von weltlichen und geistlichen Grundherren ausgeübt. Eine von den einzelnen ökonomischen Machthabern getrennte staatliche Gewalt konnte sich nicht behaupten. Daher tritt die das ganze Mittelalter charakterisierende Verschmelzung öffentlicher und privater Rechte ein. Der ökonomisch Starke benutzt die Erwerbung öffentlicher, staatlicher Rechte zu seiner privaten wirtschaftlichen Stärkung. Die streng notwendige sociale Tätigkeit versehen die grossen Grundherren wohl, sie schaffen eine Organisation des Heeres und der Rechtspflege, aber sie prägen dieser ihrer öffentlichen Tätigkeit zugleich ihre Sonderinteressen auf. Der ganzen Staats-tätigkeit klebt ein gewisser Classencharakter an. Der Staat, die Zwangsorganisation zur Pflege allgemeiner socialer Aufgaben, kann sich nur schwer aus der Umstrickung der reichen Grundherren loslösen. Er functioniert daher nur unvollkommen und schwach. Mit der Friedensbewahrung nach innen und aussen bescheidet er sich. Noch völlig fern liegt ihm die grosse Aufgabe der Pflege der Wissenschaften und der Volksbildung. Ihre Erfüllung hat die Kirche in die Hand genommen. Die Kirche ist noch eine den Staat an Macht weit überragende Herrschaftsorganisation. Sie hat sich überdies als begüterte Grundherrin mit den Rechten der Staatsgewalt bekleidet. Ers nach und nach greift der Staat auf das Gebiet der geistigen Cultur über. Schon spät, nämlich mit der Entwicklung des Handwerks und des Handels, setzt sich der Staat wirtschaftspolitische Zwecke. Man sieht, der mittelalterliche Staat ist eine sehr kraflose und unentwickelte Institution, die das ökonomische und sociale Leben der Zeit garnicht schöpferisch gestalten kann.

# Zur Logik der Socialpathologie.

Von

Willy Hellpach.

(Berlin.)

Dass die feuilletonistische Popularität eines Wortes zu seiner logischen Berechtigung gewöhnlich im umgekehrten Verhältnisse steht, ist eine tausendfach belegte Erfahrung; aber selten ist sie so crass zu Tage getreten, wie in dem Begriff des *Pathologischen*, den der journalistische Gebrauch schlechthin compromittiert hat, und das in einer Zeit, in der die Wissenschaftslehre vor die Aufgabe gestellt war, die Geltung des Krankhaften für ganz neue Erscheinungsgebiete zu untersuchen. Es darf nicht wunder nehmen, dass die Verwirrung nur noch ärger wurde, als man dem schon genügend verdrehten und mißhandelten Wort noch die Modedecoration des *Socialen* umhängte. Ich könnte mir keinen stärker humoristischen Hausschatz für den Forscher vorstellen, als eine Sammlung alles dessen, was die Zeitungen im letzten Jahrzehnt als *socialpathologisch* gebrandmarkt haben. Für die Wissenschaft hat die Sache freilich auch ihre sehr ernste Seite: gibt es doch eben wirklich eine Reihe von Erscheinungen, für die kaum eine bessere Charakterisierung, als jenes Wort sie ermöglicht, sich denken liesse, und sind es doch bewährte Forscher gewesen, die sich mit voller Ueberlegung der *socialpathologischen* Etikette bedient haben. Dazu kommt, dass die öffentliche Discussion, gerade wo sie am meisten vertieft erscheint, unverkennbar in unseren Tagen sich den *socialpathologischen* Zuständen zuwendet, mit dem eifrigen Bestreben, ihnen gegenüber praktische Betätigung wachzurufen. Da ist Klärung ein dringendes Bedürfnis; denn die Gefahr liegt nahe, dass in gutgemeintem Uebereifer eingreifende Massregeln gefordert, womöglich versucht werden gegen Dinge, die doch nur billige Staffierungen für die Flügel feuilletonistischer Windmühlen sind.

Die Wissenschaft selber kann leider von der Mitschuld an der unerfreulichen Situation nicht losgesprochen werden. Denn so natürlich auch die Notwendigkeit *socialpsychologischer* Betrachtung an einem bestimmten Punkte der psychologischen Forschungsarbeit dem Denkenden sich aufdrängen musste, so künstlich und gewaltsam ist in Wahrheit die Lehre vom Zusammenwirken der Menschen entbunden worden. Das Unheil der Sociologie, dass sie von Comte erfunden wurde, weniger aus innerm Drange zu *socialwissenschaftlicher* Arbeit, als aus dem Bedürfnis, ein logisches System der Wissenschaft abzurunden, ist bis heute noch nicht von dieser Disciplin gewichen. Ganz allmählich erst dämmert die Einsicht, dass die Sociologen mit ihrem Programm im Grunde alle recht, aber alle eben nur ein Stückchen recht haben; langsam fängt ein breiterer Strom an, die Bäche zu sammeln, die bislang ein jeder der Strom selber zu sein sich einbildeten — und dieser Strom ist keineswegs aus dem Quellgebiet der Sociologie selber, vielmehr aus den Forschungsreichen der Völkerpsychologie, der Geschichte, der Volkswirtschaftslehre entsprungen, und es sind von der Jurisprudenz, der Ethnologie, der Geographie, selbst der Theologie mancherlei Nebenflüsse in ihn gemündet. Er stellt sich uns als die werdende *Socialpsychologie* dar, die einmal als Lehre von dem Aufbau der *socialpsychischen* Erscheinungscomplexe und Elemente, als analytische *Socialpsychologie* oder Sociologie, dann wiederum als Lehre von den *socialpsychischen* Entwicklungen, als genetische *Socialpsychologie* oder Geschichtswissenschaft möglich ist.

Es hiesse, den hoffnungsvollen Klärungsprocess, der sich hier namentlich seit Lamprechts kühnem Angriff auf die rankeanische Geschichtstheorie vollzieht, gefährden, wollte man nun sofort die Stellung des Socialpathologischen innerhalb der Gemeinschaftspsychologie nach allen Regeln der logischen Methode bestimmen. Nichts ist unwissenschaftlicher, als der Versuch, Disciplinen möglichst fix und fertig auf die Beine zu stellen, anstatt sie in organischem Wachstum das Laufen lernen zu lassen; nichts törichter und unheilvoller, als ihnen Methoden anzupreisen oder vorzuschreiben, während doch jede junge Wissenschaft über tausend Missgriffe und Enttäuschungen hinweg ihre Wege sich selber suchen muss. Es sind nie die grössten Forscher gewesen, die immer gleich mit *Zielen und Wegen* ihrer —*logic* den Mund voll nehmen. So heisst es auch für uns, zuvörderst einmal uns umzuschauen, welche wesentlichen Merkmale es denn sind, die einer instinctiv als socialpathologisch charakterisierten Erscheinung anhaften. Denn so muss ja alle Wissenschaftslehre vorgehen: »Der Trieb ist immer das erste«, sagt trefflich Möbius von der Erkenntnis, und in der That lehrt uns die Geschichte der Wissenschaften, dass noch jede Disciplin factisch längst existiert hat und intuitiv in ihrer Eigenart begriffen war, ehe sie eine Etikette und einen logischen Pass erhielt.

Der Begriff des *Socialpathologischen* wird uns mindestens nahegelegt, wo die Begriffe der *Krankheit* und der *Gemeinschaft* in irgend einer Abhängigkeitsbeziehung erscheinen. Das trifft bei einer ungeheuren Fülle von Vorgängen zu, die sich vor unseren Augen abspielen. Sie scheinen sich aber ohne Schwierigkeit in vier Gruppen teilen zu lassen.

Die erste Gruppe würde alles das umfassen, was wir epidemische Krankheiten im weitesten Sinne nennen, mag es sich dabei um acute Epidemien — Scharlach — chronische Endemien — Typhus — acute Pandemien — Cholera — endlich chronische Pandemien oder Volkseuchen — Tuberculose — handeln. Ist uns hier die Uebertragbarkeit des pathogenen Agens teilweise schon eine rein naturale Tatsache, die einfach durch eine bestimmte Nähe zweier Individuen ohne das Vorhandensein socialer Beziehungen vermittelt werden kann, so unterliegt es doch keinem Zweifel, dass das sociale Leben, wie es factisch ist, jene Uebertragbarkeit ausserordentlich fördert und vielfach, wie bei der Syphilis, als ihre notwendige Voraussetzung angesehen werden muss. Je nachdem gelingt es ja auch, eine Epidemie durch Massnahmen socialer Art einzudämmen, verschwinden zu machen, zu localisieren. In der zweiten Gruppe finden wir dann Krankheitsercheinungen, die nur einzelne betreffen, in ihrer Aetiologie aber unverkennbar auf das Mitwirken socialer Factoren hinweisen. Dazu rechne ich vor allem jene Erkrankungen, die in der modernen Nervenheilkunde zuerst als *railway-spine* auftauchten, später von Oppenheim als traumatische Neurosen zur genaueren Kenntniss gebracht wurden; in ihrer Ursachenehre spielt bekannlich das Moment der wirtschaftlichen Not, oder besser der Furcht vor wirtschaftlicher Not eine entscheidende Rolle, und die technischen Mängel unseres socialen Versicherungswesens sind oft genug mit Recht als Züchter dieser Neurosen angeklagt worden.

Dass in diesen beiden Gruppen von Erscheinungen eine wechselseitige, bald mehr, bald minder intensive Beziehung zwischen Erkrankung und Gemeinschaftsleben besteht, ist zweifellos. Trotzdem wird man die hier als Beispiele aufgeführten Krankheiten und auch alle anderen, die man etwa der zweiten Gruppe noch einfügen könnte, niemals als socialpathologische Vorgänge bezeichnen hören. Und wie ich meine, mit Recht. Denn es ist sicher, dass bei ihnen allen die Factoren des Gemeinschaftslebens

doch nur eine helfende, eine secundäre Rolle spielen, dass sie nicht die Quelle der Erkrankung sind und selber erst wieder durch naturale Momente zu wirken vermögen. Wenn durch einsichtige Communalpolitik eine Stadt typhusfrei gemacht wird, so ist es eben die Tatsache, dass dem Typhuserreger der Boden für sein Gedeihen abgegraben wurde, die den Erfolg entscheidet — die biologische Wirkung socialer Massnahmen also. Die Tuberculose bedarf zu ihrem Ausbruch der Disposition und der Infection. Die Disposition wächst offenbar bei elender materieller Lage; aber nicht aus dem socialpsychischen Zustande heraus, der dabei herrscht, sondern weil rein biologisch die schlechte Ernährung den Widerstand der Gewebe gegen die Infection untergräbt. Und auch mit den traumatischen Neurosen steht es kaum anders. Das Entscheidende bei der Entstehung scheinen hier die neuropathische Anlage und die seelische Exaltation beim Unfall zu sein; die wesentlichen Züge des Krankheitsbildes weisen darauf hin. Was dann noch die Schwierigkeiten der Rentenerlangung leisten, sind Steigerungen der gemüthlichen Depression, Verschlechterungen der Prognose, Einwurzelung der hypochondrischen oder hysterischen Erscheinungen. In diesem Sinne aber gibt es ja überhaupt keinen Vorgang, auf den nicht die Eigenart des Gemeinschaftslebens nuancierend wirkte. Man kann also wohl von socialpsychischen Factoren in der Actiologie eines Leidens sprechen, ohne dass dadurch das ganze Leiden in die Reihe der socialpathologischen Objecte rückte. Es handelt sich eben bei der Tuberculose wie bei der Unfallsneurose um Zustände, deren Genese zunächst individualpathologisch — dort physiopathologisch, hier psychopathologisch — durchaus begreiflich zu machen ist, so sehr auch einzelne, ich möchte sagen zeitliche Züge in ihrem Bilde social bedingt sein mögen. Socialpathologisch aber im charakteristischen Sinne können wir nur Erscheinungen nennen, die in ihrer cardinalen Eigenart unmittelbar aus dem socialpsychischen Leben fliessen, nur aus ihm heraus verstanden werden können. Das trifft für die beiden Erscheinungsgruppen zu, die uns nunmehr noch eine Beziehung zwischen Krankheit und Gemeinschaft zu zeigen vermögen.

Sehr deutlich wenigstens für die erste. Sie umfasst individuelle Krankheitszustände, die aber durch die Art ihrer Ausbreitung und ihrer Abwandlung schon den Verdacht auf eine wesentlich socialpsychische Aetiologie wecken. Ich wähle zwei für unsere Zeit besonders kennzeichnende Beispiele: Alkoholismus und Nervosität, die weitaus verbreitetsten Geistesstörungen unserer Cultur. Vom Alkoholismus schliesse ich dabei natürlich die Dipsomanie, das Quartalssäufertum der Volkssprache, aus, da sie eine Form des epileptischen Dämmerzustandes darstellt. Was dann als echter Alkoholismus bleibt, finden wir, verfolgen wir es zu seinen Anfängen zurück, fast restlos aus socialpsychischen Momenten hervorgegangen. Ich leugne nicht, dass es einzelne Menschen gibt, denen schon in der Jugend ein auffallender Drang zum Alkoholgenuss eigen ist; aber abgesehen von den vielfach verkannten und verwischten Fällen von Dipsomanie, die hier mit unterlaufen, gelingt es dann doch immer, diese Alkoholophilie entweder auf die Abstammung von alkoholistischen Eltern oder auf Alkoholgewöhnung in der Kindheit durch törichte Eltern nachzuweisen. Solche Fälle gliedern sich also gewissermassen als Seitensprosse der allgemeinen Alkoholerkrankung an, und diese selber ist durchaus socialpsychischen Wesens. Bald als Betäubung des Gefühls wirtschaftlicher Not oder doch Unzulänglichkeit, bald als Mittel zur Erzeugung einer sonst durch mancherlei Hinderungen erschwerten geselligen Musse beginnt der Alkohol seine Rolle im menschlichen Leben. Gerade ein so energischer Vertreter der Abstinenz, wie Kraepelin, weist darauf hin, dass der

Alkohol für die besondere Art der Geselligkeit, die sich in unseren socialen Verhältnissen mit ihren Reibungsflächen nach allen Seiten entwickeln musste, nahezu unentbehrlich ist. Das Vergessen der Zwangsarbeit, das Hinauskommen über die wirtschaftliche Sorge, die Ermöglichung des Amusements mit an sich gleichgiltigen, fremden Menschen treiben den jungen Arbeiter in die Destillation, den Mann der Gesellschaft in die Weinstube, den Bürger zum Stammtisch. Die Musse, diese zweite Hälfte unseres socialpsychischen Lebens neben der Arbeit, ist heute in den Ländern der gemässigten und kalten Zone fast durchgehends auf die Voraussetzung des Alkoholgenusses gestellt. Es ist wahr, so oft es bestritten werden mag: gerade der mässige Alkoholgenuss, wie ihn die geschilderten socialpsychischen Bedürfnisse anstreben, ist die breite Basis des Alkoholismus, weil nur er den Stempel der *Unentbehrlichkeit* trägt. Die Bindung des in den Gehirnen wühlenden Erwerbsdranges, die vollige Umgestaltung unserer Musse sind die Mittel, den Alkoholismus zu unterbinden. Ich halte fest daran, dass auch dann der Alkoholgenuss nicht schwinden wird; aber die drei Kriterien jenes Alkoholgenusses, für den ich selber eintrete: dass er nur gelegentlich sei, dass er sich auf die kleinen Dosen beschränke, und dass er in wohlschmeckender Form sich darstelle — werden sich dann verwirklichen, wenn die socialpsychische Lage nicht mehr die Alkoholgewohnheit als Corrigens ihrer Unzutraglichkeiten provociert. Die mässige Gewohnheitstrinkerei von heute ist das socialpathologische Problem; sie ist, wollen wir uns der früheren Definition nun erinnern, der Ausgangspunct einer Erkrankung der einzelnen Individuen, ist die socialpsychische Grundlage einer pathologischen Erscheinung, — und weil sie als solche zugleich die wesentliche Ursache dieser Erscheinung, nicht bloss ihre Voraussetzung oder Bedingung ist, weil eine bestimmte Gruppe socialpsychischer Regungen die Alkoholgewohnung und diese unaufhaltsam den Alkoholismus erzeugt — nicht bloss ermöglicht, fordert, freigibt —, so erscheint in der That der Alkoholismus als ein socialpathologisches Problem. Für die Nervosität, soweit sie als Culturerscheinung auftritt, ist ein ähnlicher Gedankengang ohne Schwierigkeit zu finden. Es war Lamprecht, der zuerst erwies, dass der socialpsychisch erwachsene Zustand der *Reizsamkeit* die Basis der Nervosität bedeutet. Ich habe dann gelegentlich eines Versuches, diesen Gedanken für die verschiedenen Seiten des modernen Lebens durchzuführen, darauf hingewiesen, dass in früheren Zeiten auch die Hysterie und die durch starke Suggestibilität charakterisierten Psychopathien, die der Hysterie nahe stehen, auf einem besonderen socialpsychisch erwachsenen Zustande hervorsprossen, dem der *Lenksamkeit*, wie ich ihn nannte — dass somit auch die Hysterie und die hysteroiden Zustände gelegentlich ein socialpathologisches Problem bedeuteten.

Ich betone aufs stärkste diesen durchaus zeitlichen Charakter des Begriffes *socialpathologisch*. Es gibt auch heute noch genug Hysterische, aber — und ich weiss mich darin mit einem so eminent erfahrenen Neuropathologen wie Brunsmig — die Hysterie entspringt nicht mehr aus einer Zeitstimmung, sondern sie ist durchaus individualpathologisches Problem geworden; ich lasse mich durch nichts daran irre machen, dass unsere socialpsychische Lage geradezu antihysterisch gerichtet ist. Man muss für die Nervosität Aehnliches hervorheben: heute ist sie Zeitkrankheit; deshalb aber ist sie keine neue Krankheit. Es hat immer und überall Neurastheniker gegeben, weil es tausend Ursachen für die Neurasthenie gibt, aber unsere Zeit ist allerdings die erste, in der die Erwerbung der Nervosität oder die Manifestierung latenter neurasthenischer Anlage im wesentlichen socialpsychisch begreiflich, die Nervosität socialpathologische Erscheinung geworden ist. Und so wird



es auch stets eine Menge von Säufnern geben, aber so wenig etwa in der mittelalterlichen Städtecultur der Alkoholgenuss socialpathologisch gedeutet werden kann, so wenig muss diese Deutung jetzt eine bleibende sein; auch der Alkoholismus, die brennendste socialpathologische Frage unserer Zeit, wird hoffentlich dereinst wieder Gegenstand rein individualpathologischen Interesses werden.

Ich glaube mich verständlich gemacht zu haben. Aber ein weiteres Beispiel mag doch zeigen, wie schwierig die logische Umgrenzung dieser Gruppe von socialpathologischen Erscheinungen ist. Wie würde etwa die Syphilis zu ihr stehen? Es sind ja zweifellos eine Reihe socialpsychischer Momente vorhanden, die die Verbreitung der venerischen Erkrankungen eminent gefördert haben: die Reize des Grossstadtlebens, der grössere Hunger nach vorehelichen Liebesfreuden, wie ihn die Hinausschiebung der Heiratsmöglichkeit erzeugt, und mancherlei mehr. Trotzdem ist die Beziehung zwischen dieser Wandlung im Geschlechtsleben und der venerischen Gefahr keine eigentlich causale, sondern eine wahrscheinlichkeitsstatistische, wenn ich es kurz so benennen darf: die Möglichkeit der Ansteckung nimmt mit der Häufigkeit ausscherehlicher Geschlechtsgenüsse zu. Aber bei alledem wird die Ansteckung kein Entwicklungsproduct des Geschlechtslebens, sondern sie bleibt in diesem eine Katastrophe — in demselben Sinne etwa, wie die Zahl der Todesfälle bei der Lungentzündung mit dem Alkoholismus wächst, ohne dass dieser darum nun in ein causales Verhältnis zur Pneumonie träte. In einem Gleichnis gesagt: Das verlangerte voreheliche Liebesleben ist nicht Wurzelboden der venerischen Seuchen, sondern nur Vehikel ihrer Ausbreitung. Es kann also die Syphilis an sich so wenig socialpathologischer Betrachtung unterliegen, wie der durch mangelhafte Wohnungsfürsorge gezüchtete Typhus. Wohl aber könnten zum Beispiel sexuelle Abnormitäten, wie perverse Befriedigung, zu socialpathologischen Problemen sich auswachsen, wenn es sich zeigte, dass sie mit einer gewissen Regelmässigkeit aus den seltsamen Wirkungen des langen ausscherehlichen Liebeslebens oder aus wirtschaftspsychischen Regungen oder sonstwie auf socialpsychischer Basis sich herausbildeten. Für Frankreich hat das in der grossen Frage des präventiven Sexualverkehrs heute bereits seine Geltung. Nicht die Abnahme der Geburtenziffer, die ja keine Krankheit ist, sondern der ihr zu Grunde liegende Seelenzustand der Gatten, den Zola in seiner *Fécondité* als die krankhafte Angst vor dem Kinde so gewaltig dargestellt hat, repräsentiert hier ein socialpathologisches Problem: eine mindestens abnorme Wendung des Seelenlebens der einzelnen, deren Wurzeln die Psychologie der Wirtschaft, der Sitte, der Musse aufzudecken hat.

Betrachten wir nun aber alle diese Erscheinungen: den Alkoholismus, die Nervosität, den Malthusismus weiter, so fällt uns auf, dass sie nicht bloss in ihren Ursachen, sondern auch in ihren Wirkungen die socialpsychologische Untersuchung herausfordern. Sie alle gefährden, mehr oder minder acut, den Fortbestand des Gemeinschaftslebens, indem sie zum wenigsten die sociale Reibung erhöhen — wie die Nervosität —, die Freude an gewissen Formen der Gemeinschaft schmalern — wie der Malthusismus — oder gar alle Möglichkeiten socialer Beziehung vergiften — wie der Alkoholismus. Gerade diese Eigenschaft ist es ja, die diesen Erscheinungen eine so ausserordentliche praktische Bedeutung verleiht. Sie weist uns aber auch auf eine weitere Gruppe von Vorgängen hin, denen sie anhaftet, ohne dass es bei ihnen an sich schon um Krankheiten oder Abnormitäten im Sinne der wissenschaftlichen Pathologie handelte. Vielmehr kennen wir eine Reihe von Tatsachen, die mit dem Begriff der *Krankheit* gar nichts zu tun haben, die aber doch erfahrungsgemäss

den Fortgang und die organische Abwandlung des Gemeinschaftslebens bedrohen. Für eine von ihnen ist gerade die Bezeichnung *socialpathologisch* am frühesten seitens der Wissenschaft angewandt worden: für das Verbrechen, das Franz von Liszt vor Jahren gegenüber der anthropologischen Criminaltheorie Lombrosos als eine im wesentlichen socialpathologische Erscheinung charakterisierte.

Gerade diese Gruppe ist es nun, die seit jeher den beliebten Tummelplatz feuilletonistischer und den Gegenstand des Misstrauens wissenschaftlich denkender Geister bildete. Begreiflich nur: denn es scheint auf den ersten Blick bei dem Feuilletonisten es naturgemäss bewenden lassen, diesen Erscheinungen etwas Teleologisches anzuheften, und teleologisch mutet auch ihre Stempelung zu socialpathologischen Tatsachen an. Sie erregen Besorgnis um die Zukunft des Gemeinschaftslebens, ihre Beurteilung ist traditionell eine sittliche, man hört sie als Zeichen des moralischen Verfalls der Gesellschaft oder einzelner Gruppen beklagen. Sie scheinen Object der Ethik im weitesten Verstande, die Politik einbegriffen, zu sein, und in der Tat ist der Versuch, sie der normativen Betrachtung zu entrücken und der causalen zu unterwerfen, immer wieder als eine Bedrohung der sittlichen Grundfesten unseres Gemeinschaftslebens denunciirt worden. Es fällt mir nicht ein, hier die logische Principienfrage nach der Berechtigung *normativer Wissenschaften* aufzurollen; es genügt, festzustellen, dass diese auserwählten Disciplinen factisch der Tatsachenwelt völlig steril gegenüberstehen, dass bei genauem Zusehen Logik, Ethik und Aesthetik niemals wirksame Normen gefunden, sondern bereits wirkende beschrieben und analysirt haben; diese Normen selber aber sind weiter nichts als der Ausdruck der *Sitte* im umfassendsten Sinne gewesen. Ich setze hier den Standpunct, dass es auch die Gemeinschaftspsychologie mit den Ursachen und Gleichheiten zu tun habe, als den voraus, der aller tatsächlichen socialpsychologischen Forschung unserer Zeit zu Grunde liegt, selbst bei jenen merkwürdigen Gelehrten, die ihn bestreiten und damit den Wert ihrer eigenen Lebensarbeit negieren. Immerhin bleibt dann die Abgrenzung des Socialpathologischen als einer gemeinschaftswidrigen socialpsychischen Erscheinung schwer genug. Einmal verführt diese Etikette gar zu leicht zu jener oberflächlichen Analogiespielerei, an der die Socialwissenschaft in ihrer *organologischen* Zeit schwer genug gelitten hat: windige Phantastereien, als *Gesetze* bezeichnet, wie die Fabel vom Altern und Absterben der Völker und ähnliche Erfindungen, blühen gefährlich dicht an diesem Wege. Dann aber ist ja auch der Forscher eine lebendige Persönlichkeit, die der Gegenwart mindestens nicht bloss mit causaler Fragestellung, sondern auch mit sittlichem Urtheil gegenübertritt; und aus dem widrig Empfundnen wird rasch das als pathologisch Gebrandmarkte. Es heisst also hier, recht weit zurück in die Vergangenheit fliehen, wo es angeht, das moralische Interesse möglichst auszuschalten, und wo zugleich der Blick nach vorwärts über den wirklichen Ablauf der Dinge hinschweifen kann. Denn oft schon sind ja Zustände zeitweilig als äusserst misslich empfunden, als Verfallssymptome bejammert worden, die dann ohne Schaden spurlos verschwanden und den Späteren als notwendige Glieder einer bestimmten Entwicklung erschienen.

Und da sind wir an der entscheidenden Frage: ob nicht das Wort *pathologisch* für socialpsychische Vorgänge, die an sich keine individuellen Erkrankungen mit sich führen, nicht überhaupt bloss ein pseudowissenschaftlicher Deckmantel für eine ethische Wertung sei; ob nicht die socialen Krankheiten nur Entwicklungsphasen an sich neutraler Art darstellen, die von der einen oder anderen Gruppe drückend

empfunden werden? Ist doch gerade auch der Begriff des *Verbrechens* schwankend, relativ, zeitlich! Das scheint eine böse Klenume: entweder die Normativen bleiben im Recht, die Geisteswissenschaften haben es principiell mit Zwecken und Wertungen, anstatt mit Ursachen und Gleichheiten zu tun — oder aber der Begriff der *Krankheit* ist auf das socialpsychische Leben unanwendbar. Doch im Grunde begegnet uns hier nur jene logische Unklarheit, die dem Krankheitsbegriff auch biologisch, auch individualpsychologisch anhaftet. Die Abzweigung der Pathologie als einer eigenen Wissenschaft ist ja lediglich der Wichtigkeit der Heilkunde zu danken; *savoir pour prévoir* war hier mehr als anderswo der Gang der Dinge. Weil Krankheiten belästigen, schädigen oder gar töten, wurden sie Object einer besonderen Forschungsgruppe. Man überlege nur, welche Erweiterung der Krankheitsbegriff noch nach Virchow und gegen ihn durch die neuropathologischen Ergebnisse erfuhr; und die psychopathische Belastung gilt ja bis heute den meisten Nicht-ärzten als eine alberne oder böartige Erfindung der Psychiater. Krankheit, auch psychische, ist bis zu dieser Stunde immer nur Abweichung von einer Norm geblieben, von einer im Zeitenlaufe beständig wechselnden Norm. Das ist freilich auch vielen Aerzten noch nicht deutlich; sonst hätte Möbius' Gedanke eines *physiologischen Schwachsinn*s nicht eine so erschreckend unverständige Kritik gefunden.

Vielleicht leitet erst eine eindringliche entwickelungsbegriffliche Untersuchung des Pathologischen über die Unklarheit hinaus. Hierfür mögen die Forschungen der modernen Bakteriologie und der Psychiatrie noch fruchtbar werden. Sie zeigen uns ja, dass wenigstens sehr oft Krankheit keine Episode innerhalb der Entwicklung ist, die mit Restitution oder mit Tod endet, sondern eine Abbiegung der Entwicklung selber, eine dauernde, ja selbst phylogenetisch fortwirkende Veränderung des Kräftesystems, das wir Organismus nennen. Steigende Immunisierung oder steigende Empfänglichkeit sind die beiden klaren Grenzfälle dieser Abwandlung. Der erste Fall aber beweist, dass das Pathologische nicht seinem Wesen nach progressiv sein muss, und diese Einsicht hat dazu geführt, dass man sich der selbsttätigen Regression der Krankheit bemächtigte und sie systematisch in uns allen zur Abwicklung brachte. Die Impfung wird ja möglicherweise sich noch weit mehr Gebiete erobern, als das der Pocken, auf das sie heute beschränkt ist. Und der Zustand der Immunität, der wohl ein der ursprünglichen *Norm* fremder ist, aber auch von niemandem mehr als pathologisch bezeichnet wird, ist das Ergebnis einer unbedingt mit der Erkrankung beginnenden Wandlung. Andererseits sind die ersten Stufen der progressiven Krankheitsreihe oft als an sich pathologisch keineswegs zu erkennen, trotzdem lehrt die Erfahrung sie uns als erste Etappen der Entartung fürchten. Ohne seichte Analogieen zu bilden, sollten wir diese Erwägungen doch für das socialpsychologische Gebiet nutzen. In der Art, denke ich, dass wir uns der bei allen Dilettanten äusserst beliebten Grenzuntersuchungen über den Beginn des *Krankhaften*, seine Grenze zum Gesunden also, möglichst enthalten und uns genug daran sein lassen, die extremen Fälle als pathologische zu kennzeichnen: die *katastrophischen* möchte ich sie nennen. Die Fälle also, die das Gemeinschaftsleben schlechthin, nicht bloss in seiner herrschenden Ausprägung bedrohen — vorausgesetzt natürlich auch, dass sie selber socialpsychischen Wesens sind, denn bedrohlich für das sociale Sein kann auch ein Epileptiker werden. Es ist durchaus nicht bloss der Mord, der dahin zählt; es sind auch Dinge, die das Strafgesetz nicht kennt, wie Denunciantentum, Strebertum, gewisse Formen des männlichen Geschlechtsegoismus, eine Reihe von Aeusserungen des *Leichtsinn*s, die nicht bloss abändernd, sondern durchaus zer-

störend auf das Gemeinschaftsleben wirken, indem sie dessen seelische Grundlagen, das Vertrauen in erster Linie, erschüttern. Tatsachen aber, wie das einseitige Vorwiegen der Musse oder der wirtschaftlichen Arbeit, die Verknöcherung einzelner Sitten, den Mangel oder das Uebermass von Frömmigkeit sollte man nach Kräften vor der Kennzeichnung *socialpathologisch* behüten, solange wir von den Gesetzen des socialpsychischen Geschehens so wenig wissen, wie es heute der Fall ist. Auch das Verschwinden geistiger Werte — man denke etwa an die Griechen der Antike und unserer Tage — ist eine so allgemeine Erscheinung aller psychischen Entwicklungen, dass ich keine Möglichkeit sehe, hier eine Grenze zwischen Norm und Abnormität festzulegen. Vorläufig wenigstens.

Logische Betrachtungen müssen, wo sie von Wert sein sollen, immer in gewissem Sinne aphoristisch bleiben; denn kein *System* der Erkenntnis überdauert in seiner Geltung auch nur das nächste Jahr. Und sie sind ihrer ganzen Natur nach vorwiegend negativ. Sie sollen etliches verscheuchen und zerstören — mehr vermögen sie kaum zu leisten. Je weniger die Wissenschaft ihrer bedarf, desto besser ist sie daran: das Anschwellen logischer Polemik ist immer das Zeichen einer Krise. Und die Logik selber vermag nie über solche Krisen hinaus zu führen; das ist die Leistung der positiven wissenschaftlichen Arbeit. Die Grenzen irgendwelcher Begriffsbildung liegen dort, wo ihre Leistungen aufhören. Alle wirkliche Leistung endet aber da, wo die Analogie anfängt. Sie hat sich immer wieder als die schwerste Gefahr des wissenschaftlichen Forschens erwiesen. Bald, indem die Gelehrten selber in Analogieen versanken; bald, indem sie, gescheucht von dilettantischen Analogikern, das Berechtigte, das doch in jedem Irrtum noch steckt, verkannten und ganze Wissensgebiete brach liegen liessen. Aus solchen Erwägungen heraus mögen denn ein paar logische Anmerkungen zur Gemeinschaftspsychologie entschuldigt werden. Diese junge Wissenschaft hat kaum die erste Durchseuchung mit Analogieen biologischer Art hinter sich. Es ist zu fürchten, dass der Modebegriff des *Pathologischen* ein neues Unheil heraufbeschwöre. Das wäre schade; denn die socialpsychologische Forschung steht etwa heute, satt alles logischen Geschwätzes, am Anfange ernster und vieles verheissender Arbeit. Und in dieser Arbeit werden auch die Probleme die ich hier als socialpathologische zu umreissen versuchte, ihre Meister finden.

---

## Arbeiterschaft und Bildungswesen.

Von

**Simon Katzenstein.**

(Berlin.)

»Die Proletarier haben nichts zu verlieren, als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.« Mit diesem Ausblick ins Unendliche schliesst das *Communistische Manifest*. Eine Welt! Das ist mehr und anderes, als nur politische Machtgewinnung und Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Production und Verteilung. Das ist die Schaffung einer neuen Menschheit, eine Erneuerung von innen heraus des ganzen individuellen und socialen Geistes- und Gemütslebens, die aus dem Schutt der Jahrtausende alten Not und Knechtschaft neue Persönlichkeiten, zum erstenmal Menschen schaffen osll. Das Ende der *Vorgeschichte* ist für Marx die socialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Nicht aufhören soll damit das Streben und Aufwärtstringen

der Menschheit. Es soll erst beginnen auf gesicherter Grundlage. Wie Luft und fließendes Wasser wird die materielle Existenz den Menschen ein sicherer Besitz sein, eine Selbstverständlichkeit, um die keiner mehr kämpft. Und auf diesem Boden entfaltet sich erst das reiche innere Persönlichkeitsleben der Menschen und ihrer Verbände, geleitet von immer neuen Problemen, getrennt durch immer erneute Streitfragen, aber einig im Streben nach der in unendlicher Ferne liegenden Wahrheit, in der Achtung vor der Meinungsfreiheit und dem ehrlichen Streben des andern. Freilich ist die heutige socialistische Bewegung nicht die vollentwickelte socialistische Gesellschaft. Und ganz gewiss bedingen die Folgen uralter Notstände, die Bedürfnisse des Kampfes, die Mangelhaftigkeit der Erkenntnis eine Reihe von Unzulänglichkeiten, die mit dem Ideal nichts gemein haben. In stetem Ringen gilt es also, die Schönheit des Grundgedankens herausarbeiten zu helfen aus der Spröde widerstrebenden Stoffes: alles aber in den Reihen der Kämpfer stehend, mit Hand anlegend — nicht leichthin bekrittelnd von draussen her oder gar von einer eingebildeten Höhe vornehm herabblickend.

So sei es zum Eingang dieser Betrachtung über die Bildungsbestrebungen der Arbeiter und der Rundschau, die sie künftighin in diesen Heften regelmäßig beleuchten soll, mit aller Schärfe betont: Die vornehmste und weitaus wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse ist heute noch und bis zur entscheidenden Wendung ihres Geschicks die vorbereitende Arbeit, der Kampf und die Organisationsarbeit für die materiellen und ideellen Unterlagen künftiger freier und höchster Entfaltung: auf dem gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, politischen, geistigen Gebiete.

Die Geschichte kennt nicht die schroffen Grenzscheiden des logischen Schematismus. Der Tag wird nie kommen, an dem der Uhrzeiger die Stunde anzeigt, in der die socialistische Gesellschaft beginnt. Nirgends gilt das Wort vom *fließenden All* mehr, als im socialen und im geistigen Leben der Menschen. So ist es auch nicht möglich, irgend eine Aufgabe, deren völlige Lösung der socialistischen Gesellschaft vorbehalten bleibt, in der heutigen Gesellschaft und unter ihren Kämpfen ganz beiseite zu setzen. Wir arbeiten nicht allein für die Zukunft und unsere Nachfahren, sondern auch für die Gegenwart und für uns selbst. Und wir dürfen nicht glauben, dass mit der Er kämpfung unserer politischen und socialen Ziele alles erreicht sein, die körperliche, geistige und sittliche Wiedergeburt der gesunkenen Menschheit sich ganz von selbst ergeben werde. Das Wort, dass wir vorwärts streben sollen, als stehe der Sieg vor der Tür, und mühselig arbeiten, als ob er noch in weitester Ferne stehe, das gilt auch von der Arbeit auf dem Gebiete des Bildungswesens.

Hat sie doch eine dreifache Aufgabe. Sie soll dem Bedrängten helfen, unter den gegebenen Verhältnissen sein Leben in socialer und gesundheitlicher Hinsicht etwas erträglicher einzurichten. Sie soll eine Kampfeswaffe und ein Arbeitswerkzeug werden für die Kämpfe und Mühen, die mit der socialen Umgestaltungsarbeit untrennbar verbunden sind. Und gleichzeitig soll sie, soweit das unter den schwierigen Bedingungen der Gegenwart und neben ihren übrigen Aufgaben noch möglich ist, ein Stück von der Bildung gewähren, die wir um ihrer selbst willen erstreben, die das schönste Ziel und, soweit wir sie besitzen, das wertvollste Besitztum unseres Lebens darstellt.

Es ist kein Zufall, dass an der Wiege der Arbeiterbewegung Bildungsbestrebungen stehen. Der Gang des menschlichen Geisteslebens geht vom Entfernten erst zum Näheren. Das Gewohnte erscheint selbstverständlich, und es bedarf einer gewissen Schulung im abstracten Denken, um die Verhältnisse des umgebenden Lebens in ihrem Zusammenhang zu erfassen und sie sich gegenständlich gegenüber zu stellen. So finden wir die geistige Be-

wegung zuerst beherrscht von religiösen Problemen, im Kampfe um die Weltanschauung und um die Befreiung von Bevormundung in der Beurteilung des Weltganzen und seiner Bedeutung für das eigene Ich. Und über die Fragen der nationalen Ausgestaltung und der formalpolitischen Organisation hinweg führt erst ganz allmählich der betrachtende Blick zurück zu dem Kern und Grund des menschlichen Gemeinlebens: der wirtschaftlich-socialen Organisation, wie die Naturwissenschaft erst durch aller Art Wunderglauben, durch Speculationen ohne Unterlage hindurch und dann über die Betrachtung der grossen Gebilde hin zur Beobachtung des Kleinsten und seiner Lebensvorgänge gelangt ist, auf deren Grunde erst eine wahrhaft wissenschaftliche Erforschung der grösseren Zusammenhänge und der Lebensgesetze der gesamten Natur schliesslich möglich wird. Schafft aber das Streben nach den höchsten Zielen, während das Naheliegende unverstanden im Dunkeln bleibt, nicht die gesuchte Erkenntnis, so weitet es doch mächtig den Blick und schärft das Auge für die folgenden Aufgaben der Arbeit im kleineren und auf engeren Gebieten. So sind es weltumspannende Denker, Herrscher im Reiche des Gedankens, die aus der Erforschung der grössten Zusammenhänge geführt werden zur Betrachtung des socialen Zusammen- und Gegeneinanderwirkens der Menschen und zur Theorie des Socialismus. Grosse Gelehrte, bedeutende Philosophen haben den Socialismus als Theorie geschaffen — wie hätte da ihr Wirken die von ihnen ausgehende Bewegung nicht auch in der Richtung und Färbung des geistigen Lebens und Strebens beeinflussen müssen! So ist die socialistische Bewegung von Anfang an nicht nur als fortschrittlichste Partei für volle geistige Freiheit, für jede Verbesserung des Schul- und Bildungswesens von Staats wegen eingetreten: sie hat auch von Anfang an, nach dem Masse ihrer Kräfte und soweit die drängende Arbeit des Tages es gestattete, selbst eifrig und planmässig der Förderung der Bildungsbestrebungen, dem Unterricht der Arbeiter, der wissenschaftlichen Erziehung der Genossen sich gewidmet. Der Name *L i e b k n e c h t s*, der sich am liebsten als den Lehrer der Partei betrachtet hat, seine Tätigkeit im Leipziger *Arbeiterbildungsverein* und für die Berliner *Arbeiterbildungsschule* entheben mich weiterer Belege.

Der Wert der Bildung für die Arbeiterklasse und ihre Bewegung darf danach als anerkannt gelten. Sie ist auch wohl niemals ernsthaft bestritten, manchmal wohl gar bis zur Uebertreibung betont worden. Aber welcher Bildung? Was ist Bildung? Was bedeutet sie für uns? Wie können wir sie fördern?

Dem alten liberalen Spruche *Bildung macht frei*, dem man neben seiner tiefen inneren Wahrheit noch eine philisterhaft verflachte, zur Unterschätzung des politischen und socialen Kampfes führende Nebenbedeutung beigelegt hatte, warf Liebknecht in trotzigem Kampfesmut den Satz *Wissen ist Macht* entgegen. Hatte die Bildungsbewegung der liberalen Epoche, für die etwa die Schillerfeier von 1859, gewissermassen das Frühlingsfest des wiedererwachenden Bürgertums, den Anstoss gegeben, einmal die Verbreitung praktischer Kenntnisse zur Ergänzung des mangelhaften Volksschulunterrichts, dann aber die *Erziehung* der Arbeiter bis zur politischen *Reife* auf ihre Fahne geschrieben und, bei aller achtenswerten Tüchtigkeit mancher Vertreter, doch im wesentlichen sich in einem flachen Gerinnsel verlaufen, das für die Dauer ernst strebenden und vor allem politisch interessierten Arbeitern nicht genügen konnte, so fasste Liebknecht das Wissen zunächst als das Mittel zur socialen und politischen Betätigung, als eine kräftige Stütze im harten Aufstieg zur politischen Macht, deren Eroberung man sich damals einfacher und näher dachte, als es uns später die Erfahrung gelehrt hat. Er, der eine allseitige und harmonische Bildung, nicht nur des Geistes, besass, wie wenige,

beschränkte sich in weiser Erkenntnis zunächst auf das dringend notwendige Rüstzeug und dann auf das Gebiet, auf dem die entscheidenden Kämpfe zu führen waren: das wirtschaftliche und politische. Und solange die Arbeiterklasse um ihr Recht aufs Leben und die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgabe zu kämpfen hat, so lange wird auch dieses Bildungsgebiet stets im Vordergrund zu stehen haben. Bildungsbestrebungen, die geeignet sind oder gar bezwecken, sie davon abzuleiten, ihr ein verschwommenes Ideal allumfassender Harmonie vorzuspiegeln an Stelle ihrer klaren und nüchternen Organisations- und Kampfesarbeit, müssen wir nicht nur als unnütz verwerfen, sondern direct als verderblich bekämpfen.

Aber die rein auf die sociale Arbeit gerichtete Geistestätigkeit reicht nicht aus, um alles für die Entfaltung des Geisteslebens der Arbeiterschaft notwendige Material von Kräften zu gewinnen. Und gar eine eigensinnige Beschränkung auf das bloss Politische, etwa mit der fachlichen Ergänzung aus dem gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeitsgebiete, würde hier brauchbare aber einseitige Praktiker, dort aber bloss Bananen mit engstem und flachstem Gesichtskreise liefern. Auch heute bereits gibt es Bildungsaufgaben wichtigster Art ausserhalb des politischen und socialen Gebiets.

Bildung, das bedeutet nicht allein Kenntnisse, noch weniger bloss ausere Lebensformen. Ich bezeichne als Bildung im höchsten Sinne diejenige Entfaltung der angeborenen körperlichen und geistigen Kräfte des Menschen, die sie unter der Leitung des Willens zur möglichst umfassenden Kraft, Gesundheit und Schönheit gestaltet. Und Bildungsarbeit ist alles, was diesem Ideale zustrebt: gleichermaassen gerichtet auf die Ausbildung der körperlichen und der geistigen, der ästhetischen und der gemüthlichen Anlagen, auf die praktische Betätigung und die innere Abgeschlossenheit, auf eine selbständig und eigenartig gewachsene Persönlichkeit wie auf die freiwillige und sachgemasse Einordnung in die Gemeinschaft und deren Erfordernisse.

So betrachtet, kann der wichtigste und beste Teil der Bildungsarbeit nur von dem einzelnen selbst geleistet, nicht von aussen her von anderen besorgt werden. Wohl aber kann man diese Innenarbeit anregen und durch planvolle Wegeleitung fördern, und das stoffliche Material, dessen sie bedarf, der Inhalt des geistigen Anschauungskreises kann nur von aussen her, von der positiven Wissenschaft und Kunst geboten werden.

Ist die wichtigste Zeit für die Entwicklung des Menschen die Kindheit, in der er seine Kräfte rapid aubreitet und in Jahren die Entwicklung ganzer Geschichtsperioden in der Kürze wieder durchlebt, so muss die Jugenderziehung in Haus und Schule immer der wichtigste und der entscheidende Teil der Bildungsarbeit bleiben, um so mehr, als nur in dieser Zeit der Mensch ganz der Entwicklung, der Aufnahme und Verarbeitung von Lebensinhalten gehört, da ja in der Zeit nach erfolgter Reife der wichtigste Teil des Lebens dessen äussere Betätigung ist, an Stelle des Lernens die Arbeit tritt. So muss die Förderung und Erleichterung dieser Erziehungsarbeit, der Schutz und die Vertiefung des Familienlebens, die materielle und innerliche Hebung der Volksschule in allen ihren Stufen, immer der Grund- und Eckstein jeder ersten und ehrlichen Bildungsarbeit sein und bleiben: wieder eine Sache der politischen und socialpolitischen Arbeit, die nun einmal, solange ein Staatswesen als höchste Verwaltungseinheit und Machtcentrum besteht, nirgends entbehrt werden kann.

Aber Familie und Schule unterstehen eben darum Einflüssen, deren wir noch allzuwenig Herr sind. Wir dürfen hier so wenig wie anderwärts warten, bis wir die Staatsgewalt errungen haben und mit ihrer Hilfe durchgreifende Reformen schaffen können. Und gerade, weil unser Schulwesen un-

zulänglich und zum Teil geradezu in seiner Wirkung verderblich ist, eben darum ist es um so dringender notwendig, Einrichtungen zu treffen, die diese mangelhaften Erziehungserfolge ergänzen und corrigieren. Zudem ist auch für die Zeit der vollendeten Reife, die Grundtvig, der grosse Bahnbrecher der Volkshochschulbewegung, sogar als die beste Zeit für die Aufnahme geistiger Nahrung ansieht, sicher die Darbietung der Mittel zur Fortbildung von grösster Wichtigkeit: die höchsten Erkenntnisse und viele praktische Bildungstoffe sind überhaupt erst dem reiferen Alter zugänglich.

Nun ist aber das Gebiet dieser Bildungsarbeit ungeheuer weit, fast unübersehbar. Neben der körperlichen Ausbildung, die ihre eigenen Organisationen hat, und die hier, um der notwendigen Beschränkung des Stoffes willen beiseite gelassen werden soll, bleibt die praktische, die wissenschaftliche und die ästhetische. Bleibt auch bei der ersteren die rein manuelle Tätigkeit ausser Betracht, so ordnet sie sich als Zweig in die wissenschaftliche ein. So bleiben wissenschaftliche und künstlerische Bildung, welche letztere wieder mit einer veredelten Unterhaltung vielfach zusammenfällt.

Die Aufgabe wird sein, ohne Aufstellung eines Ideals abgeschlossener oder gar umfassender wissenschaftlicher Bildung, das doch von vornherein als unerreichbar angesehen werden müsste, aber auch unter Vermeidung oberflächlichen, nur zu leerer Schwatzhaftigkeit befähigenden Scheinwissens die Unterlage zur selbständigen Weiterarbeit zu bieten. Es wird nicht möglich sein, den Arbeitern, abgesehen von wenigen einzelnen, die schliesslich auch der Hilfsmittel besonderer Veranstaltungen entraten könnten, eine streng wissenschaftliche Ausbildung zu gewähren. Dazu fehlen die Vorbedingungen zu sehr, und es wäre für die Gesamtheit gar nicht einmal zu erstreben. Auf der anderen Seite ist die vielgenannte Gefahr der *Halbbildung* zu nennen. Sie ist das vornehmste Argument, das gegen höhere Volksbildungsbestrebungen ins Feld geführt zu werden pflegt, oft genug von solchen, die dazu wahrlich keine Veranlassung hätten. Sicher gibt es eine Gefahr der Halbbildung, die sich mit äusserlich überlieferten Wissensinhalten begnügt und in solcher Zeitungsleserweisheit sich stolz und fröhlich sonnt, ohne von dem Ernste des Forschens, von der Schwierigkeit der Probleme und der Begrenztheit unseres Wissens sich eine Vorstellung zu machen. Aber eine richtig gefasste und planmässig betriebene Bildungsarbeit wird gerade dieser Verflachung entgegenwirken. Sie wird zeigen, wie vielfach wir noch vor Rätseln stehen, wie viele scheinbar sichere Erkenntnisse nur bedingte oder einseitige Auffassungen sind, wie auf allen Gebieten eine fortwährende kritische Arbeit fortwährend von dem, was als fester Besitz gilt, abbricht. Sie wird zum Weiterstudium auf bestimmten Gebieten anregen, dazu die Methode und die Hilfsmittel liefern und so zu dem Eifer des Weiterstrebenden die Bescheidenheit des wirklichen geistigen Arbeiters gesellen.

Diese Art des Vorgehens bedarf natürlich bestimmter Formen und Normen. Das alte Bildungsvereinswesen begnügte sich in der Regel mit einzelnen Vorträgen über interessante Stoffe verschiedenster Art, die bessererfalls von Lehrern und anderen mit den Bedürfnissen ihres Publicums vertrauten Personen dargeboten, im ungünstigeren Falle von einzelnen betitelten Gelehrten und sonstigen Grössen durch ganz Deutschland hindurch von der Walze abgehaspelt wurden. Das mag unter Umständen gar nicht zu verachten sein. Für die Dauer aber, für tiefer angelegte Geister und für ein zu ernsten Aufgaben bestimmtes Volk reicht das nicht entfernt aus. Hier muss mit wirklicher pädagogischer Methode gearbeitet werden.

Man setzt daher an die Stelle der Einzelvorträge, die nur in bestimmten Fällen wirklichen Wert haben, *Unterrichtscurse*. Man sucht das Zu-



hören zum Mitdenken zu gestalten und zum Mit- und Weiterarbeiten auszubilden.

Die vollkommenste Form, die das planmässige Volksbildungswesen gefunden hat, mögen die nordischen sogenannten *Bauernhochschulen* darstellen, die herangewachsene Menschen, Jünglinge und Männer, Mädchen und Frauen auf ein oder mehrere Halbjahre vereinigen und ihnen neben praktischer und theoretischer Fortbildung in ihren Berufskenntnissen nicht nur ein weiteres, systematisch durchgearbeitetes Allgemeinwissen überliefern, sondern auch ihren Geist schulen zur selbständigen Weiterarbeit und zur Vertiefung in geistige und ethische Fragen. Unter unseren Verhältnissen scheint für solche Einrichtungen noch kein Boden zu sein. Bei uns äussert sich die fortschrittliche Richtung im Bildungswesen in loseren Gestaltungen.

Man hat hier das System der Curse und Lehrgänge eingeführt. Anknüpfend an die englische *University-Extension* kam man zuerst in Wien und Zürich, dann in Frankfurt am Main und einer Reihe Universitätsstädte des Reichs zu der Einrichtung zusammenhängender Vortragsreihen. In den Frankfurter *Volksvorlesungen*, die als volkstümliche Ergänzung der wissenschaftlichen Lehrgänge des *Freien Deutschen Hochstifts* ins Leben traten, bot man zunächst Reihen von je drei Vortragsabenden, die unentgeltlich abgehalten und zu denen gedruckte Leitfäden mit kurzer Uebersicht des zu behandelnden Stoffes den Zuhörern übergeben werden. Später kamen dazu die *Lehrgänge* von 10 bis 12 Vorträgen, für die ein Einschreibegeld von 1 Mark erhoben wird. Bei den *Volkshochschulcursen* hat man in der Regel den Kurs von 6 Abenden zur Norm gemacht, an denen in zusammenhängenden Vorträgen von etwa 1 Stunde ein bestimmtes Gebiet eingehender behandelt wird. Zur Vorbereitung und Wiederholung wird ein gedruckter Leitfaden, der eine kurze Darstellung des Stoffes oder auch nur die Disposition der Vorträge, im Anhang auch einige Literaturangaben bietet, ausgegeben. In einem zweiten, etwa halbstündigen Teil werden Fragen aus dem vorher herumgereichten Fragekasten beantwortet, mitunter auch Gelegenheit zu mündlicher Meinungsäusserung der Zuhörer in der Form der Discussion geboten. Als Entgelt wird ein Eintrittsgeld von mässiger Höhe erhoben, das in der Regel nicht ausreicht, um die Kosten zu decken, weshalb Zuschüsse der Gemeinde, Unterstützungen von Vereinen oder Privatleuten erfordert werden.

In Wien hat man nach englischem Vorgange dieses System noch in doppelter Weise ausgebaut. Man hat die Curse erweitert zu *Cyklen*, das heisst eine Reihe von Cursen zusammengeschlossen dadurch, dass entweder ein zusammenhängendes Gebiet — zum Beispiel die Geschichte der Philosophie oder das Strafrecht — in historischer oder systematischer Reihenfolge in mehrere Curse zerlegt und so vorgetragen wird, oder dass an einen einleitenden Cursus sich die Behandlung wichtiger Specialgebiete aus dem gleichen Fache anschliesst. Ausserdem wurde für die Teilnehmer an solchen *Cyklen* von mindestens 3 Cursen eine freiwillige *Prüfung* eingeführt, über deren Bestehen ein Privatzeugnis ausgestellt wird. Mancherorts wird auch Anregung zu schriftlichen Ausarbeitungen geboten, die vom Vortragenden geprüft und beurteilt werden.

Aehnlich ist die Einrichtung der Berliner *Arbeiterbildungsschule*, deren Lehrgänge sich auf je 10 Abende erstrecken, die aber, abgesehen von ihren Redeübungen, weniger akademisch und mehr schulmässig betrieben wird.

Was die Organisation betrifft, so liegt bei den von Universitätslehrern veranstalteten Hochschulcursen meist, so in Berlin und Wien, die

Verwaltung und Leitung ganz in den Händen der Lehrer. Der Frankfurter Ausschuss für Volksvorlesungen, wie die Commissionen in Stuttgart, Mannheim und andere sind demokratisch organisiert, indem die Hörer selbst durch Vertreter der beteiligten Vereine, Gewerkschaften u. s. w. die Verwaltungsgeschäfte besorgen und in Verhandlungen mit den Docenten, die in der Commission vertreten sind oder eine eigene Commission eingesetzt haben, den Lehrstoff festsetzen.

Welche Gegenstände eignen sich nun zur Behandlung in solchen Veranstaltungen? An sich kann man sagen: alle. Doch führt die Schwierigkeit der verschiedenen Stoffe von selbst auch zu verschiedener Haltung. Höhere Mathematik, Assyriologie und dergleichen verbieten sich von selbst. Ob und wie weit es möglich ist, in systematischer Behandlung, vom Einfachen und Naheliegenden ausgehend, schliesslich auch zur Behandlung schwierigster Stoffe überzugehen, das muss die Erfahrung ergeben. Im allgemeinen wird die Behandlung von schwierigen Specialgebieten, die nicht aus bestimmten Ursachen von ganz besonderem Interesse sind, auszuschliessen sein. Freilich ist die Zusammensetzung der Zuhörerschaft hier von Bedeutung. Man kann einem Colleg von Lehrern eine andere Speise vorsetzen, als einer Versammlung von Landarbeitern, gewerkschaftlich organisierten Arbeitern anderes zutrauen, als den Mitgliedern katholischer Gesellenvereine. Und von grosser Wichtigkeit ist die Befähigung des Vortragenden zu volkstümlicher Darstellung. Ist selbverständlich alles, was verflachend und spielerisch wirkt, zu verwerfen, so ist es auf der anderen Seite auch notwendig, dass der Lehrer in geistige Beziehung zu seinen Hörern tritt und den Stoff von den Seiten zu behandeln versteht, die deren Interesse nahe liegen, und in einer Weise, die ihn für sie verständlich macht. Die pädagogische Befähigung, die bei der Bestellung von Universitätsdocenten an sich viel zu wenig berücksichtigt wird, ist hier von noch viel grösserer Bedeutung.

Im übrigen eignen sich wohl alle Stoffe zur Behandlung. Doch sollten meines Erachtens vornehmlich solche gewählt werden, die zu dem Innenleben der Hörer in engerem Zusammenhange stehen. Dr. Fr. W. Foerster hat vor zwei Jahren im *Lötsen* mit Recht darauf hingewiesen, dass unsere Volkshochschulcourse sich vielfach selbst dadurch zur Unfruchtbarkeit oder wenigstens zu geringer Bedeutung für die wirkliche Entwicklung der Volkseele verurteilen, dass sie ängstlich allem, was zu ernsteren Streitfragen führen könnte, aus dem Wege gehen. Man will keinen Anstoss geben und vermeidet deshalb gewöhnlich alles, was das politische oder religiöse Gebiet irgendwie berührt. Angesichts der Verschiedenheit der Denkweise bei unseren Gelehrten und den aufwärts strebenden Elementen der Arbeiterklasse begreift sich das wohl. Man will keine Volksversammlung im Lehrsaal haben und ebensowenig durch Lehren *ex cathedra* die Hörerschaft verletzen und abschrecken. Aber man gerät dabei allzu leicht in das entgegengesetzte Extrem der Farb- und Interesselosigkeit. Für den ersten Studenten, für den die Wissenschaft vornehmster Lebensinhalt ist, wird es oder sollte es doch, soweit sein eigentliches Gebiet in Frage steht, keine gleichgiltigen und trockenen Stoffe geben. Aber volkstümliche Course können sich nicht das Ziel setzen, eindringende specialwissenschaftliche Kenntnisse zu übermitteln. Sie müssen, sollen sie fruchtbringend sein, an naheliegende Interessen anknüpfen, in irgend einem Sinne von praktischer Bedeutung sein, wie zahlreiche Vorträge der bedeutsamen Pariser *Université populaire*, wobei ich unter *praktisch* nicht allein das verstehe, was den äusseren Bedürfnissen dient, wie technische, gesundheitliche, juristische Vorträge mit reiner Nützlichkeits Tendenz. Praktisch nenne ich auch alles, was zur geistigen Praxis, das heisst zur Selbst-

tätigkeit, zur inneren Erhebung und Erlösung führt; alle Behandlung ethischer, socialer und, soweit das Interesse der Zuhörer dahin gerichtet ist, auch auf die Fragen der Weltanschauung bezüglicher Probleme.

Von mindestens der gleichen Wichtigkeit wie ein gut geregeltes Vortragswesen scheint mir die Förderung der Volksbibliotheken und Lesehallen. Wird im Vortrag dem Hörer der Stoff von anderen dargeboten, freilich in pädagogischer Anordnung und in fasslicher Form, so vermag er hier sich selbst seinen Bildungsstoff zu wählen und nach seinem persönlichen Bedürfnis ihn zu verarbeiten. Während des Vortrags gibt es keine Ruhepause, und Fragen sind erst später möglich, soweit dann der Hörer die Klarheit und den Mut zur Fragestellung findet. Ein Buch aber kann man niederlegen, bis man über einen zweifelhaften Satz klar geworden ist, und nötigenfalls schlägt man andere nach oder erkundigt sich sonstwie. So ist die Entwicklung der öffentlichen Büchereien und die der Lesehallen, die für ganze Abende eine vernünftige, von minderwertigen Zerstreungen ablenkende Zeitverwendung und, bei passender Auswahl des Stoffs, wertvollste Bildungsmittel darbieten, von besonderer Bedeutung und ihr Ausbau durch Bereitstellung öffentlicher Mittel ein höchwichtiger Zweig der Gemeindeverwaltung. Wichtig in anderer Richtung sind die Bibliotheken gewerkschaftlicher und politischer Organisationen, die bestimmten Tendenzen dienen und, richtig geleitet und benutzt, für die Schulung brauchbarer Classenkämpfer und Organisatoren von grösstem Werte sind.

Hier tritt natürlich mehr, als das bei den Vortragskursen und Cyklen der Fall sein kann, auch das unterhaltende Element in den Vordergrund. Und mit Recht. Das Bedürfnis nach Unterhaltung, nach leichter Anregung und bequemerer Bewegung des Geistes, ist mächtig und wohlberechtigt. Und am wenigsten wird man es dem von angespannter Arbeit ermatteten Handarbeiter versagen und ihn auf das Gebiet strenger Geistesarbeit beschränken wollen. Der Erfolg wäre in der Mehrzahl der Fälle doch nur Abschreckung von geistigen Genüssen überhaupt zurück in die flache und nach vielen Richtungen gefährliche Unterhaltung im Wirtshaus. Gerade wer die schweren, das ganze sociale Leben und die Zukunft der Menschheit bedrohenden Gefahren des Alkoholismus erkennt und bekämpft, der muss neben der spezifischen Propaganda gegen diesen Feind auch die nicht minder wichtige Wirkung der indirecten Bekämpfung durch allgemeine sociale Hebung wie durch die Gewährung reinerer und gesünderer Mittel der Anregung und Beruhigung, als jenes Betäubungsgift sie bietet, in ihrem Werte erkennen und fördern.

Gleichfalls den beiden Gebieten der Unterhaltung und der geistigen Bildung angehörig ist die Kunst. Kein Mittel zur theoretischen Erkenntnis und zur Ansammlung von Wissensschätzen, ist sie doch durch die Anregung des Formsinnes, durch ihre Wirkung auf Verstand und Gemüt als eines der reinsten und unmittelbarsten Bildungsmittel von grösster Bedeutung. Und sie bietet zugleich, wo sie nicht durch allzu schweren Ernst das Gemüt verdüstert oder die schwierigen Anforderungen der Fachwissenschaft — Programm Musik, Maltechnik — stellt, ein Element der Unterhaltung, der von aussen ohne eigene Anstrengung wirkenden Belebung der geistigen Empfindung. Im Vordergrund steht hier die dramatische Kunst, die den Klang des Worts mit dem lebendigen und wechselnden Bilde der Bühne verbindet, die Erkenntnis vermittelt, das Herz bewegt und gleichzeitig eine Entspannung von den Sorgen und Mühen des Alltags, eine Erhebung in eine höhere, ästhetische Welt darbietet, die als Unterhaltung von besonderer und höherer Art nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Ergänzend tritt die Pflege

der Musik hinzu. Hier bietet das moderne Leben besondere Aufgaben. Heute, wo mit der grossstädtischen Entwicklung und der Industrialisierung des Landes das schöne alte Volkslied immer mehr der Operettenmelodie und gar dem schabigen Gassenhauer weicht, ist eine Wiederbelebung reiner musikalischer Empfindung von grösster, ich möchte fast sagen für die Erhaltung und Wiedergewinnung gesunder Volksinstincte von mitentscheidender Bedeutung. Darum gilt es vornehmlich — und hier darf man auch einmal der jüngst von Wilhelm II. in Frankfurt geäusserten Ansicht beipflichten —, das schlichte, ungekünstelte Volkslied zu hegen und den Massen wieder nahe zu bringen. Und daran anknüpfend, wird die Pflege guter Instrumentalmusik, Orchester- und Kammermusik, die allmählich bis zur Darbietung schwierigerer Werke schreitet, eine Aufgabe echter Volksbildung sein. Wie weit hier eine Heranziehung zur activen Teilnahme, Choraufführungen bei Oratorien und dergleichen, sich empfiehlt, ist wieder eine Frage, über die sich, mit Rücksicht auf dringendere organisatorische Aufgaben der Arbeiterschaft, streiten lässt.

Wo es sich um schwierigere Musik handelt, empfiehlt sich eine vorherige erläuternde Einleitung, die übrigens für alle musikalischen und dramatischen Darbietungen von Wert ist. Hier sei nur der Zeitschrift der Berliner *Freien Volksbühne* rühmend gedacht.

Die dramatische und musikalische Kunst leitet uns über zu den *Volksunterhaltungsabenden*. Sie bieten eine Mischung von Unterhaltung und in leichter Form gebotener Belehrung: ein kurzer, volkstümlicher Vortrag, Gedichte, dramatische Scenen, Gesangs- und Musikvorträge, auch lebende Bilder und Lichtbilderprojectionen, welch letztere überhaupt zu den wertvollsten Hilfsmitteln der Unterhaltung wie der Belehrung zählen. Wie man diese Darbietungen im einzelnen einrichtet: ob nur im geschlossenen Raum oder — nach dem Vorgang der überhaupt vorbildlich gewordenen Dresdener Veranstaltungen — auch im Freien, ob mit oder ohne Restauration u. s. w., das sind praktische Fragen, die je nach Bedarf zu entscheiden sind. In die gleiche Rubrik gehören die sogenannten *Dichter- und Componistenabende*, bei denen ein ganzer Abend einem einzelnen Meister oder einer Schule gewidmet ist. Ferner die Führungen durch *Museen*, bei denen Fachleute nach den verschiedenen Richtungen hin, technisch und geschichtlich, ästhetisch und stofflich, die Kunstwerke erklären.

Es liesse sich noch manches sagen über die Einzelheiten nach Inhalt und Organisation. Die Veranstaltungen in der weiteren Umgebung der Grossstädte nach dem Muster des mittelrheinischen Verbands in Frankfurt und der Wiener Curse, die statistische Darstellung der Frequenz nach Alter, Geschlecht, Beruf und Vorbildung, die Specialisierung der Veranstaltungen — *studentische Unterrichtscurse* in Kopenhagen, Charlottenburg —, die Fachliteratur und die Zeitschriften: es ist ein weites und sich stetig erweiterndes Gebiet, das für unsere künftige *Rundschau* eine Fülle von Stoff bietet. Hier sollten nur die Grundsätze und Grundzüge gegeben werden. Die Einzelheiten werden aus der Behandlung der einzelnen wichtigen Veranstaltungen sich von selbst ergeben. Es sei nur noch kurz zusammengefasst die Erkenntnis: Die methodische Pflege der verschiedenen Bildungsbestrebungen, steht, richtig betrieben, der Befreiungsarbeit der Arbeiterklasse nicht im Wege, sondern arbeitet ihr vor und ergänzt sie — sie ist ein wertvolles Mittel der geistigen und ethischen Volkserziehung — sie bietet ein Mittel gegenseitigen Verständnisses zwischen den social Gesinnten und Vorwärtstrebenden aller Schichten. Und sie verbreitet bereits in unseren trüben Verhältnissen einen Schimmer des Lichts, in dessen Scheine dereinst die ganze Menschheit wachsen und fröhlich sein soll. Darum lohnt es sich auch für uns, sie zu pflegen.

# Freundschaft mit der Natur.

Von

Curt Grottewitz.

(Müggelheim.)

Es gibt jetzt gewiss weit mehr Menschen, die sich für die Natur interessieren, als früher. Aber es ist die Frage, ob es mehr gibt, welche die Natur lieben, und es ist ganz zweifellos, dass die Zahl derer unermesslich geworden ist, die heute den Zusammenhang mit ihr vollständig verloren haben.

Von denjenigen, welche heute in dem Häusermeer der Grossstadt von früh bis in die Nacht jahraus jahrein leben, entbehren keineswegs alle des Naturgefühls, wenn sie vielleicht auch keine Gelegenheit haben, sich dessen bewusst zu werden. Sie gleichen den Menschen, die nie ein Drama gesehen haben, die aber sofort ergriffen und hingerissen werden, wenn sie zum ersten Male das Theater besuchen. Andererseits besitzen keineswegs alle, die immer in der freien Natur leben, eine ausgesprochene Vorliebe für diese. Ein Teil von ihnen empfindet an der Mutter Natur, an den Tieren und Pflanzen nur insofern Freude, als sie ihnen etwas einbringen. Am herrlichsten Urwald berechnet er den Holzwert der Bäume, malerische Berge verdammt er als für Roggenbau ungeeignet, und an einem fetten Schwein hat er mehr Gefallen als an jedem anderen Tier. Ein anderer Teil, manche Aerzte, Juristen, Pfarrer, Lehrer in kleinen Städten und Dörfern, bedauern ihr Leben lang, dass sie in der Wildnis leben müssen, und sie würden je eher je lieber die ihnen aufgezwungene Verbindung mit der Natur aufgeben und in eine grosse Stadt gehen, um nie wieder aus ihrem Weichbilde herauszukommen. Ja selbst solche, die sich wissenschaftlich mit der Natur beschäftigen, sind nicht immer Naturfreunde. Sehr viele Physiker, Chemiker, Techniker sind Stubenhocker wie nur irgend ein alter classischer Philologe. Sie haben keine ästhetische Freude an der Natur, und ihr Gemütsleben ist mit ihr nicht verknüpft. Sie beschäftigen sich mit ihr, wie sich ein Sprachforscher mit Homers *Odysee*, ein Anatom mit einem Rennpferde, ein Buchbinder mit Goethes *Faust* beschäftigt.

Denn was ist Freundschaft mit der Natur? Zweierlei verstehe ich darunter. Erstens den Zusammenhang mit der Natur, das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu ihr, die Bereitwilligkeit, ihren Gesetzen zu gehorchen und ihre Schätze entgegenzunehmen. Zweitens aber umfasst die Freundschaft mit der Natur ein ästhetisches und religiöses Wohlgefallen an der Natur. In diesem Sinne sprechen wir von *Naturgefühl*.

Die eine Seite der Freundschaft mit der Natur muss jeder in sich auszubilden suchen, wofern er nicht verkommen will. Das Naturgefühl dagegen ist niemandem beizubringen, der nicht eine Anlage dazu besitzt. Wie es Menschen gibt, die kein musikalisches Gehör haben und niemals an Musik Gefallen finden werden, so gibt es auch Taube im Naturgefühl. Andererseits lässt sich aber das Naturgefühl in vielen, die es nicht zu üben Gelegenheit haben, ausbilden und in denen, die es besitzen, vervollkommen. Etwas Charakteristisches: es gibt keinen Künstler, der nicht Naturgefühl besässe!

Der Zusammenhang mit der Natur. Grosse Städte hat es schon vor Jahrtausenden gegeben, Babylon, Theben, Rom. Sie alle waren wohl immer Stätten der Ueberkultur, der Naturwidrigkeit. Nie aber hat es bis jetzt Grossstädte in solcher Unzahl gegeben, wie gerade jetzt. Und nie vorher waren, wie jetzt, Millionen von Menschen so vollständig von der Natur abgeschnitten. Das ist eine Tatsache von den grössten Folgen, von den verhängnisvollsten Folgen. Keine andere Seite des Capitalismus ist so schwarz, wie diese. Es ist schlimm, wenn

Millionen von Menschen Slaven sind, aber es ist noch schlimmer, wenn sie siech sind und den Keim des Todes in sich tragen. Es ist, wie es scheint, nicht die geringste Aussicht vorhanden, dass der Mensch je ein *Grossstadtwesen* werden könnte. Die Nachkommen sterben sehr bald aus. So durchaus der menschlichen Natur zuwider ist dieses Leben, dass es Anpassung hier gar nicht gibt. Zunächst leidet gewöhnlich die Verdauung, nach zehnjährigem Aufenthalt in der Grossstadt stockt der Ausscheidungsprocess bereits bedenklich. An Gewöhnung ist gar nicht zu denken. Bei den Kindern wird das Uebel nur grösser. Appetitlosigkeit, Magenkrankheiten, Darmkrankheiten, seelische Depression sind die Folgen. Der moderne Verkehr, diese von den Capitalisten veranstaltete Todeshetze mit ihren röchelnden und stöhnenden Geräuschen ruiniert die Nerven in wenigen Jahren. Es gibt aber keinen, der sich an diese, wie es scheint, besonders unnatürlichen Töne des Pfeifens, Läutens und Rasseln gewöhnen könnte. Die Nervosität führt allmählich zu vollständiger körperlicher und geistiger Erschlaffung, zur Zuckerkrankheit, zu Geisteskrankheiten. Es wäre vielleicht noch denkbar, dass der Mensch sich einmal an eine sitzende Lebensweise gewöhnen könnte. Utopisten sehen den Menschen schon mit verkümmerten Gliedern und riesigem Hinterhaupt auf einer Maschine sitzend arbeiten, über Meere schwimmen und durch die Lüfte segeln. Aber der Verzicht auf Körperlichkeit zu gunsten des Gehirns würde wohl nur einige Gelehrten und alten Jungfern befriedigen. Die Mehrheit der Menschheit hat daran gar kein Interesse. Und da das Experiment ebenso auch schief gehen kann, ist es am besten, die Menschheit nicht zum Versuchskaninchen für solche Zwecke zu machen.

Was aber die sitzende Lebensweise in der Grossstadt heutzutage vollends zum fahrlässigen Selbstmord macht, das ist die ungenügende Atmung, Beleuchtung, Ernährung und Erholung. Die Grossstadtluft ist arm an Sauerstoff, und sie ist ausserdem mit schädlichen Fabrikdünsten erfüllt. Die Folge ist die Schwindsucht. Was das für eine Krankheit ist, das weiss niemand. Die Cholera, die Pest fürchtet jeder mit unglaublicher Angst. Sie sind nichts gegen die Schwindsucht. Jeder, der konnte, floh zur Cholerazeit in Hamburg aufs Land. Vor der Schwindsucht, die ihn jahraus jahrein täglich bedroht, flieht niemand in die Natur. Der Mangel an Licht macht den Menschen bleichsüchtig und für Ansteckungen empfänglich. Die mangelnde Luftreinheit und der Mangel an Sonnenlicht genügt schon allein, den Menschen schwächlich, kränklich, matt, nervös zu machen. Aber auch die Ernährung ist eine durchaus unnatürliche. Kurz gesagt, sie besteht in Chemicalien und Surrogaten. Reichlich die Hälfte davon ist directer Schwindel, sie will nicht Nahrung geben, sondern nur den Schein erwecken, als ob sie ernährte. Aber auch bedingt nahrhafte Surrogate können doch die natürliche Nahrung nicht ersetzen. Kunstbutter führt zwar den Namen *Butter*, aber sie ist doch keine Butter. Conserven von Gemüsen sind ein Hohn auf alle Gemüse. Wer die wunderbar belebende, frische, duftige Pflanzenkost mit diesem faden und kraftlosen, der besten Essenzen beraubten, in wömmöglich giftige Gefässe eingepackten Heu verwechseln kann! Was die Chemicalien anlangt, die künstliche Milch, das künstliche Fleisch, Eiweiss, überhaupt alle diese chemisch präparierten Nährextracte, so liest man oft, dass berühmte Professoren und Aerzte ihre Bedeutung hoch anschlagen. Aber, wenn sie wirklich etwas taugen, dann sind sie teurer, als die natürlichen Lebensmittel. Und dass sie diese ersetzen sollten, das glaube, wer kann. Alle diese Kunstnährmittel haben zum mindesten den Fehler, dass sie zu condensiert sind, dass sie die Verdauungsorgane in folgedessen in ganz unnormaler Weise beschäftigen. Man muss aber besonders bedenken, dass die reellen Kunstnährmittel nur den Stand der Chemie widerspiegeln, auf dem sie sich gerade jetzt befindet. Aber diese ist noch nicht einmal im stande, von einem der wichtigsten Nährstoffe, die der Mensch

braucht, vom Eiweiss, die Atomzusammensetzung anzugeben. Nun gibt es noch dazu eine grosse Menge von eiweissartigen Nährstoffen, solche im Ei, im Fleisch, im Käse, im Blut, in den Pflanzen u. s. w. Nach heutiger chemischer Einsicht unterscheiden sich diese verschiedenen Eiweisse nur wenig. Aber wer sagt uns, dass unser Körper nicht die feinsten Unterschiede hier macht? Oder wie kommt es, dass uns alle diese verschiedenen, chemisch nahezu gleichwertigen Substanzen doch so verschieden schmecken? Offenbar können aber auch selbst in den Nährstoffen, deren Analyse und sogar Synthese der Chemie gelungen ist, feinste Partikelchen gewisser Stoffe vorhanden sein, die zwar dem Chemiker entgehen, für den Körper aber eine ungeheure Wichtigkeit besitzen. Zum Beispiel ist Jod im Organismus des Menschen nur in sehr kleinen Mengen vorhanden, aber der gänzliche Mangel desselben würde eine Erkrankung gewisser Organe herbeiführen. Es ist noch nicht einmal ausgemacht, ob nicht gänzlich unbekannte Elemente, wenn auch in verschwindend kleinen Mengen, im Körper und ebenso in den natürlichen Nahrungstoffen enthalten sind. Wenn diese Stoffe dann künstlich fabriciert werden, dann fehlt eben ein Teil des Nährgehalts, dessen der Körper ebenso zu seiner völligen Gesundheit und Arbeitsfähigkeit bedarf, wie der angeblich einzigen Nährstoffe Eiweiss, Fett und Kohlenhydrate. Warum schmeckt eine Kirsche, frisch vom Baume gepflückt, so unvergleichlich viel besser, als die Ware, die man im Laden kauft? Offenbar verlieren beim Lagern, bei Aufbewahrung in der Grossestadtluft, noch viel mehr aber beim Einkochen, Sterilisieren, Verlöten, überhaupt beim Conservieren alle Früchte eine Menge ihrer feinsten ätherischen Substanzen. Die Chemie kommt und sagt: In den Blechbüchsenfrüchten sind genau dieselben Nährstoffe enthalten, wie in den grünen, frisch von der Pflanze abgeplückten. Ja, die meisten glauben eben der Chemie mehr, als ihrer Zunge. Wie kommt es aber, dass viele Städter so appetitlos sind, dass ihnen keine Speise mehr schmeckt, ihr Magen ewig verstimmt ist und sie infolgedessen eine ewige körperliche Unzufriedenheit empfinden? Wir sind entschieden mit den Nahrungsfabrikanten und Surrogaten auf einem total falschen Wege. Viele gehen einem ganz verkehrten Fortschrittsideal nach. Sie betrachten das Brauen von Nährtränken nach chemischen Recepten als eine Errungenschaft der Cultur, sie sehen schon alle Nahrungsmittel in Fabriken hergestellt, Pflanzenbau, Tierzucht gibt es gar nicht mehr, alles wird künstlich gemacht, der Sauerstoff ebenialls, und wer weiss, was noch alles, am Ende auch der Mensch. Es hat sich bisher gezeigt, dass die Ernährung durch Surrogate, Fabrikate und Conserven eine ganz einseitige und infolgedessen schädliche ist. Eine Rückkehr zur alten natürlichen Ernährungsweise ist einfach ein Gebot der Notwendigkeit. Es gibt tatsächlich viele, die das Neue nur um des Neuen willen lieben und alles Alte als abgetan und reactionär betrachten. Die alte Ernährungsweise ist nun aber die einzig gesunde. Sie ist wohl eher billiger als teurer, als die chemisch-technische. Da sie allein reell ist, so muss sie, absolut genommen, unzweifelhaft billiger sein. Wozu soll man also einen Weg gehen, der vollständig unsicher ist, wo doch der alte sich durchaus bewährt hat? Ein Experiment ist ausserordentlich gefährlich. In diesen Dingen lässt die Natur nicht mit sich spassen. Ich fürchte, die Arbeiterbevölkerung, die in Fabrikdörfern doch immerhin in besserer Luft und eventuell auch in lichten Räumen tätig ist, hat ihr bleiches, hohlwangiges Aussehen, ihren frühzeitigen Tod, ihre sehr hohe Kindersterblichkeit zum guten Teil der Fabriknahrung zu verdanken. In solchen Orten gibt es keinen Pflanzenbau und keine Viehzucht mehr. Alles liefert der *Kaufmann*. Dem armen Arbeiter wird ein vergifteter Kaffee aufgehalst, eine nährlose Milch, *aufgearbeitete* Häringe, americanisches Schmalz, mit wertlosen Resten aller Art gefüllte Würst, conservierte dumpfige Eier, Fleisch, das die anständigen Fleischer nicht gebrauchen können.

Nun werden viele sagen: Ja, das sind alles Folgen unserer heutigen capita-

listischen Zeit; aber später, bei einer vernünftigen Gestaltung der Production, wird man eben nur wirklich reelle Fabrikate herstellen. Das soll nicht bezweifelt werden. Doch erstens weiss man nicht, wie lange die heutige wirtschaftliche Anarchie noch dauert. Und bis dahin mindestens sollte man sich mehr an die Natur halten. Aber auch für später kann ich in der Ersetzung der natürlichen Nahrungsmittel durch künstliche keinen Fortschritt erblicken. Es kann doch niemand dafür garantieren, dass die letzteren wirklich der körperlichen Grundlage entsprechen, auf der die Menschheit seit vielen Jahrtausenden steht. Und dann: ist denn der Wechsel wirklich so verlockend? Die Herstellung dieser Nahrungsmittel würde eine ungeheure Vermehrung der Fabriken nötig machen. Als ob es nicht heutzutage deren schon zu viel gäbe. Ueberall die freie Natur mit solchen menschenmordenden Casernen vollzustellen, während doch die Arbeit im Grünen, die Pflege der Haustiere, die Cultur der Pflanzen viel gesünder, viel abwechslungsreicher, viel vorteilhafter ist. Zum mindesten wird die überwiegende Menge eines Volkes, wenn es in der Menschenproduction nicht nachlassen soll, aus Landleuten bestehen müssen. Die Arbeit in den Fabriken wird auch später, wenn die Arbeiter Beamte in ihnen sind, die Nachkommen erzeugende Kraft herabdrücken. Es ist die Meinung in socialistischen Schriften ausgesprochen, dass wahrscheinlich später die Erzeugung von Lebensmitteln oder wenigstens von Urproducten umfassender sein wird, als die Herstellung von — zum Teil entbehrlichen — Gebrauchs- und Luxusartikeln, wie sie heute einen so grossen Raum einnimmt. Das erscheint mir sehr richtig. Aber ich würde es mir grauenhaft vorstellen, wenn deshalb die überwiegende Mehrheit des Volkes — denn die heutigen Bauern wären doch einbegriffen — in die Fabriken gesperrt werden sollten. Viel einfacher dünkt es mich doch, die Landleute zu erhalten, die in uralter Gewohnheit und in wunderbarer Anpassung und mit Lust und Liebe der Natur die Lebensmittel abringen. Nach meiner Erfahrung ist es dagegen undenkbar, dass etwa Grossstädter landwirtschaftliche Arbeit, auch nur halbtägewise, verrichten können. Ich sehe ein eisernes Naturgesetz: Die Entwicklung heisst: Bauer, Handwerker (oder Industrieller, Beamter), Kaufmann (oder Künstler, Gelehrter etc.). Umgekehrte Entwicklung gibt es nicht. Der Kaufmann wird nicht wieder zum Handwerker, ihm fehlt dazu die Ruhe, die Stabilität, auch ist es ihm nicht fein genug und bequem genug. Ebenso wird der Handwerker nicht wieder Bauer, es fehlt ihm dazu die Kraft, und der Viehdung und die Schmutzarbeit bei Regen passt ihm nicht. Das ist für ihn entwürdigend. Heute steht der Arbeiter noch zum Teil auf der ersten, zum grössten Teil schon auf der zweiten Stufe dieser Entwicklungsreihe.

Es soll hier nicht auf die Folgerungen aus diesem Entwicklungsgesetz weiter eingegangen werden. Nur sei betont, dass es im Interesse der Zukunft liegt, diejenigen, welche jetzt mit der Natur eng verbunden sind, in dieser Verbindung zu belassen. Man braucht aber nicht durchaus ein Bauer zu sein, um im Zusammenhang mit der Natur zu stehen. Vielmehr sollte jeder danach streben, ihr so weit, als möglich, entgegenzukommen. Es wäre zum Beispiel schon jetzt möglich, gesetzlich nach und nach dahin zu wirken, dass später einmal jede Familie ihr eigenes Haus hätte. Dadurch allein schon ist die Sonnenlichtfrage beseitigt, und die Casernenstrassen der Grossstadt lösen sich allein dadurch in Villencolonien auf. Einzelhäuser rufen Gärten von ganz allein hervor. Es wird auch genug Menschen geben, die an Gartenarbeit Geschmack finden. Denn sie ist leicht oder kann wenigstens leicht sein und ist in dieser Beziehung mit landwirtschaftlicher Arbeit nicht zu vergleichen. Um hier wieder an die Ernährung anzuknüpfen, so kann jeder Mensch auf leichte Weise eine grosse Reihe von Gartenfrüchten eigenhändig erzeugen, und schon dadurch werden etwaige Fehler in seiner sonstigen Lebensweise corrigiert. Bekanntlich halten sich Pflanzenculturen



immer mit einer entsprechenden Anzahl von Haustieren im Gleichgewicht. Milch, Eier, verschiedene Fleischwaren könnte in diesem Falle jeder, wenn er nur einige Neigung dazu besitzt, durch Haltung einiger Haustiere selbst gewinnen, ohne dass dadurch seine Wirtschaft schon eine landwirtschaftliche würde. Es ist nun gar nicht daran zu denken, dass etwa einmal alle Menschen auch nur die Lebensmittel, die nur im frischen Zustande wirklich nahrhaft sind, erzeugen würden. Es wird auch später Künstler, Gelehrte, Agitatoren, Deputierte u. s. w. geben, die keine Zeit oder keine Neigung oder kein Geschick haben, irgend welchen Lebensmittelwert selbst zu producieren. Aber wenn es solche Menschen nur in geringer Anzahl gibt, so schadet das der Menschheit als solcher nichts. Um grosse Ziele, hohe Ideale zu erreichen, können einzelne Individuen auch ihre Langlebigkeit, ihre Zeugungsfähigkeit und selbst ihre Gesundheit preisgeben. Aber heutzutage sind Millionen von Menschen auf einem falschen Ernährungswege. Und das wirkt volksersetzend, das ist eine Krankheit der gesamten Culturmenschheit. Wer nicht will, dass unsere europäischen Nationen ausgerottet und von barbarischen Völkern aufgesogen werden, der muss eine *Rückkehr zur Natur* verlangen.

Ist die Arbeit in der Grossstadt ungesund, so sind es leider meistens auch die Vergnügungen, die Erholung. Das Sitzen in überfüllten Localen ist eine chronische Vergiftung. Alle Vergnügungen stehen überhaupt unter dem Zeichen der Menschenüberfülle. Einen grossen Teil seiner Zeit, seiner Laune und seines Geistes vergeudet der Grossstädter in der Beschäftigung mit der Raumfrage. Werde ich noch einen Platz bekommen? Werde ich noch einen guten Platz bekommen? Welche Verbindung bringt mich am schnellsten an diesen und jenen Ort? Stundenlang ist der Geist nur auf dieser banalen Fährte. Gewiss hat man in der Grossstadt die beste Gelegenheit, künstlerische Genüsse und wissenschaftliche Förderung zu erhalten. Aber das liegt nicht daran, dass Kunst und Wissenschaft die Grossstadt brauchen, sondern einfach daran, dass heutzutage sich um die Stätten geistiger Hochcultur meistens umfangreiche Strassencomplexe gruppiert haben. Universitäten, Kunstschulen, Theater, wissenschaftliche Bibliotheken können ebensogut ohne Grossstadt bestehen. Ja, da man in allen diesen Instituten der Ruhe und Sammlung bedarf, so ist ihnen das Grossstadtgetriebe kaum förderlich. Dieses hat vielmehr die Tendenz, Luxuskunst und Luxuswissenschaft zu erzeugen, die das Volk vergiften. Volkstümliche Bildungs- und Unterhaltungsstätten aber könnten, wenn die unsinnige Capitalwirtschaft aufgehört hat, in jedem Dorfe errichtet werden.

Die grosse Stadt bietet eine Menge von Kurzweil. Welch lebhaftes, immer wechselndes, immer Neues bringendes Strassenbild! Wie sind die grossen luxuriösen Schaufenster mit glänzenden, kostbaren, herrlichen Sachen angefüllt! Alles das zieht ohne Zweifel nicht nur die reichen Müssiggänger, sondern auch die grosse Menge des Volkes mächtig an. Welcher Glanz in der Stadt, welche Lust, darin zu leben, antatt in dem kleinen, armseligen Dorfe! Es ist richtig, dass unsere Dörfer, weil der Capitalist daraus keine Gewinne holen kann, in jeder Beziehung vernachlässigt sind. Aber dieses Gepränge in der Stadt ist doch auch nicht das Wünschenswerte. Es muss jeden Menschen verflachen, ihn dazu verführen, den Schein für das Sein zu nehmen, und ihm das tiefere Nachdenken über das Geschehene unmöglich machen. Das wirre Vorbeijagen immer neuer Bilder ist eine der schlimmsten Ursachen zur Geistes- und Gemütsverarmung. In kleinen Orten weiss jeder mit jedem Ding Bescheid, er kennt die Grundlagen, er kennt die natürlichen Bedingungen, er sieht alles, gewissermassen vom Ei an, entstehen. In der Grossstadt sieht jeder immer nur fertige Bilder, und diese auch nur für einen kurzen Augenblick. An Vertiefung, Verarbeitung des Geschehenen ist hier nicht zu denken. Die Folge ist eine vollständige Vermischung

und Verwirrung aller Eindrücke, eine totale Unkenntnis der Umgebung. Man sollte aber doch voraussetzen, dass jeder zum mindesten eine Ahnung hätte von der Entstehung aller der Dinge, die er täglich gebraucht, der Rohproducte, die die Natur zum Wohnungsbau, zur Nahrung, zur Kleidung, zu den mancherlei Gebrauchsgegenständen liefert. Eine Rückkehr zur Natur tut auch hier dringend not.

Der Warenluxus in den Strassen verführt auch zu einem ganz verkehrten Ideal. Es ist der stille Wunsch fast eines jeden, der ein Schaufenster betrachtet: ach, hätte ich doch alle die schönen Dinge! Aber gesetzt, jeder könnte sie haben, was für ein vom nichtsnutzigsten, widerwärtigsten Luxus zerfressenes Volk wären wir dann! Oder vielmehr ist die Folgerung eine andere: Damit jeder diesen Luxus hätte, dazu müssten nicht, wie heute, ein Viertel, sondern wahrscheinlich  $\frac{9}{100}$  des Volkes in die Fabrik gesperrt werden von früh vier Uhr bis abends um neun. Es liegt mir fern, der Meinung derer beizupflichten, die, um das Volk sich untertänig zu erhalten, es davor bewahren möchten, dass es durch den Luxus der Grossstadt *begehrlich* werde. Wenn ein Frierender vor einem Kleidermagazin steht, in dem warme Kleider hängen, ein Hungernder vor einem Bäckerladen, so ist diese *Begehrlichkeit* sehr normal und sehr gesund. Aber nach meiner Ansicht erweckt der Luxus falsche Ideale. Wenn ein Frierender vor einer Maskengarderobe steht und da einen Tropenhelm begehrt, ein Hungernder vor einem Conditorladen und da Bonbons haben möchte, so ist das ungesund, eventuell gar widerwärtig. Aber zu solch falschen Wünschen verführt unbedingt der Grossstadtluxus. Denn er ist in der Hauptsache auf capitalistische Wünsche berechnet. Ein gesunder, natürlich empfindender Mensch weiss mit all dem glitzernden und eleganten Zeug gar nichts anzufangen, er wird es für überflüssig halten. Wunsch jedes Capitalisten ist es, von seinem Gelde zu leben, das heisst, sich einen Stab von Bedienten zum Ankleiden, Nahrungzureichen und zum Ausfahren zu halten, seine Zimmer mit einem Wust von gänzlich unpraktischen Dingen, die *viel Geld gekostet haben*, vollzupacken und dergleichen. Zu diesem gänzlich unmännlichen, ungesunden Luxus, zu dieser Narretei, die den Menschen zum Parasiten und zugleich zum Sklaven seiner Kostbarkeiten macht, verlockt, nötigt, erzieht dieses Schaugepränge der Grossstadt. Auch der Arbeiter, der nun leider oft nicht einmal das Nötigste hat, gerät sehr leicht in den Bann dieser Bourgeoisideale. Es wird ihm oft gesagt, dass er teilhaben soll an den *Errungenschaften der Cultur*, und darunter sind doch zum guten Teil auch die Genüsse verstanden, die die Grossstadt dem Capitalisten bietet. Ich kann das nur als ein vollständig verkehrtes Streben bezeichnen. Diejenigen, die den Capitalismus bekämpfen, sind hier noch ganz in dem Wunschleben der Capitalisten befangen. Wie Bellamy mögen viele wünschen: jeder ist telephonisch mit einem Concertsaal, mit einem Theater und mit wer weiss was sonst noch verbunden. Oder: über allen Strassen sind Glasdächer, damit die Passanten nicht vom Regen benetzt werden. *Wie grossartig!* denkt der Grossstädter. Ja, aber was für ein schrecklicher Dilettantismus, welche Hohlheit und Oberflächlichkeit würde doch durch dieses Teilnehmen an allen *Evènements* per Telephon grossgezogen. So mitten zwischen Zähnestochern und Pfeifeanzünden auf  $2\frac{1}{2}$  Minuten ein paar Tacte aus einer Beethovenschen Symphonie hören und zu gleicher Zeit — das wäre dann gewiss *modern!* — irgend eine halbe Scene aus *Charleys Tante*. Und dann das gemeinsame Glasdach, das den Regen abhält! Das ist nun vollends bezeichnend für die Naturfeindlichkeit solcher Utopisten. Schon jetzt erkaltet sich in der Regel der Grossstädter, wenn er über Landes einmal von einem Regen überrascht wird. Dann würde es wahrscheinlich jeden, der so ein Jahrzehnt unter diesem Treibhausdach vegetiert hätte, sofort das Leben kosten, wenn er einmal in die freie Natur käme. Scheinbar ist also dieses Luxusdach eine grosse Errungenschaft der

Cultur, es hat den Menschen zum Herrn über ein Naturereignis gemacht. In Wahrheit hat es ihn verarmt. Denn da man über die ganze Erde doch selbst bei Bellamyscher Phantasie kein Dach bauen kann, so ist der Culturmensch der Natur gegenüber wieder um einen Grad schwächer geworden. Das sind Bellamys *Utopieen!* Gewiss, aber die Richtung der Wünsche ist dieselbe, wenn man Grossstadtglanz und die Genüsse der Capitalisten nicht als solche verdammt, sondern sie den Bürgern des Zukunftsstaates allgemein zugänglich machen will.

Es könnte scheinen, als ob man es hier mit einem Feinde der Cultur, mit einem Tolstojaner oder Rousseauisten zu tun habe. Das ist aber gar nicht der Fall. Ich bin nur ein Feind der capitalistischen Cultur, die in dem Grossstadtwesen ihren markantesten Ausdruck gefunden hat. Ich möchte eine naturgemässe Cultur, bei der die Menschen körperlich gesund sind, ein ausgeprägtes Naturgefühl haben und in ihren Genüssen nicht über Naturgrenzen hinausgehen und auch in ihrem ästhetischen Empfinden in Kunst und Wissenschaft und in der Bildungsrichtung sich einer Art Naturdienst hingeben.

Cultur ist zwar immer etwas, was über die Natur hinausgeht. Aber sie soll keine Unnatur sein. Das ist aber die capitalistische Cultur durch und durch. An den höchsten geistigen Blüten, die sie treibt, kann man es am besten erkennen. Nach einem naturalistischen Intermezzo, das von ersten, volksfreundlichen Männern inscenirt wurde und das zu einer grossen idealen Naturkunst zu führen schien, plötzlich der Rückfall in die capitalistische Gedankensphäre. Blasierter Symbolismus, aufgeputztes Ueberbretteltum, Gigerltum, überall *Junggesellenkunst*. Denn der nicht heiratende, in pflichtenloser Vielweiberei lebende Junggeselle, auf den alle Vergnügungen der Grossstadt zugeschnitten sind, er ist das Elitewesen der Capitalisten. Daher beruhen selbst anscheinend recht lobenswerte Culturbestrebungen doch auf gänzlich falschen Voraussetzungen. Es macht sich jetzt ein Streben geltend, die Kunst ins tägliche Leben einzuführen; jeder Bleistift, jeder Nagel soll ein Kunstwerk sein. Die Industrie benutzt solchen Wink natürlich sofort und verputzt und verbräunt nun alle Waren mit Kunst. Es liegt in der Art der Industrie, dass sie das, was sie an Kunst zusetzt, an Solidität zu ersparen sucht, obwohl sie mit dieser nie verschwenderisch umgegangen ist. Aber selbst, wenn gar kein Gerät dadurch, dass es zugleich Zierrat darstellt, an praktischem Werte verlöre, diese *Kunst überall und überall* ist ein Ideenproduct der Müssiggänger. Ein arbeitsamer und nach ersten Dingen strebender Mensch will einerseits bei seiner Arbeit nicht durch Kunstgenuss abgelenkt werden, und dann wird er in dem alltäglichen Kunstgenuss eine Herabminderung seiner Aufnahmefähigkeit für die Grösse und den Ernst der Kunst empfinden. Für die grosse Mehrzahl der Menschen ist Kunst eine Weihe, ein Fest, und man feiert nicht, ohne blasiert zu werden und den Eindruck des Feierlichen zu verlieren, alle Tage, alle Stunden Feste. Schöne, hohle Form, ein nichtswürdiges, grosssprecherisches Pathos, eine Verflachung der Kunst, das muss die notwendige Folge dieser *Kunst überall* sein. Die Natur ist eben wieder vollständig vergessen. Auch hier ist die Bereicherung nur scheinbar, in Wirklichkeit ist es eine Verarmung. So in vielen Fällen. In der Grossstadt kann man fast zu jeder Jahreszeit alles haben. Die ersten Kirschen kommen im April, bei uns reifen sie für gewöhnlich Ende Juni. Wie schauerhaft schlecht schmecken nun diese ersten, von weither transportierten, halb unreif abgepflückten Früchte! Man kann sich allen Appetit an dem köstlichen Obst überhaupt verderben. Aber die ersten Kirschen haben weitaus die besten Preise. Kein Wunder, dass die Züchter ein wahres Wettwachsen mit ihren Bäumen veranstalten. Gibt es dann wirklich im Juli gute Kirschen, dann ist der Preis so gesunken, dass es nicht mehr lohnt, viel Mühe auf ihre Verpackung, ihren Transport u. s. w. zu verwenden. Die Kirschen liegen dann oft in entsetzlichem Zustande massenweise in den Hand-

lungen und auf den umherfahrenden Obstwagen der Grossstädte. So bekommt sie der arme Arbeiter; aber auch der wohlhabende Bourgeois, für den es jetzt nicht mehr fein ist, Kirschen zu essen, wo jedermann sie kaufen kann, ist doch mit seiner wässerigen Frühware betrogen. Ja, die Kirschenzeit ist um Monate verlängert, aber die Kirschen selbst taugen nichts mehr. Also eine Verarmung infolge der Entfernung von der Natur. Erdbeeren sind in allen Grossstädten das ganze Jahr zu haben, die Verhältnisse liegen ähnlich, wie bei den Kirschen. Welche grosse Errungenschaft — wird so mancher Capitalist und leider wohl auch der Arbeiter denken —, eine Frucht das ganze Jahr zu haben, die in der Natur doch nur wenige Wochen vorhält! Ein Arbeiter ist ja zwar selten in der Lage, sich Erdbeeren ausserhalb der Saison zu kaufen, aber wie oft mag er den Reichen beneiden, der sich jene im Winter kaufen kann. Allein gerade die Möglichkeit, jede Frucht zu jeder Zeit kaufen zu können, schmälert ihren Wert bedeutend. Es gibt für alle solchen Genussmittel eine Zeit, wo sie am besten schmecken, und gerade, wenn ihr Genuss auf eine kurze Zeit beschränkt ist, steigt ihr Wert. Auf dem Lande wird die Reifezeit jeder Frucht mit einer gewissen feierlichen Stimmung begrüsst. Das Neue ist hier zugleich das Natürliche. Der Genuss ist um so gesünder, um so erquickender.

Eine Verarmung spricht sich auch in der sogenannten *Verschönerung* der Waren aus. *Verschönerter* Wein gilt zum Glück jetzt allgemein als etwas Minderwertiges. Aber sonst fällt überall das Bestreben, alles zu *verschönern*, auf sehr günstigen Boden in der Grossstadt. Das geht von der Wurst, die *schön rot* gefärbt wird, an und endet bei dem Dreimarkgemälde, das in einen luxuriösen Rahmen gesteckt wird. Die Wurst sieht schön appetitlich aus, nur darf man nicht daran denken, dass man die Farbe mit bezahlen und sogar mit essen muss. Ist man nicht reicher, wenn man eine Wurst mit den Naturfarben, die eben eine bestimmte, aus solidem Material bestehende Wurst hat, verzehren kann? Leider bedeutet ein sehr grosser, ja der grösste Teil unserer heutigen Culturerrungenschaften eine Verarmung. Und um dieser vielen nutzlosen, verfälschten, entbehrlichen Waren willen muss ein grosser Procentsatz der Culturerrungenschaften in den Fabriken fronden und dahinsiechen! Um wieviel reicher, glücklicher, gesünder, lebenskräftiger wären die Völker, wenn sie anstatt dieser capitalistischen Culturerrungenschaften eine naturgemässe Cultur pflegten: eine Erzeugung von Nahrungsmitteln, ein gesundes Wohnen inmitten von Gärten und Fluren, eine Production nur praktischer und unentbehrlicher Waren, eine einfache, ehrliche, aber von Convenienz und Prüderie freie Sittlichkeit, eine ernste und tiefe, sonntägliche Kunst.

Es ist für den Fortbestand der Culturerrungenschaften unumgänglich notwendig, dass sie ein neues Freundschaftsverhältnis zur Natur anknüpft. Eine grössere Würdigung der Natur, eine grössere Beschäftigung mit ihr ist die natürliche Folge. Und es ist auch anzunehmen, dass aus dem praktischen Verhältnis in vielen Fällen ein tieferes Empfinden für die Natur, das Naturgefühl, entsteht. Das ist ein religiöses Gefühl, das dem Menschen sagt: das sollst du, und das sollst du nicht! Es ist aber auch ein eigenartiges, mit keinem anderen zu vergleichendes Gefühl, ein Gefühl der Liebe und der Anteilnahme an allen Vorgängen in der Natur, ein Selbstvergessen und Selbstaufgehen in ihr. Es ist nicht mehr die stumpfsinnige Abhängigkeit des uncivilisierten Menschen von den Naturgewalten, sondern eine bewusste innige Hingabe an die Forderungen und an die Schönheiten der Natur. Ohne Zweifel kann die Erziehung, besonders aber die Kunst unendlich viel tun, um das Naturgefühl zu erwecken und zu vertiefen. Heutzutage spielt dasselbe eine erbärmlich nebensächliche Rolle. Der Grossstädter sieht ja auch nichts von der Natur, es ist sehr umständlich, jeden Tag oder auch nur jeden Sonntag einmal hinauszufahren oder durch weite Strassen

und entsetzliche Vorstädte sich bis hinaus ins Freie durchzudrängen. Früher wanderte wenigstens jedermann einige Jahre lang zu Fuss über Berg und Tal, durch Wald und Flur in der Welt umher. Jetzt reist auch der unbemittelte Arbeiter von einem Industriezentrum zum anderen mit der Eisenbahn, die ihm von der Natur nichts zeigt. Aber gerade im Arbeiter ist der Sinn für die Natur immer noch am regsten. Viel sogenannte *Culturerrungenschaften* kann er, schon aus Mangel an Geld, nicht erwerben. Sein Empfinden ist darum natürlicher. Die Arbeiter sollten nicht in den Bann capitalistischer Denkweise geraten, sondern eine eigene natürlichere Cultur erstreben. Die Zeit, die ihnen nach Erledigung ihrer politischen Pflichten noch übrig bleibt, müssten sie darauf verwenden, eine praktische Freundschaft mit der Natur zu pflegen. Dadurch können sie einigermaßen gesund bleiben und dem angekränkelten Capitalismus um so eher das Terrain abgraben. Viele Arbeiter besitzen ein ausgeprägtes Naturgefühl, man sieht es schon daran, wie viele des Sonntags aus der Grossestadt herausströmen, um in der freien Natur umherzuwandern. An dieses Naturgefühl muss man appellieren, wenn man den Arbeiter zu einer vernünftigen Cultur erziehen will. Der politische Kampf nimmt nur gewisse Seiten des Menschen in Beschlag, die Verstandeskräfte und die Leidenschaft; der ruhige Ausgleich, die Harmonie des Gemütslebens kann am ehesten durch die Betätigung des Naturgefühls erzielt werden. •

## Das Haus der Unschuld.

Von

Anatole France.

(Paris.)

Eines Tages verliess Fra Giovanni das Kloster beim Dämmern des Morgens, zu der Stunde, wenn die Vögel singend erwachen. Und er ging in die Stadt. Und er dachte:

»Ich gehe in die Stadt, um dort mein Brot zu erbetteln und um denen Brot zu geben, die betteln, und ich werde geben, was ich bekomme, und werde bekommen, was ich gegeben haben werde. Denn es ist Gott wohlgefällig, in seinem Namen zu bitten und zu empfangen. Und der, welcher empfängt, ist der Bruder dessen, der gibt. Und man beachte nicht, ob man der eine oder der andere dieser beiden Brüder ist, weil die Gabe nichts ist, aber die Barmherzigkeit alles.

Der, welcher bekommt, ist, wenn er die Barmherzigkeit hat, gleich dem, der gibt. Aber der, welcher verkauft, ist der Feind dessen, der kauft, und der Verkäufer zwingt den Käufer, ihm feindlich zu sein. Und darin ist die Wurzel des Uebels, welches die Städte verpestet, wie das Gift der Schlange in ihrem Schwanz ist. Und ein Weib muss den Fuss auf den Schwanz der Schlange setzen. Dieses Weib ist die Armut. Sie hat den König Ludwig von Frankreich schon in seinem Turm aufgesucht. Aber sie ist nicht bei den Florentinern eingekehrt, weil sie keusch ist und den Fuss nicht in ein verrufenes Haus setzen will. Und der Laden des Wechslers ist ein verrufener Ort. Die Banquiers und die Wechsler begehen da die grösste der Sünden. Die Prostituierten sündigen in ihren Kammern, aber ihre Sünde ist geringer, als die der Banquiers und all derer, die sich durch die Bank oder durch den Handel bereichern.

In Wahrheit, die Banquiers und die Wechsler werden nicht in das himmlische Königreich kommen, weder die Bäcker und die Gewürzkrämer, noch die, welche die Kunst des Wollwebens ausüben, deren sich die Stadt der Blumen rühmt. Weil sie dem Golde einen Preis geben und dem Wechsel einen festen Cours setzen, richten sie Götzenbilder vor dem Angesicht der Menschen auf. Und indem sie sagen, das Gold habe einen Wert, lügen sie. Denn das Gold ist von geringerem Wert, als die trockenen Blätter, die in dem Herbstwind am Fuss der Lärchen flattern und rascheln. Und köstlich ist nur die Arbeit des Menschen, wenn Gott auf sie blickt.«

Während Fra Giovanni derart seinen Gedanken nachging, sah er, dass der Berg offen war und dass Männer Steine darin klopften. Und einer der Steinklopfer lag auf dem Wege; Lumpen aus grobem Gewebe bedeckten ihn; sein Körper trug die brennenden Wunden der Kälte und der Hitze. Die Knochen seiner Schultern und seiner Brust traten auf seinem abgezehrten Körper hervor. Und eine tiefe Verzweigung brach aus den schwarzen Höhlen seiner Augen.

Fra Giovanni näherte sich ihm und sagte:

»Friede sei mit dir!«

Aber der Steinklopfer antwortete nichts; er wandte nicht den Kopf. Und Fra Giovanni, der glaubte, dass er ihn nicht gehört habe, wiederholte:

»Friede sei mit dir!«

Und er sprach dieselben Worte ein drittes Mal.

Da sah ihn der Steinklopfer voller Wut an und sagte:

»Frieden werde ich erst bei meinem Tode haben. Schere dich, verfluchte Krähe, deren Wünsche mir ein trügerisches Gut künden! Krächze Einfältigeren vor, als ich es bin! Ich weiss, dass der Stand eines Steinklopfers ganz und gar unglücklich ist, und dass es keine Erleichterung für sein Elend giebt. Vom Morgen bis zum Abend klopfe ich Steine, und als Lohn meiner Arbeit bekomme ich ein Stück schwarzes Brot. Und wenn meine Arme weniger stark sein werden, als der Berg, wenn mein Körper ganz geschwächt sein wird, werde ich vor Hunger sterben.«

»Mein Bruder,« sagte der heilige Mann Giovanni, »es ist nicht gerecht, dass du viele Steine klopfst und nur wenig Brot erhältst.«

Der Steinklopfer richtete sich auf.

»Mönch, was siehst du da oben auf dem Hügel?«

»Mein Bruder, ich sehe die Mauern der Stadt.«

»Und höher?«

»Ich sehe die Dächer der Häuser, die die Wälle überragen.«

»Und höher?«

»Die Gipfel der Pinien, die Kuppeln der Kirchen und die Glockentürme.«

»Und noch höher?«

»Ich sehe einen Turm, der alle anderen überragt. Zinnen krönen ihn. Es ist der Turm des Podesta.«

»Mönch, was siehst du über den Zinnen dieses Turmes?«

»Bruder, über den Zinnen dieses Turmes sehe ich nichts, als den Himmel.«

»Ich«, sagte der Steinklopfer, »sehe auf diesem Turm eine widerwärtige, riesige Gestalt, die eine Keule schwingt und auf dieser Keule lese

ich *Ungerechtigkeit*. Und die Ungerechtigkeit ist aufgerichtet über den Bürgern, auf dem Turm der Städtältesten und der Gesetze.

Und Fra Giovanni antwortete:

»Was der eine sieht, sieht der andere nicht, und es ist möglich, dass diese Gestalt, von der du sprichst, auf dem Turm des Podesta in der Stadt Viterbo steht. Aber gibt es kein Mittel gegen die Leiden, die dich bedrücken, mein Bruder? Der gute heilige Franciscus hat auf Erden eine solche Quelle des Trostes gelassen, dass alle Menschen sich daran erfrischen können.«

Und der Steinträger sprach, wie folgt:

»Menschen haben gesagt: Dieser Berg gehört uns. Und diese Menschen sind meine Herren, und für diese klopfe ich hier Steine. Und sie geniessen die Frucht meiner Arbeit.«

Fra Giovanni seufzte:

»Die Menschen müssen sinnlos sein, um zu glauben, dass sie einen Berg besitzen.«

Der Steinklopfer erwiderte:

»Sie sind durchaus nicht sinnlos. Und die Gesetze der Stadt sichern ihnen diesen Besitz. Die Einwohner zahlen ihnen die Steine, die ich abgebrochen habe. Und es ist Marmor von hohem Wert.«

Und Fra Giovanni sagte:

»Die Gesetze der Stadt und die Sitten der Einwohner müssten geändert werden. Sanct Franciscus, der Engel des Herrn, hat das Beispiel gegeben und den Weg gewiesen. Als er auf den Befehl Gottes beschloss, die vernichtete Kirche des heiligen Damianus wieder aufzurichten, wandte er sich nicht an den Meister des Steinbruchs. Und er sagte nicht: Bringt mir den schönsten Marmor, und ich werde euch Gold dafür geben. Denn der, den man den Sohn des Bernadone nannte und der der wahre Sohn Gottes war, wusste, dass der Mensch, der verkauft, der Feind des Menschen ist, der kauft, und dass die Kunst des Handels, wenn möglich, schädlicher ist, als die Kriegskunst. Auch wandte er sich nicht an den Maurermeister, noch an einen von denen, die Marmor, Holz und Blei für Geld geben. Aber er ging auf den Berg und lud seine Last an Holz und Steinen auf und trug sie selbst an diesen, dem Andenken des seligen Damianus geweihten Ort. Er legte selbst die Steine mit Hilfe der Messschnur, um die Mauern zu richten. Und er machte den Cement, um die Steine an einander zu fügen. Es war eine schlichte und rohe Umfriedigung. Es war das Werk eines schwachen Armes. Aber wer es mit den Augen der Seele betrachtete, erkannte darin den Gedanken eines Engels. Denn der Mörtel dieser Mauer ist nicht mit dem Blut der Unglücklichen bereitet; und dieses Haus des heiligen Damianus wurde nicht mit den dreissig Schillingen errichtet, die das Blut des Gerechten bezahlten und die, von Ischarict fortgeworfen, seitdem von Hand zu Hand durch die Welt gehen, jede Ungerechtigkeit und jede Grausamkeit zu zahlen. Denn allein unter allen ist dieses Haus auf Unschuld begründet, auf Liebe errichtet, auf Barmherzigkeit gestellt, und allein unter allen ist es das Haus Gottes!

Und ich sage es dir in Wahrheit, Arbeiter, mein Bruder, indem er dieses tat, hat der Bettler Christi der Welt das Beispiel der Gerechtigkeit

gegeben, und seine Torheit wird eines Tages Weisheit sein. Denn alles auf Erden ist Gottes, und wir sind die Kinder Gottes, und die Teile der Kinder müssen gleich sein. Das heisst, dass jeder das nehmen soll, was er braucht. Und weil die Grossen keinen Brei fordern, noch die Kleinen Wein trinken, wird der Teil eines jeden nicht derselbe sein, aber jeder wird den entsprechenden Anteil haben.

Und die Arbeit wird freudig sein, wenn sie nicht bezahlt sein wird. Denn das ungerechte Gold allein macht die Ungerechtigkeit der Teilungen. Wenn jeder seinen Stein von dem Berge holen und auf seinem Rücken in die Stadt tragen wird, wird der Stein leicht sein, und es wird der Stein der Seligkeit sein. Und wir werden das Haus der Freude bauen. Und wir werden die neue Gemeinde bilden. Da wird es weder Arme noch Reiche geben, aber alle werden sich arm nennen, weil sie einen Namen werden tragen wollen, der sie ehrt.«

So sprach der sanfte Fra Giovanni, und der unglückliche Steinklopfer dachte:

»Dieser in ein Leinentuch gehüllte und mit einer Schnur gegürtete Mann hat neue Dinge verkündet. Ich werde das Ende meines Elends nicht sehen, und ich werde vor Müdigkeit und Hunger sterben. Aber ich werde glücklich sterben, denn bevor sie erlöschen, werden meine Augen den Anbruch des Tages der Gerechtigkeit gesehen haben.«

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben

#### Wirtschaft

An der *Börse* hat sich zunächst die *Correctur der Uebertreibungen* fortgesetzt; seit etwa Mitte Juni hat sie jedoch einen gewissen Stillstand erreicht. Diese Depression ruhte weiter vorwiegend auf den Nachrichten aus Nordamerika, zum Teil auch aus Südafrika — die serbische Palastrevolution traf zwar mit einer tiefen Börsenverstimmung zusammen, vermochte aber keinen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Die Börse von New York erlebte am Montag, den 8. Juni, und Mittwoch, den 10. Juni, sogar wieder einmal ein paar Schreckenstage. Auch für das benachbarte Canada ergab sich ein heftiger Zusammenbruch in Eisenbahn- und Montanwerten.

Zum Teil im Zusammenhang damit steht die *Disconterhöhung* der Reichsbank am 8. Juni von  $3\frac{1}{2}$  auf  $4\%$ . Das Bemühen, die nach den ausländischen Geldmärkten abgessenen Leihcapitalien wieder in stärkerer Masse heranzuziehen, fiel zusammen mit einer bereits längere Zeit währenden Anspannung des deutschen

Leihcapitalmarktes, vor allem der Reichsbank selber. Der Bankpräsident von Koch musste darum in der entscheidenden Sitzung des Centralausschusses eine um diese Jahreszeit ungewöhnliche Schwäche der Reichsbank constatieren. Bei einer Zunahme des Wechselportefeuilles um 81 Mill. M. in der letzten Maiwoche sei die Gesamtlage der Bank, trotz der Abnahme der Schatzanweisungen des Reiches um 60 Mill. M., wesentlich schwächer geworden. Auch der Umlauf der Noten, insbesondere der ungedeckten Noten, weise die höchsten Ziffern auf. Der auf 909 Mill. M. gesunkene Metallvorrat sei um 163 Mill. M. kleiner, als 1902, und die Privatguthaben seien sogar unter das vorjährige Minimum vom 31. October gefallen. Die Deckungsverhältnisse am letzten Mai seien noch niemals so schlecht zu diesem Termin gewesen. Am offenen Markte sei das Geld knapp; der Börsendiscount sei auf  $3\frac{1}{4}\%$  gestiegen; die fremden Wechselcourse gestatteten zwar nicht die Ausfuhr von Gold, indessen sei die Goldbilanz Deutschlands weit ungünstiger, als in den Vorjahren. Obwohl nun seit Ultimo sich wie gewöhnlich ein gewisses Rückströmen der Mittel aus dem inneren



Verkehr zeige, so sei die Bank doch gegenüber den gegen Ende des Quartals und weiter zum Herbst hin zu erwartenden grossen Ansprüchen nicht hinlänglich gerüstet, zumal auch die Verhältnisse im Auslande, besonders in America, zum Teil keineswegs beruhigend seien. Dazu komme der unbefriedigende Stand der privaten Guthaben, der in den Wochenausweisen nicht zu Tage tritt. Die geldliche Lage in England habe sich allerdings gebessert, auch sei von den ins Ausland abgeflossenen Geldern ein Teil nach Deutschland zurückgekehrt, es erscheine aber wünschenswert, dass diese Rückkehr sich in beschleunigtem Tempo vollziehe und die auf diese Weise frei gewordenen Gelder zur Alimentierung des heimischen Geldmarktes beitragen. — Da die englische Bank am 21. Mai ihren Zinssatz wieder von 4 auf  $3\frac{1}{2}\%$ , am 18. Juni auf  $3\%$  ermässigte, so ist der alte Zustand wiedergekehrt: dass nämlich der officielle Londoner Discont niedriger steht, als der Zinssatz in Berlin.

Bei dieser Gelegenheit verdient vielleicht aus dem Anfang Juni erschienenen Geschäftsbericht der *Preussischen Centralgenossenschaftscasse* für das Jahr 1902 bis 1903 hervorgehoben zu werden, wie sich die Zinsfußspraxis dieses wichtigen und einflussreichen Instituts gestaltet hat. Die besonderen Zinssätze der Casse in der laufenden Rechnung waren während des ganzen Jahres unverändert für Entnahmen  $3\frac{1}{2}\%$ , für Guthaben bis zum Betrage des eingeräumten Credits  $3\%$ , darüber hinaus  $1\%$  unter dem jeweiligen offiziellen Wechseldiscountsätze der Reichsbank, nicht über  $3\%$ . Für den Discontredit wie für den Lombardcredit war der Wechseldiscountsatz respective der Lombardzinssatz der Reichsbank massgebend. Bei Wechseln, welche auf Grund des eingeräumten Haftsummencredits discountiert wurden, erfolgte die Abrechnung, solange der Reichsbankdiscountsatz mehr als  $3\frac{1}{2}\%$  betrug,  $\frac{1}{4}\%$  unter dem jeweiligen Reichsbankdiscountsätze, bei  $3\frac{1}{2}\%$  und darunter zum jeweiligen offiziellen Reichsbankdiscountsätze, jedoch nicht unter  $3\%$ ; für die letzten 10 Tage der Laufzeit der Wechsel wurde der volle Reichsbankdiscountsatz berechnet. Für die Verbandscassen stellte sich der Zinssatz im abgelaufenen Geschäftsjahre für die von der *Preussischen Centralgenossenschaftscasse* entnommenen Darlehne bei voller Ausnutzung des auf Haftsummen bewilligten Credits: a) für Verbandscassen mit Vorzugszinssätzen, das heisst für solche, die ihre sämtlichen

überschüssigen Geldmittel nur bei der *Preussischen Centralgenossenschaftscasse* anlegen, höchstens auf  $3,41\%$  (1901:  $3,55\%$ ), b) für andere Verbandscassen höchstens auf  $3,68\%$  im Durchschnitt, in Wirklichkeit jedoch noch niedriger, da die Verbandscassen stets von dem jeweilig teureren Credit verhältnismässig geringen Gebrauch zu machen pflegen.

In der Eisenproduction, die, wie die Kohlenproduction, stets als symptomatisch für den allgemeinen Productionsgang gelten kann, hält die günstige Strömung wie bisher an. Um so energischer dringt man jetzt darauf, die Verkaufscartelle, die fast alle dieses Jahr ablaufen, so rasch wie möglich zu erneuern, da die Käufer, vor allem im Eisengrosshandel, naturgemäss mit Bestellungen zögern, wenn eine Neuregelung die Preisgestaltung demnächst stark verschieben kann.

Von besonderem Interesse wird es sein, ob die geplante Gründung eines deutschen Stahlwerksverbandes gelingt, der indirect sämtliche deutsche Eisenproduzenten unter seinen Einfluss bringen würde. Umso mehr arbeiten natürlich auch die abnehmenden Industricien auf widerstandsfähigere Gegenorganisationen hin.

Für das rheinisch-westfälische Kohlen-syndikat wurde in der Beiratssitzung vom 12. Juni die Förderungseinschränkung auf nur  $18\%$  (bisher  $20\%$ ) festgesetzt, die Um-lage für das dritte Quartal wie bisher auf  $6\%$ . Nach dem vom Vorstand erstatteten Bericht betrug die Beteiligung im Mai bei 25 Arbeitstagen: 5313569 t gegen 5090322 t bei 24 Arbeitstagen im April. Die Förderung betrug im Mai 4191870 t gegen 4435587 im April. Arbeitstächlich stieg die Förderung gegen Mai 1902 um 13873 t gegen April 1902 um 18826 t oder um  $8,48\%$  respective  $12,08\%$ . Die Minderförderung für Mai 1903 betrug 877982 t und für April 1903 898452 t oder  $16,52\%$  respective  $17,65\%$ . Arbeitstächlich wurden im Mai 1903 178354 t abgesetzt und 176163 t im April 1903, also gegen das Vorjahr  $12,22\%$  im April und  $7,91\%$  im Mai mehr. Der arbeitstägliche Versand von Kohlen, Coaks und Briketts betrug im Mai 16401 Doppelwaggons, im April 16150 Doppelwaggons. Er stieg demnach im Mai gegen den Vormonat um 251 Doppelwaggons oder  $1,55\%$ , gegen Mai des Vorjahres um 1295 Doppelwaggons oder  $8,57\%$ , und gegen April des Vorjahres um 1838 Doppelwaggons oder  $12,84\%$ . Max Schippel.

## Politik

Eine in grossem Stil geführte **Zolldebatte** im **englischen Parlament** fand anlässlich der Abschaffung des vor Jahresfrist eingeführten Kornzolls statt. Der Gedanke einer engeren wirtschaftlichen Angliederung der Colonieen an das Mutterland hat im Verlaufe von etwa fünfzehn Jahren derartige Fortschritte gemacht, dass sich ein Mitglied der Regierung offen zu ihm bekennen kann. Chamberlain strebt einen Reichszollverein an, der auf folgenden handelspolitischen Grundsätzen aufgebaut ist: Gegenseitigkeitstarif mit den Colonieen, höhere Zölle gegen alle übrigen Länder, Strafzölle gegen die Staaten, die die neuen Zollerhöhungen nicht ruhig hinnehmen, schutzzöllnerische Aussperrung der ausländischen Einfuhr. Es ist richtig, die Pläne Chamberlains sind auf starken Widerstand gestossen, und an ihre demnächstige Verwirklichung ist noch nicht zu denken. Immerhin ist es doch bezeichnend, dass der Colonialminister in einer so eminent wichtigen Frage, wie der Frage des Reichszollvereins, von den übrigen Ministern grundsätzlich so scharf abweichen kann, ohne dass seine Stellung dadurch erschüttert würde. Man kann es ferner einem Manne wie Chamberlain nicht zufragen, dass er sich ohne weiteres in solcher Art vom Gesamtministerium isolieren würde, wenn er für seine Pläne nicht einen machtvollen Rückhalt sowohl im Parlament als ganz besonders in den Colonieen selbst hätte. Darin liegt das Bedeutsame dieser Debatte, dass sie zeigt, wie die protectionistischen Bestrebungen auch in England schon mächtig gewachsen sind, gewachsen nicht in den Köpfen einiger Theoretiker, sondern infolge der bedrängten Stellung der englischen Industrie bei den Männern der gewerblichen Praxis, deren Repräsentant in der Regierung Chamberlain ist. Die Zeiten der industriellen Vorherrschaft Englands sind vorbei und damit auch die Zeiten, in denen der Freihandel für England das beste Mittel war, um seine Ausfuhr zu steigern und grosse Gewinne aus dem Warenverkehr mit dem Ausland herauszuschlagen.

In **Serbien** ist das Königspaar in der Nacht vom 10. auf den 11. Juni im Konak von Belgrad ermordet worden. Unter den serbischen Officieren hatte sich eine Verschwörung gebildet, deren Ziel war, den König Alexander und seine Gemahlin Draga zu beseitigen und dann als König den Prinzen Peter Karageorgiewitsch zu proclamieren. Die Verschwörer führten ihren Plan

ohne jeglichen nennenswerten Widerstand in der rohesten und brutalsten Weise aus, die Civilverwaltung fügte sich den Anordnungen der Verschwörer, und alles verlief glatt nach dem Programm der Mörder. Sie haben nun ihren König Peter I., von dem man noch nicht weiss, ob und inwieweit er Mitwisser der Pläne der Verschwörer war. Der blutige Thronwechsel hat so wenig Eindruck gemacht, dass sogar das Ausland sich mit der neuen *Ordnung* sofort auszusöhnen begann; von der Entrüstung, die sich entlädt, wenn ein Anarchist ein gekröntes oder gewähltes Haupt eines Volkes tötet, war in dem Falle, wo das Militär selbst den *von Gottes Gnaden* eingesetzten Fürsten meuchlings beiseite schaffte, nichts zu vernehmen. Mag sein, dass der König Alexander und die Königin Draga an den Höfen wenig Sympathie genossen, — immerhin handelt es sich hier um das Princip, ob der Militarismus in seinen letzten Auswüchsen nicht Gefahren in sich schliesst, die für Monarchen und Präsidenten verhängnisvoller werden können, als der Dolch des vereinzelt Anarchisten. *Richard Calver.*

## Sociopolitik

Der Erkenntnis der **socialen Zustände** eines Industrielandes dienen vor allem die Berichte der Gewerbeinspectoren. In kurzer Zeit folgten aufeinander die bayerischen, badischen, württembergischen, preussischen und sächsischen Berichte. Der preussische Bericht wird durch einen Band ergänzt werden, der sich auf die Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen und über eine etwa gebotene gesetzliche Herabsetzung dieser Zeit beziehen soll. Die preussischen Berichte der Inspectoren eröffnen einen Einblick in recht betrübende sociale Verhältnisse. In dem Bericht über den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. heisst es unter anderem: »Besonders in der Maschinenindustrie wurde durch die gekürzten Schichten der Verdienst stark geschmälert, ausserdem kamen hier wie in der Holzbearbeitungsindustrie Lohnherabsetzungen bis zu 15% vor.« Von einem recht bedenklichen Sinken der Löhne wissen viele Gewerbeinspectoren zu berichten. In dem Bericht über den Regierungsbezirk Münster lesen wir: »In 28 Hüttenwerken im Bezirk Hagen sank der Durchschnittslohn für Kopf und Jahr um 22 M., in 18 Hüttenwerken des Bezirks Bochum um 46 M., in 21 Hüttenwerken des Bezirks Dortmund um 66 M. und in 53 Hüttenwerken des Bezirks Sagan um 75 M.« Auf die socialpolitisch wichtigen Tatsachen der Gewerbeinspectoren-

berichte gehen wir später näher ein. Heute constatieren wir nur noch, dass sich die Beziehungen zwischen den Gewerbeinspectoren und den Arbeitern in Preussen gebessert zu haben scheinen. Da und dort wurde bereits ein recht reger Verkehr zwischen den Gewerbeinspectoren und den Arbeitern gepflogen.

\*

Die **Arbeiterschutzgesetzgebung** hat eine Bereicherung durch die neue Bundesratsverordnung vom 26. Mai 1903 über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten erhalten. Die wichtigste Bestimmung in dieser Verordnung ist die Herabsetzung des Maximalarbeitstages für Arbeiter, die mit Bleiprodukten in Berührung kommen, von 12 auf 8 Stunden. Der *Vorwärts* bemerkt zu der neuen Verordnung: »Was die Verwendung bleihaltiger Farben anlangt, so behaupten Sachkenner, dass man das Bleiweiss sehr gut durch das ungefährliche Zinkweiss ersetzen könne. Hier bleibt es bedauerlich, dass der Bundesrat, wenn ihm diese Frage für ein directes Verbot auch noch nicht genügend geklärt erschien, zu gunsten derjenigen Betriebe, welche lediglich Farben mischen, eine Ausnahme zugelassen hat.«

Unter den deutschen Handlungsgehilfen regt sich eine zielklare Bewegung für die Einführung einer völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Im verflossenen Jahre wurden im Juni und Juli in circa 600 deutschen Städten Versammlungen zum Zweck einer allgemeinen Einführung der völligen Sonntagsruhe veranstaltet. Jetzt tritt der *Deutschnationale Handlungsgehilfenverband* mit der Veröffentlichung von 39 Gutachten darüber auf den Plan zur Er kämpfung der völligen Sonntagsruhe. Unter den Gutachtern finden wir Socialpolitiker wie Adickes, Bassermann, von Berlepsch, Brentano, Stadtrat Flesch, Kulemann, Wolfgang Heine, Legien, Naumann. Im allgemeinen gönnt man dem viel geplagten Handlungsgehilfen herzlich gern einen völligen Ruhetag. Heine fordert 36 Stunden völliger Arbeitsruhe für den Handlungsgehilfen. Stadtrat Flesch hält die völlige Sonntagsruhe vom wirtschaftlichen Standpunct aus wünschenswert, »wenn und insoweit dafür gesorgt ist, dass das Erholungsbedürfnis und das Bedürfnis nach geistiger Erfrischung der grossen Massen nicht nothleidet«. Die Grosskaufleute Schepeler-Frankfurt a. M. und Herzog-Berlin legen sich warm für die Sonntagsruhe ein.

Den Schutz der Arbeiter in der chemischen Industrie behandelten unter anderem auf dem 5 internationalen Congress für angewandte Chemie: Herr Geheimrat Dr. Sprengler und Herr Professor Hartmann-Charlottenburg. In einer Resolution erklärte der Congress für nötig, dass die Unfall- und Gesundheitsgefahren eingehend nach Ursache und Wirkung studiert werden, dass die Arbeiter eindringlich auf die ihnen nicht erkennbaren Gefahren aufmerksam gemacht und zur Beachtung der Vorsichtsmassregeln angehalten werden und dass bei Festsetzung der Sicherheitsmassnahmen die Mitwirkung erfahrener Chemiker in weitgehendem Masse stattfinden solle. Der Congress sprach sich ferner für ein internationales Verbot der Weissphosphorzündhölzer aus.

\*

Die **Versicherungswissenschaft** ist bei uns noch sehr jungen Datums. Mit der Entwicklung des Arbeiterversicherungswesens wandten die Volksmassen im wachsenden Masse ihre Aufmerksamkeit dem Versicherungswesen überhaupt zu. Grösse Volksmassen beteiligten sich in den letzten Jahren an der sogenannten *Volksversicherung*. Bei der Actiengesellschaft *Victoria* wuchsen die Volksversicherungspolizen von 62 289 im Jahre 1892 auf 1 277 083 im Jahre 1898 und die Versicherungssumme von 18,3 Mill. auf 249,3 Mill. M. an. Mit dem Umsichgreifen der Versicherung in den Volkskreisen erhält der Versicherungsvertrag eine immer grössere Bedeutung für diese Kreise. Deshalb tritt jetzt die Gesetzgebung mit einem Gesetzentwurf über den Versicherungsvertrag hervor. Hinter dem Schnellschritt der Ausdehnung des Versicherungswesens hinkte die Versicherungswissenschaft sehr langsam her. Erst im Jahre 1895 erhielt die Versicherungswissenschaft in preussischen Staate ein Existenzrecht. Auf Anregung des Professors Kiepert, der, wie die *Frankfurter Zeitung* schreibt, ein williges Ohr bei dem Ministerialdirector Althoff fand, würde in diesem Jahre unter Lexis und Ehrenberg an der Göttinger Universität ein Seminar für Versicherungswissenschaft gegründet. Die Gründung des *Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft* war dann eine »neue grosse Etappe auf dem Gebiet der jungen Versicherungswissenschaft«. Dem Vereine gliederten sich eine Anzahl Behörden, alle-grossen in Deutschland tätigen Versicherungsgesellschaften als körperschaftliche und etwa 600 persönliche Mitglieder an. In dem Verein werden neben den mathematischen und naturwissenschaftlichen Wissens-

zweigen die rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Disciplinen gepflegt. Seit Beginn dieses Jahres hat der Verein, der ein ständiges Bureau unterhält und eine eigene Zeitschrift herausgibt, drei Fachabteilungen für Versicherungsmedizin, Versicherungsrecht und Versicherungswissenschaft errichtet. In Frankfurt a. M. ist an der dortigen Handelshochschule eine Professur für Versicherungswissenschaft geschaffen worden.

Die Unfall- und Invalidenversicherung Deutschlands tritt in ihrer socialen Wirksamkeit besonders aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes hervor, der im April erschienen ist.

Grosse Bruchteile unserer gewerblichen Arbeiter sind leider noch nicht der Unfallversicherung unterstellt. Die Fürsorge der Krankencassen erstreckt sich auf über 10 Millionen hauptsächlich gewerblicher Arbeiter, die gewerblichen Berufsgenossenschaften umfassen aber nur 6 884 076 versicherte gewerblich arbeitende Personen. Im ganzen sind heute mit Einschluss der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und der Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe circa 19 Millionen Personen gegen Unfall versichert. Die Unfallverhütung ist im verflossenen Jahre durch die gewerblichen Berufsgenossenschaften erfreulich gefördert worden. Von 61 gewerblichen Berufsgenossenschaften haben jetzt 58 Unfallverhütungsvorschriften erlassen. Bei zwei gewerblichen Berufsgenossenschaften steht der Erlass derartiger Vorschriften nahe bevor. Im wachsenden Masse werden technische Aufsichtsbeamte zur Ueberwachung der versicherten Betriebe eingestellt. Im Vorjahre versahen bei 47 Berufsgenossenschaften 122 technische Beamte den Ueberwachungsdienst, im Berichtsjahr 1902 dagegen bei 49 Berufsgenossenschaften 134. Die Unfallverhütung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften liegt indessen noch ganz im Argen. Im Jahre 1902 kamen bei den Berufsgenossenschaften, bei den Reichs- und Staatsbehörden u. s. w. 488 706 Unfälle zur Anmeldung, entschädigt wurden zum ersten Mal 120 856 Unfälle. Die grösste Anzahl von Unfällen werden in den ersten 13 Wochen geheilt, sie hinterlassen keine Störung in der Erwerbsfähigkeit der Verletzten. Sie belasten hochgradig die deutschen Krankencassen.

Aus den statistischen Daten über die Rechtsprechung der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und des Reichsversicherungsamtes ist die Tatsache von grosser socialpolitischer Bedeutung, dass die Zahl

der Berufungen gegen die Entscheidungen der Berufsgenossenschaften durch die wachsende Gesetzeskenntnis der versicherten Bevölkerung und durch die Tätigkeit der Arbeitersecretaire und Rechtsconsulenten erheblich gestiegen ist. Im Berichtsjahr wurden 55 594 Berufungen erledigt, nur 13 600 Berufungen als 28 % derselben wurden ganz oder teilweise abgeändert. Die Anträge der Versicherten hatten im Verhältnis zu den Anträgen der Berufsgenossenschaften nur sehr geringe Erfolge aufzuweisen. Es fehlt eben meist den Versicherten das erforderliche Wissen und das nötige Geschick, die Berechtigung ihrer Rentenansprüche zu beweisen. Dieser Mangel erklärt wohl auch das Scheitern der vielen Recurse der Versicherten bei dem Reichsversicherungsamt. Im Berichtsjahr hatten von 8462 Recursen der Versicherten nur 1891 oder 22,3 % derselben einen Erfolg. Die von der Berufsgenossenschaft eingelegten Recurse waren in 47,22 % der Fälle erfolgreich.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes über die Invalidenversicherung ist ein Rückgang der Altersrenten und eine Vermehrung der Invalidenrenten ersichtlich. Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung wurden 22 092 Berufungen eingelegt. Nur 17,8 % der Urteile der Schiedsgerichte waren den Versicherten günstig. Von den 2463 bei dem Reichsversicherungsamt erhobenen Revisionen der Versicherten wurden nur 47 oder 1,91 % abgeändert. Der Arbeiterklasse erwächst die grosse sociale Aufgabe, den Versicherten durch die Gründung von Arbeitersecretariaten im Kampf um die Unfall- und Invalidenrente helfend beizuspringen.

Im einzelnen heben wir aus dem Gebiete der Unfall- und Invalidenversicherung noch hervor. Im Mai lehnte eine Heilstättenconferenz der deutschen Landesversicherungsanstalten einstimmig den kürzlich aufgetauchten Vorschlag, eine Lungenheilstätte in Deutsch Westafrika zu errichten ab. Ferner wurde die Bildung eines sämtliche deutschen Landesversicherungsanstalten umfassenden Conferenzverbands angeregt. Der Bericht der Steinbruchsberufsgenossenschaft für 1901 enthält eine Fülle socialpolitisch interessanter Tatsachen. Die Krise in dieser Berufssphäre kommt in der Verminderung der Zahl der Vollarbeiter von 158 609 im Jahre 1900 auf 148 615 im Jahre 1901 zum Ausdruck. Es waren also nahezu 10 000 Arbeiter weniger beschäftigt. Die anrechnungsfähigen Löhne verminderten sich gegen das

Vorjahr um mehr als 7 Mill. M. Die Unfälle, für welche die Steinbruchberufsgenossenschaft Sorge zu tragen hat, sind in einem erschreckenden Grade mit Todesfällen verknüpft. Es gab unter entschädigten 2194 Unfällen 234 Todesfälle. Relativ hohe Summen setzte die Berufsgenossenschaft für Krankenfürsorge aus — über 26 000 M. Der Reservefonds der Berufsgenossenschaft hat eine Höhe von 5 503 665,14 M. erreicht.

\*  
Die Krankenversicherung erweitert durch die rege Tätigkeit fortgeschrittener Krankencassen ständig ihre sozialen Aufgaben. Die Krankencassen schliessen sich mehr und mehr zu grösseren Verbänden, die sich weit über den Bezirk einer Landesversicherungsanstalt erstrecken, zusammen. Im Juli dieses Jahres wird ein Verband der schleswig-holsteinischen Ortskrankencassen ins Leben treten. Im gleichen Monat tagt in Magdeburg der Ortskrankencassenverband im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Der Vorsitzende der allgemeinen Ortskrankencasse Frankfurt a. M., Ed. Gräf, wird auf der Verbandsconferenz über die nächsten Aufgaben der Krankencassen unter Berücksichtigung der letzten *Novelle zum Krankenversicherungsgesetz* sprechen. E. Wendlandt-Magdeburg wird die Cassenarztfrage behandeln. In der letzten Zeit hat sich der eifrige Anwalt für die Interessen des Aertztestandes, Herr Reichstagsabgeordneter Hofmann-Dillenburg, für eine staatliche Organisation des Aertztestandes in der *Deutschen Medicinischen Wochenschrift* ausgesprochen. Er schreibt: »In Nassau war der Grundsatz, dass an der Volksgesundheit ein eminentes öffentliches Interesse beteiligt sei, dadurch zum klarsten Ausdruck gebracht, dass die Aerzte sämtlich Staatsbeamte mit einem für die damalige Zeit sehr hohen Gehalt angestellt waren. In solchen oder ähnlichen Institutionen erblicke ich die ärztliche Entwicklung der Zukunft, mindestens auf dem platten Lande.« Die Verstaatlichung des ärztlichen Berufes wird wohl in den Discussionen der Magdeburger Krankencassenconferenz eine grosse Rolle spielen. Im Monat Mai tagten allein drei grosse Krankencassenconferenzen: die Landesversammlung des württembergischen Krankencassenverbandes, die Generalversammlung des Verbandes der Ortskrankencassen des Herzogtums Oldenburg, die freie Vereinigung der mecklenburgischen Ortskrankencassen. Die Krankencassen wenden ihre Aufmerksamkeit in wachsendem Masse der Wohnungsfrage zu. Jüngst trat die Sonnenberger Ortskrankencasse mit

einer Wohnungsenquête in ihrem Geschäftsberichts für 1902 hervor. Diese Enquête dehnt sich bisher nur auf einen kleinen Kreis von Cassenpatienten aus. Die sociale Bedeutung der Wohnungs-enquêtes würdigt Dr. Hugo Lindemann in einem längeren Artikel *Die Krankencassen und Wohnungsfrage* in der *Volkstümlichen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung*. Neben der Wohnungsstatistik pflegen die Cassen jetzt fleissig die Erkrankungsstatistik. In dem Geschäftsbericht der Ortskrankencasse IX München veröffentlichte Georg Dobler eine interessante Arbeit über die Erkrankungen des niederen Personals im Handels- und Transportgewerbe. Trotz der günstigen Altersverhältnisse der Cassenmitglieder treten die Allgemeinerkrankungen in diesem Berufe häufiger auf, als durchschnittlich sonst bei den Krankencassen. Die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Cassenmitglieder würdigt Dobler sehr eingehend. Eine lehrreiche Erkrankungsstatistik hat die Dresdner Ortskrankencasse in ihrem Geschäftsbericht für 1902 veröffentlicht. Sie stellt sich den grossen Zweck: Material zur Bekämpfung der Berufskrankheiten herbeizubringen. Aus der Dresdner Statistik fällt der hohe Procentsatz von Vergiftungen in den Gewerben der Schriftgiesser, Decorationsmaler, der Lackierer und Anstreicher ins Auge. Diese Vergiftungen weisen mit den Fingern auf eine Erweiterung des Arbeiterschutzes in diesen Gewerben hin. Aus der Statistik hat die Tatsache einen hohen socialpolitischen Wert, dass gerade die ungelerten Arbeiter und die Angehörigen der weiblichen Berufsarten die Casse schwer belasten. Die Krankenversicherung schliesst erfreulicherweise besondere Vorteile für die social schlecht gestellten Classen ein. Sollen die Krankencassen vorwiegend social hebend wirken, so müssen die beruflichen Ortskrankencassen — namentlich die Cassen mit zahlreichen ungelerten und weiblichen Mitgliedern — beseitigt und allgemeine Ortskrankencassen ins Leben gerufen werden. Die Krankencassen zeigen jetzt einen lobenswerten Eifer für die Errichtung von Walderholungsstätten; wir heben hier nur die Krankencassen von Hannover, Halle, Offenbach und Hanau hervor. Die Cassen dehnen jetzt ihre Fürsorge in einem weitherzigen, humanen Geiste auf die Angehörigen der Cassen aus. Einige grössere Ortskrankencassen führten am 1. Juni 1904 die Familienversicherung ein. Folgende Cassen taten sich in letzter Zeit durch eine tatkräftige Förderung der Familienversicherung her-

vor: die gemeinsame Ortskrankencasse Weimar, die Lübecker Ortskrankencasse, die Kieler Ortskrankencasse, die Crefelder Ortskrankencasse für Fabrikarbeiter, die Mannheimer Ortskrankencasse der Kaufleute. Ein neues wichtiges Tätigkeitsfeld haben sich die Krankencassen in der Organisation des Beerdigungswesen erschlossen. Die Angehörigen der verstorbenen Cassenpatienten werden vielfach von den Beerdigungsinstituten schwer ausgebeutet. Deshalb entschloss sich die Kieler Ortskrankencasse dazu, die Beerdigung der verstorbenen Cassenpatienten selbst in die Hand zu nehmen. Sie vereinbarte mit den Beerdigungsinstituten gewisse Einheitspreise für die Beerdigungen. Im allgemeinen darf man wohl sagen: Die Krankencassenverwaltungen sind von ihrer socialen Verpflichtung, in ausreichender Weise für die Cassenmitglieder zu sorgen, vollkommen durchdrungen. Deshalb verstimmten auch die Anklagen des Geheimen Regierungsrats Hofmann gegen die Cassenverwaltungen so stark in den Krankencassenkreisen. In der kurzen, sich nur über 3 $\frac{1}{2}$  Seiten des Reichstagsberichts erstreckenden Anklagerede Hofmanns befinden sich überdies noch mehr als ein Dutzend Unrichtigkeiten. Die Anklagen Hofmanns beweisen die vollständige Ueberflüssigkeit der neuen Zusätze zum Krankenversicherungsgesetz. Die alten gesetzlichen Bestimmungen gaben den Gerichten und Aufsichtsbehörden der Cassen gerade genug gesetzliche Handhaben, um gegen pflichtvergessene Vorstände und Cassenführer vorzugehen. Die Materialsammlungen der Reichsregierung — man denke nur an die Denkschrift zur Begründung der *Zuchthausvorlage!* — sind schon häufig sehr fehlerhaft und flüchtig ausgefallen. Die Reichsregierung ist daher verpflichtet, ihre Materialien zur Begründung ihrer socialpolitischen Gesetzentwürfe viel gründlicher zu sichten und durchzuarbeiten.

Die Frage der **Arbeitslosenversicherung** zieht erfreulicherweise immer grössere Kreise in der socialpolitischen Welt. Die Feststellung der Zahl der Arbeitslosen rückt natürlich in den Vordergrund der socialpolitischen Untersuchungen. Zur Erforschung des Umfanges der Arbeitslosigkeit schlägt Dr. Lothar Neuwirth in eine Publication des statistischen Seminars der Universität Graz *Zur Frage der Erforschung des Umfanges der Arbeitslosigkeit (Graz, Styria)* die Einführung eines Meldeamtes vor, bei dem sich alle eine bestimmte Zeit ausser Arbeit stehenden Arbeitsfähigen zu melden haben. Voraussetzung für die Einführung dieses Amtes

ist der Ausbau der heutigen Arbeitsnachweise. Herr Professor Hirschberg verbreitet sich über die *Arbeitslosenversicherung und Armenpflege* in einer in den *Volkswirtschaftlichen Zeitfragen* erschienenen Broschüre (Berlin, Simion). Sein Versuch zur Lösung des schwierigen Problems wurzelt in folgenden Vorschlägen: 1. Aus Gemeindemitteln wird ein Arbeitslosenhilfsfonds errichtet zum Teil auf Kosten des Armenamts. 2. Personen, welche die Armenpflege wegen Arbeitslosigkeit in Anspruch nehmen, werden zunächst dem Arbeitsnachweis überwiesen, wenn durch diesen keine Arbeit zu erlangen ist, aus dem Hilfsfonds unterstützt. 3. Die Unterstützung aus dem Arbeitslosenhilfsfonds gilt nicht als Armenunterstützung. 4. Bei längerer als drei Monate während ununterbrochener Unterstützung kann der Unterstützte der Armenpflege überwiesen werden. 5. Personen, welche nicht unterstützungswohnsitzberechtigt sind, erhalten nur dann aus dem Hilfsfonds Mittel, wenn die unterstützungsverpflichtete Gemeinde einen entsprechenden Arbeitslosenhilfsfonds besitzt und aus diesen den gezahlten Beitrag zurückerstattet. Professor Hirschberg verknüpft die Arbeitslosenversicherung viel zu eng mit dem Armenamte. Seine Arbeitslosenversicherung umfasst ferner nur eine Reihe von Gemeinden. Unserer arbeitenden Classe ist aber nur mit einer Arbeitslosenversicherung, die sich in dem Rahmen unserer heutigen Zwangsversicherung bewegt, wirklich gedient. Die wichtige Frage der Organisation der Körperschaft, die den Arbeitslosen Arbeiten nachzuweisen hat, ist nicht genügend erörtert worden. In Dänemark sind die Bedingungen dank der Initiative der Socialdemokratie am günstigsten für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Zwei gesonderte Gesetzentwürfe über die Arbeitslosenversicherung liegen dort bereits dem Folkething vor. Sie sind einem Ausschuss zur Durchberatung überwiesen worden. Der eine Gesetzentwurf beauftragt — siehe die Zeitschrift *Die Arbeiterversicherung im Ausland*, bearbeitet vom Geheimrat Zacher (Berlin, Troschel) — den Minister des Innern, an gewerkschaftliche und andere Arbeitervereine, die ihre Mitglieder bei nicht selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit unterstützen, jährlich nach Verhältnis der Mitgliederzahl und nach den Beiträgen abzumessende Staatszuschüsse — nicht über 10 kr pro Mitglied — zu gewähren. Die subventionierten Vereine müssen dem Minister einen Geschäftsbericht einreichen. Der zweite Entwurf ermächtigt den Minister zu Beisteuern an hilfebedürftige

Gemeinden und Armencassen bis zu 20 Ore pro Einwohner der Gemeinde, jedoch nicht über 600000 kr. Diese Arbeitslosenunterstützungen gelten nicht als Armenunterstützungen. Der Minister kann ferner an Gemeinden zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit Darlehen bis zum Gesamtbetrage von 2 Mill. kr gegen 3% Verzinsung gewähren. Der Verfasser des Aufsatzes *Die Arbeiterversicherung in Dänemark* will die Fürsorge für die durch Arbeitsstockungen (Krisen) verursachten Arbeitslosenfälle den Berufsgenossenschaften überweisen; für die übrigen Fälle haben die Gewerkschaften ihre Mittel einzusetzen. Zahlreiche Notizen über den Stand der Arbeitslosenversicherung bringt die *Sociale Rundschau*, herausgegeben vom arbeitsstatistischen Amte im Wiener Handelsministerium, die das ganze Gebiet der Socialpolitik zu umspannen sucht.

\*

Ueber Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweise bringt das neue *Reichsarbeitsblatt* wertvolles Material. Im Mai-Heft veröffentlicht es die Monatsübersichten über die Mitgliederbestände von 3297 Zwangscassen und 1108 Hilfscassen respective deren Verwaltungsstellen aus 260 Orten. Nach den Nachweisungen der berichtenden Cassen mit einem Gesamtstande von 3,6 Millionen Mitglieder entwickelte sich der Arbeitsmarkt im Monat April nicht so günstig, wie im März; der Monat zeigt ein weiteres Steigen der Mitgliederbestände der Krankencassen, aber ein nicht so starkes wie im Vormonat. Die Confectionsindustrie, das Baugewerbe zeigt steigende Ziffern. Eine leichte Besserung ist in der Metallindustrie eingetreten.

An das reichsstatistische Amt für das *Reichsarbeitsblatt* berichteten 460 Arbeitsnachweise aus 162 Orten. Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes, soweit sie in der Geschäftstätigkeit der Arbeitsnachweise zum Ausdruck kommt, erscheint im April zum teil weniger günstig, als im Vormonat. Im Monat Mai hob sich, wenn auch nur unbedeutend, die Beschäftigung in den hauptsächlichsten Industrien. Die leichte Besserung in der Metallindustrie hielt an, in dem Steinkohlenbergbau war Arbeit in befriedigender Weise vorhanden. In einzelnen Industrien liess, wie üblich, im Sommerhalbjahr die Arbeit nach. Die Nachfrage nach Arbeitern ist nicht unerheblich zurückgegangen, so in Berlin, Magdeburg, ganz Württemberg und Baden. Neben dem *Reichsarbeitsblatt* fördert der *Arbeitsmarkt* Dr. Jastrows tatkräftig den Ausbau der Arbeitsmarktstatistik.

\*

Die deutschen Arbeitersecretariate entwickeln sich mehr und mehr zu grossen volkstümlichen Rechtsinstituten, die grossen Bruchteilen der industriellen Bevölkerung unentgeltlichen Rechtsschutz gewähren. Im Jahre 1902 erteilte das Arbeitersecretariat Frankfurt a. M. 26232 Rechtsauskünfte. Wir haben ein sehr brauchbares Werk über die deutschen Arbeitersecretariate: Dr. Richard Soudeks Schrift *Die deutschen Arbeitersecretariate* (Leipzig, Jah & Schunke). Nach dieser Arbeit waren bereits drei Dutzend Arbeitersecretariate im deutschen Reich tätig. Im Jahre 1894 holten sich erst 511 Personen auf deutschen Arbeitersecretariaten Auskunft, 1900 dagegen 94581 Personen. Vom Nürnberger Arbeitersecretariat liegt jetzt schon der 8. Jahresbericht vor. Dieser Bericht gibt wirklich eine umfassende Geschichte der Arbeiterbewegung Nürnbergs. Vor unseren Augen entwickelt sich die Gewerkschaftsbewegung dieser Stadt in ihren Hauptphasen. An der Hand des Berichtes lernen wir die Anfänge der Bewegung zur Organisation des Consums kennen. Socialpolitischen Wert hat die statistische Erhebung des Arbeitersecretariats über die Verhältnisse der Müller und Arbeiter in 12 Handlungsmühlen. Fast die Hälfte der verheirateten Müller und Arbeiter befindet sich in so gedrückten Erwerbsverhältnissen, dass die Frauen dieser Arbeiter noch zum Unterhalt der Familie beisteuern müssen. Vom *Arbeitersecretariate Mannheim* ist der 3. Jahresbericht erschienen. Eine reiche Belehrung über die Handhabung der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung findet der Leser in diesem Bericht, so über die Begutachtung der Unfallfolgen der Aerzte, die Rechtsprechung der Schiedsgerichte u.s.w. Einen sehr warm empfundenen Nachruf widmet der Secretair dem verdienten Gewerbeinspector Dr. Wörrishofer. Ueber das Capitel *Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit* finden wir auch einige wertvolle Daten. Die Berichte der deutschen Arbeitersecretaire werden in den *Socialistischen Monatsheften* stets eingehend besprochen werden.

\*

In den Arbeitersecretariatsberichten werden der Tätigkeit der Gewerbeberichte vielfach mehrere Seiten gewidmet. Aus dem Frankfurter Arbeitersecretariatsbericht lernen wir kennen, mit welcher rühmlichen Eifer die Arbeitnehmerbeisitzer der Gewerbeberichte ihre Kenntnisse über die Gewerbeordnung und über die einschlägigen Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu vertiefen suchen. Es ist eine Uebertreibung, wenn Dr. Jastrow vom Gewerbeberichtsgesetz als

von der *Magna Charta* des deutschen Arbeiters spricht, aber eine gewaltige Bedeutung hat dieses Gesetz für den Arbeiter erhalten, das beweist allein die Tatsache schon, dass im Jahre 1901 70 227 Klagen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern anhängig gemacht wurden. Es wurden erledigt: durch Vergleich 29475 Rechtsstreitigkeiten, durch Zurücknahme der Klage 14 988, durch Anerkenntnis 976, durch Versäumnisurteil 5780, durch andere Endurteile 14 355. Gegen Endurteile wurden 292 Berufungen eingelegt. Neben den Gewerbegerichten bestanden leider noch 415 Innungsschiedsgerichte. Wer da aus Erfahrung weiss, wie lange und wie häufig ohne Resultat die Arbeiter an den Orten, an denen kein Gewerbegericht besteht, um ihren sauer verdienten Lohn ringen müssen, der unterschreibt das Jastrowsche Wort: »Erst in dem Bestehen eines Gewerbegerichts erblickt die Arbeiterschaft eines Ortes eine wirksame Gewähr für einen Schutz gegen Lohnverkürzungen und sonstige Verkürzungen des Arbeitsvertrags.« Die deutsche Arbeiterklasse hat ein Lebensinteresse an der allgemeinen Verbreitung der Gewerbegerichte und an der Fortentwicklung der einigungsamtlichen Tätigkeit der Gewerbegerichte.

Das Gebiet der **Wohnungsfürsorge** wird in dieser Rubrik der Rundschau im allgemeinen nur kurz gestreift werden, da es in ausführlicher Weise in der folgenden Rubrik *Sociale Communalpolitik* von Hugo Lindemann behandelt wird. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die gemeinnützige *Actienbauengesellschaft für kleine Wohnungen* in Frankfurt a. M., zu deren Begründern und unermüdeten Förderern Herr Stadtrat Dr. Flesch gehört, nach ihrem 13. Geschäftsbericht bis Ende 1902 832 Wohnungen, in denen 4155 Mieter beherbergt werden, geschaffen hat. Die Mieter im Baublock zahlen fast 25% weniger Miete, als sie vorher zahlten. Die Mieter nehmen an der Verwaltung durch die Organisation von Mieterausschüssen teil. Jeder der Baublocks ist mit einer kleinen für die Mieter bestimmten Bibliothek versehen. Zur Aufrechterhaltung der Haushaltungen ist eine Hauspflegecasse gegründet worden. Jeder Mieter hat das Recht, sich an einer Casse zu beteiligen, die Kohlen und Kartoffeln im grossen kauft und den Mietern zu Engrospreisen abgibt. In dem noch unvollendeten Block richtet der Verein *Jugendfürsorge* Spiel-schulen für Knaben und Mädchen und Aufenthaltssäle für junge Leute ein. Eine grosse sociale Aufgabe hat Herr Stadtrat

Flesch der gemeinnützigen Actiengesellschaft zuerteilt: Sie soll in engem Rahmen und mit kleinen Mitteln die Versuche, »auf Grund deren später, wenn erst das öffentliche Gewissen geweckt ist, die öffentliche Verwaltung, die grossen Krankencassen, Berufsgenossenschaften, Invaliditätsversicherungen und die Gemeinden, Communalverbände und der Staat selbst sich weitere Aufgaben stellen können.«

Paul Kampffmeyer.

### **Sociale Communalpolitik**

Durch die Ausdehnung der Berliner **Bauordnung** auf fast sämtliche Vororte dieser Stadt seitens der Potsdamer Regierung im Jahre 1887 wurde das System des Massenmiethauses zum allgemein geltigen in den die Stadt umgebenden Gebieten erklärt. Mit unheimlicher Geschwindigkeit hat dann die fünfstöckige Mietscaserne mit Seitenflügeln und Hinterhäusern sich die Berliner Vororte, insbesondere im Westen und Südwesten, erobert. Der Versuch des Landrates Stubenrauch, durch eine Baupolizeiordnung für den Kreis Teltow verständigere Grundsätze für die Bodenausnutzung zu schaffen, scheiterte, hatte aber wenigstens den Erfolg, dass er die Bewegung gegen die Baupolizeiordnung von 1887 anregte. Am 1. Januar 1893 trat dann eine neue Bauordnung in Kraft, die gegenüber der Bauordnung von 1887 eine, allerdings nur kleine, Verbesserung brachte. Diese neue Bauordnung teilte das in Frage kommende Gebiet in zwei grosse Teile: in Bezirke gewöhnlicher Bebauung und in Landhausbaubezirke. In den ersteren werden drei Gattungen von Gebäuden unterschieden: Hochbauten 1. Classe, die nur an regulierten, ausgebauten Strassen gestattet wurden, (Maximalhöhe 18 m, 4 Wohngeschosse, doch Ausnutzung des halben Dachstockes zu Wohnräumen bei einseitigem, des ganzen bei zweiseitigem Bauwuch von 6 m), Hochbauten 2. Classe, an noch nicht regulierten und noch nicht canalisirten Strassen zulässig (Maximalhöhe 15 m, drei Stockwerke, mit Benutzung des Dachgeschosses wie bei Classe 1, bei 5 m Bauwuch) und Kleinbauten (Maximalhöhe 9 m, zwei Stockwerke und Dachgeschoss bis zu  $\frac{1}{4}$  zu Wohnzwecken benutzbar). In den Landhausbezirken wurde nur eine Gebäudegattung gestattet, nämlich Landhäuser mit zwei Wohngeschossen, in denen jedoch das Dachgeschoss bis zur Hälfte, das Kellergeschoss bis zu  $\frac{3}{4}$  zu Wohnzwecken eingerichtet werden darf. Der Bauwuch beträgt 14 m; doch können zwei Nachbarhäuser mit einer Maximalfrontlänge von



zusammen 40 m unmittelbar neben einander errichtet werden. Obschon die Verordnung weder die Zunahme der Massenmiethäuser gehindert, noch irgendwie einschränkend auf die Bodenspeculation gewirkt hat, entfaltete die letztere in Verbindung mit dem Hausagrariertum eine unermüdliche Gegenagitation. Namentlich die Bestimmungen über die Landhäuser wurden von den Bodenspeculanten angefeindet, und ihre Angriffe auf die Bauordnung fanden auch im preussischen Abgeordnetenhaus ein Echo. Die Regierung wich vor dem Ansturm der Interessenten schrittweise zurück. Bereits am 31. Mai 1894 wurde das Landhausgebiet nach den Wünschen der Speculanten anders abgegrenzt. Die Bestimmungen von 1897 öffneten dann weitere Gebiete der gewöhnlichen Bebauung mit der Mietcaserne. Ausserdem wurde für einige Bezirke der Typus des dreistöckigen Landhauses geschaffen, dessen Keller überdies bis zu  $\frac{3}{4}$  zu Wohnräumen hergerichtet werden darf. P. Voigt fasst in seinem Buche *Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten* die Folgen dieser Entwicklung des Baurechtes so zusammen: »Durch die Bauordnungen von 1887 und 1892 ist das Massenmiethaus rechtlich erlaubt worden. Die polizeiliche und communale Verwaltungspraxis hat alsdann durch ein lückenlos ineinandergreifendes System von Massregeln die Errichtung kleiner Häuser gänzlich unmöglich gemacht, die ausschliessliche Erbauung von Mietcasernen geradezu erzwungen. Seit Einführung der Canalisation und des Bauverbotes sind in den betreffenden Vororten, ebenso wie in Berlin, kleinere Häuser, abgesehen von einzelnen hochherrschaftlichen Villen, überhaupt nicht mehr errichtet worden, und selbst in entfernteren Vororten, wo gegenwärtig noch der Kleinbau dominiert, macht das Massenmiethaus allmählich immer weitere Fortschritte.« Am 1. Mai 1903 ist nunmehr eine neue Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin erlassen worden, die als ein weiterer Erfolg der Bauspeculation sich darstellt. Die Bestimmungen über Kleinbauten sind ganz fortgefallen, und die für die Bezirke der gewöhnlichen Bebauung, Bauklasse I und II, so gut wie unverändert geblieben. Dagegen sind die Bestimmungen für die landhausmässige Bebauung vollständig geändert worden. An die Stelle der einen Gebäudegattung treten jetzt vier Classen, die für bestimmt abgegrenzte Gebiete gelten. In der Bauklasse A entsprechen die Bestimmungen im wesentlichen denen, die bisher für die geschlossene Bauweise in den beiden Bauklassen I und II gelten. Es ist ein

Bauwich von 5 m vorgeschrieben — dies eine neue Bestimmung —, die zulässige Geschosshöhe beträgt an regulierten Strassen vier, an nicht regulierten drei, und die Ueberbauung  $\frac{3}{10}$  respective  $\frac{4}{10}$  der Grundfläche. Die Errichtung von Doppelhäusern ist nur beschränkt zulässig. In Bauklasse B beträgt der Bauwich 4 m, die Ueberbauung  $\frac{4}{10}$  der Grundfläche, die zulässige Geschosshöhe drei. Im Dachgeschoss und im Kellergeschoss ist die Einrichtung von Räumen, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, verboten. Die Bauklasse C entspricht mit einigen Beschränkungen der bisherigen landhausmässigen Bebauung. Die zulässige Ueberbauung beträgt  $\frac{3}{10}$  der Grundfläche, die Anzahl der Geschosse zwei. In Vordergebäuden darf das Dachgeschoss bis zur Hälfte, das Kellergeschoss bis zu  $\frac{3}{4}$  zu Wohnzwecken ausgebaut werden. Doch dürfen Aufbauten, welche über dem zweiten Geschoss errichtet werden, nicht mehr als ein Drittel jeder Umfassungswand unter ihnen einnehmen. Die Errichtung von Quergebäuden, die mit dem Seitengebäude durch Seitenflügel oder Mittelflügel verbunden sind, ist verboten, Seitengebäude müssen von dem Vordergebäude mindestens 10 m entfernt bleiben. In Bauklasse D ist die Ueberbauung die gleiche.  $\frac{3}{10}$  der Grundfläche, dagegen ist die zulässige Geschosshöhe auf drei festgesetzt. Im Dachgeschoss und im Kellergeschoss ist die Einrichtung von Räumen zu Zwecken dauernder Bewohnung ausgeschlossen. Ebenso ist die Errichtung von Quergebäuden, die mit dem Vordergebäude durch Seiten- oder Mittelflügel verbunden sind, verboten. Besonders lebhaft Anfechtung bei der Bauspeculation fanden die Einschränkung der Dach- und Kellerwohnungen, und die Bestimmung, dass die Häuser künftig frei stehen müssen, und nicht mehr wie bisher zwei neben einander gebaut werden dürfen. Gegenüber den kleinen Verbesserungen, die, wie ein Vergleich mit der Bauordnung von 1892 zeigt, die neue Verordnung bringt, muss hervorgehoben werden, dass grosse Gebiets- theile, die bisher der landhausmässigen Bebauung mit zwei Geschossen zugewiesen waren, teils der geschlossenen, teils der zwar offenen, aber drei- und viergeschossigen Ueberbauung geopfert worden sind. Die Vorteile, die der Bauspeculation infolgedessen zugewachsen sind, überwiegen bei weitem die kleinen Nachteile, die ihr durch die genannten Beschränkungen verursacht werden. Das hat L. Eschwege in einem Artikel der *Zeit* an den Cursteigerungen der Berliner Terraingesellschaften nachgewiesen. Schon

vor der Veröffentlichung der neuen Bauordnung haben die Curse einer Anzahl von Berliner Terraingesellschaften, deren Besitz hauptsächlich in den Vororten gelegen ist, zum Teil sehr beträchtlich angezogen. Eschwege berechnet den Kursgewinn der Gesellschaften innerhalb des ersten Vierteljahres des Jahres 1903 auf rund 9 Mill. M. bei einem Gesamtcapital von circa 30 Mill. M. Wir haben damit wiederum einen Beweis dafür, dass sich die grössere Ausnutzungsmöglichkeit des Grund und Bodens zu Bauzwecken sofort in einer Steigerung der Grund- und Bodenpreise ausdrückt. In letzter Linie haben natürlich die Mieter in höheren Mieten diese gesteigerte Grundrente aufzubringen.

\*

Das Zolltarifgesetz enthält in seinem § 13 die Bestimmung, dass für Rechnung von Communen oder Corporationen vom 1. April 1900 ab Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht erhoben werden dürfen. Gegen diese Bestimmung, die also die Erhebung städtischer Octrois in Zukunft unmöglich macht, protestierte eine Versammlung der Bürgermeister von 36 süd- und mittel-deutschen Städten zu Mainz. Die Gründe, mit denen die Forderung nach Beibehaltung der Octrois begründet wurde, sind die alten Ladenhüter, die schon oft genug widerlegt worden sind. Die Herren Bürgermeister behaupteten allen Ernstes, dass die durch die Abschaffung der Verbrauchsabgaben notwendig werdende Erhöhung der directen Steuern gerade die ärmere Bevölkerung hart treffen würde. Nun zeigt eine einfache Rechnung aber, dass gerade diese Classen der Bevölkerung bis hinauf zum Mittelstande durch eine Aufhebung der Verbrauchsabgaben und Aufbringung derselben durch directe Steuern ganz bedeutend entlastet werden würden. Trifft doch, wie heute wohl allgemein zugegeben wird, die indirecte Besteuerung die nichtbesitzenden Classen, nicht nur relativ zum Einkommen, sondern in vielen Fällen sogar absolut, schwerer als die besitzenden Classen. Auch der Einwand, dass die Aufhebung der städtischen Abgaben keine Verbilligung der Waren, insbesondere des Fleisches, des Mehles und des Brotes, nach sich ziehen würde, ist so oft schon widerlegt, dass es sich nicht lohnt, auf denselben wieder einzugehen. Die Herren Bürgermeister nahmen schliesslich die folgende Resolution an: 1. Der § 13 des Zolltarifgesetzes, über

dessen verfassungsmässige Zulässigkeit begründete Zweifel bestehen, bedeutet einen schweren Eingriff in die Finanzwirtschaft zahlreicher deutscher Städte, für deren Haushalt die Erhebung der in Betracht kommenden Verbrauchsabgaben eine der wichtigsten, unentbehrlichsten Einnahmequellen bildet. 2. Die Aufhebung dieser Abgaben würde in allen davon betroffenen Städten eine bedeutende Erhöhung der directen Steuern und damit eine Mehrbelastung des wirtschaftlich schwächeren Theiles der Bevölkerung zur Folge haben; auch vielen Gemeinden die Einführung oder weitere Ausbildung der gerade diesem Bevölkerungsteil zu gute kommenden Wohlfahrtseinrichtungen unmöglich machen. 3. Es ist daher nachdrücklichst die Wiederbeseitigung des § 13 anzustreben. — Die Richtigkeit der in dieser Resolution ausgesprochenen Behauptungen ist dadurch nicht grösser geworden, dass auch der hessische Städtetag sich in seiner 14. Hauptversammlung der Mainzer Resolution anschloss.

\*

Den wenigen deutschen Städten, die die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in den Volksschulen durchgeführt haben, hat sich nun auch Mühlhausen i. E. angeschlossen. Es hat in dieser Angelegenheit die folgenden Bestimmungen erlassen: Die Stadt liefert ihren hier wohnenden Elementarschülern nur die in der Schule nötigen Lernmittel. Diese Lernmittel sind Eigentum der Schüler, solange sie die Elementarschule hier besuchen. Beim Wechseln der Elementarschule innerhalb der Stadt nimmt der Schüler alle seine Lernmittel mit. Tritt er aber in eine höhere Schule ein oder verlässt er Mühlhausen, so werden seine Lernmittel zurückbehalten. Die Lernmittel müssen schonend behandelt und so lange, als möglich, benutzt werden. Deshalb wird der Lehrer sie nach Möglichkeit in der Schule aufbewahren. Wer seine Lernmittel verliert oder sie leichtsinnig oder gar absichtlich unbrauchbar macht, hat sie auf seine eigenen Kosten zu ersetzen.

\*

Die Frage des Sommerurlaubes der städtischen Arbeiter in Berlin, die im Jahre 1902 durch die Agitation unter diesen in Fluss kam, ist in der letzten Zeit zu einer endgiltigen Entscheidung gebracht worden. Bereits durch einen Erlass vom 20. April 1902 hatte der Berliner Magistrat die Deputationen und Curatorien aufgefordert, die generelle Ermächtigung zur Urlauberteilung an Arbeiter und Handwerker bei ihm zu beantragen, zugleich aber fest-

gesetzt, dass die Vorbedingung eines solchen Urlaubes eine mindestens 10 jährige ununterbrochene Dienstzeit bei der Stadt sein müsse. Von den socialdemokratischen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung wurde darauf ein Antrag eingebracht, der den städtischen Arbeitern den Urlaub bereits nach einjähriger Beschäftigung im Dienste der Stadt gewähren will. Der Urlaub soll unter Fortzahlung des Lohnes eine Woche dauern. Zur Behandlung der Frage wurde ein Ausschuss eingesetzt, der folgende von der Stadtverordnetenversammlung genehmigte Beschlüsse fasste: Der Magistrat soll in Erwägung ziehen, ob nicht den Deputationen das Recht gegeben werden solle, solchen Arbeitern, die dauernd mit besonders schweren Arbeiten beschäftigt werden, schon nach 5 Jahren eine Woche Urlaub zu gewähren. Ferner soll er der Versammlung bis zum nächsten Etat eine genaue Aufstellung der Vertretungskosten für einen Urlaub von einer Woche, und zwar nach 10 respective 5, 3 und 1 jähriger Tätigkeit der Arbeiter im städtischen Dienste zugehen lassen. Von dem Magistrat wurden die Kosten auf 149 006 M. berechnet, wenn der Urlaub von einer Woche nach einjähriger Dienstzeit erteilt würde, auf 107 816 M. nach dreijähriger Dienstzeit, auf 82 658 M. nach fünfjähriger und auf 51 158 M. nach zehnjähriger Dienstzeit. Es war zu erwarten, dass man die schlechten Finanzverhältnisse der Stadt gegen die Bewilligung desurlaubes bereits nach einjähriger Dienstzeit vorschützen würde. Und der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung, der sich im Berichtsmonat wiederholt mit der Frage desurlaubes städtischer Arbeiter beschäftigte, hat selbstverständlich dieses Argument sich zu eigen gemacht, um die socialdemokratischen Anträge, den Urlaub nach 1jähriger respective nach 3 jähriger Dienstzeit zu gewähren, abzulehnen. Nicht einmal die Forderung, wenigstens den Arbeitern den Urlaub zu bewilligen, die regelmässig Sonntagsarbeit verrichten müssen, ohne in der Woche eine Ruhepause von 24 Stunden hintereinander zu haben, fand Gnade vor seinen Augen. Ausser den Unkosten war es ausserdem vor allem die Rücksicht auf die privaten Unternehmer, die die freisinnigen *Arbeiterfreunde* davon abhielt, schon nach einjähriger Dienstzeit Urlaub zu gewähren. Die Stadtgemeinde sollte vorbildlich für die privaten Unternehmer sein, so führte einer dieser Herren aus, und deshalb müsse sie sich damit begnügen, erst nach 5 Jahren einen Urlaub zu gewähren. Würde sie den Arbeitern diesen Vorteil schon nach einem Jahre bieten,

so würden auch die Arbeiter der privaten Unternehmer an diese die gleiche Forderung stellen. Wo sollte das aber hinführen? So wurde denn der Urlaub nach 5 jähriger Dienstzeit von dem Ausschusse beschlossen und ist auch in der Stadtverordnetenversammlung selbst zur Annahme gelangt.

**Kurze Chronik.** Die städtischen Collegien in Hannover haben den Bau eines neuen städtischen Schwimmbades beschlossen. — Die Stadt Düsseldorf hatte an den Beamtenwohnungsverein mit Rücksicht auf seine gemeinnützigen Bestrebungen städtischen Grundbesitz zu ungewöhnlich billigem Preise abgegeben; der Verein hat nun drei dieser Bauparcellen mit einem Speculationsgewinn von rund 20 000 M. weiter verkauft: eine Warnung an die Städte, ihren Grundbesitz überhaupt nicht mehr zu verkaufen, sondern nur noch in Erbbau mit genügenden Cautelen zu verpachten! — Durch die Eingemeindung einer grösseren Zahl von Gemeinden wird die Stadt Mülheim a. Rh. auf rund 92 000 Einwohner anwachsen und damit in die Reihe der deutschen Grossstädte eintreten. — Die städtischen Körperschaften Leipzigs haben den Antrag der Strassenbahngesellschaften, den Fahrpreis für Umsteigekarten von 10 auf 15 Pf. erhöhen zu dürfen, abgelehnt; der Bescheid wurde von der höheren Verwaltungsbehörde bestätigt, so dass der Einheitstarif von 10 Pf. erhalten bleibt. — In Frankfurt a. M. wurde die Trambahntarifvorlage des Magistrats einem Sonderausschusse überwiesen. — Die städtische Gesundheitscommission in Schöneberg hat sich für die Einrichtung einer Wohnungsinspektion ausgesprochen. — Die Untersuchungen der Berliner Schulärzte haben festgestellt, dass von den ärztlich untersuchten Berliner Gemeindeschulkindern nur etwa 44% als völlig gesund betrachtet werden konnten. — Der Entwurf der neuen Bauordnung für Württemberg ist fertig gestellt und soll veröffentlicht werden, um weiteren Kreisen die Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche geltend zu machen; wir werden auf ihn noch ausführlich zurückkommen. *Hugo Lindemann.*

### Socialistische Bewegung

Die *socialistischen Jungmannschaften Belgiens*, die *Jeunes gardes socialistes*, die sich die Agitation unter den Recruten und Soldaten zum Ziel gesetzt haben, hielten zu Pfingsten ihren Jahrescongress in Brüssel ab. Genosse Deman verfocht die Idee eines Soldatenstrikes im Fall eines äusseren Krieges; ihn unterstützte Chapelle, der den Doctri-

narismus soweit trieb, zu erklären: »Wenn selbst die Russen mein Land angriffen, so würde ich lieber mit ihnen fraternisieren, als die Waffen gegen die russischen Brüder führen.« Diesem kindlichen *Radicalismus*, der darauf hinausläuft, die politisch vorge-schrittenen Nationen entwaffnet dem Czarentum zu Füßen zu legen, traten die Genossen Fischer, Troclet und Vandervelde mit sehr triftigen Gründen entgegen. Fischer wies auf das Beispiel der deutschen Socialdemokratie hin, die mit Recht keine Lust zeige, durch eine Massendesertion Deutschland den Kosaken in die Hände zu spielen. Vandervelde erklärte es vom internationalen Stand-punct für verwerflich, der russischen Despotie die grundlegenden Bedingungen der Ent-wicklung zum Socialismus preiszugeben, nämlich das constitutionelle Regime, das allgemeine Wahlrecht und die elementaren Freiheitsrechte. Und Fischer fügte hinzu: »Ich bin überzeugt, dass die russischen Socialisten, die übrigens hier vertreten sind, die ersten wären, unsere belgischen Freiheiten gegen ihre heimische Autokratie zu verteidigen.« Der Antrag Deman wurde abgelehnt und ein Antrag Troclet angenommen, wonach der Congress erklärt, in der Kriegsfrage rückhaltlos an den bisherigen Beschlüssen der internationalen Congresses festhalten zu wollen, was bekanntlich einer Ablehnung des Soldatenstrikes gleichkommt.

\*

Die polnische Socialdemokratie in Oesterreich ist mit zunehmendem Erfolge bestrebt, den bisher dem christlichsocialen Demagogen Pater Stojalowski Heerfolge leistenden Teil des Landvolkes für sich zu gewinnen. Gerade aus der Hochburg Stojalowskis, dem mit erzherzoglichen Latifundien ausgiebig gesegneten Bezirk Zywiec in der Südwestecke Galiziens, kommen in letzter Zeit immer erfreulichere Nachrichten. So fand am 29. Mai in Zablocie, hart bei der Stadt Zywiec, zum erstenmal eine socialistische Volksversammlung statt, an welcher zahlreiche bisherige Anhänger Stojalowskis teilnahmen. Einmütig wurde der Socialdemokrat Packan zum Vorsitzenden gewählt; als Referent fungierte Genosse Kaczanowski, Mitglied der Redaction des *Naprzód*. Die Versammlung erteilte Stojalowski und den vier Reichsratsabgeordneten seiner Richtung, die auf sein Anstiften dem *Polenclub* beigetreten sind, ein Misstrauensvotum, sprach dagegen der Socialdemokratie ihr Vertrauen aus. Gegen diese Beschlüsse stimmte niemand, die wenigen Getreuen Stojalowskis enthielten sich der Stimme.

Andrerseits ist die Partei auch bemüht, die Agitation unter dem in den Städten Galiziens so zahlreichen jüdischen Proletariat möglichst wirksam zu gestalten. Kürzlich wurde innerhalb der Partei eine besondere jüdische Agitationscommission gebildet; an ihrer Spitze steht Genosse Dr. Diamand in Lemberg, Redacteur der *Jüdischen Volkszeitung*.

\*

Die socialistische Parlamentsfraction Italiens hat gegen den von der Regierung in Aussicht genommenen Czarenempfang zu Rom einen kräftigen Protest eingelegt. Namens der Fraction gab Abgeordneter Morgari eine Erklärung ab, in der es heisst: Anlässlich des Besuchs constitutioneller Monarchen hätten sich die Socialisten jeder freundlichen oder feindlichen Kundgebung enthalten; sie könnten aber unmöglich dasselbe Verhalten dem russischen Czaren gegenüber beobachten, der seinem Volke bis heute keine Verfassung gewährt habe. Ferner stellte Genosse Morgari fest, dass dem bevorstehenden Czarenbesuch zuliebe schon jetzt in Italien zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden.

\*

Die behördlich veranstaltete **Judenhetze von Kischenew** entpuppt sich immer un-zweifelhafter als ein blosser Einzelfall der neuesten zarischen Regierungsmaxime: durch Anzettelung von Judenhetzen der Actionslust der geistig unreifsten, aber auch beweglichsten Volksschichten, die sich so leicht für revolutionäre Schlagworte entflammen könnten, ein für den Absolutismus unschädliches Ventil zu öffnen und gleichzeitig durch Entfachung des Rassenhasses zwischen Christen und Juden die socialistische Bewegung zu lähmen. In dem gottverlassenen Provinznest Kischenew ist der Plan geglückt, obwohl selbst dort die einheimische rumänische Bevölkerung sich passiv verhielt und das Plündern, Morden und Brüsteabschneiden den eingewanderten Russen überliess, in Kiew, in Bialystok und in Wilna ist es bei der blossen Drohung geblieben, in Warschau scheint ein Versuch der Polizei, die polnischen Fabrikarbeiter gegen die Juden aufzuhetzen, von vornherein an der socialistischen Aufklärung der Arbeiter gescheitert zu sein. Ueber den Kiewer Fall berichtet die *Revolucjonnaja Rossija*: Kurz vor dem 1. Mai berief der Oberpolizeimeister den Rabbiner zu sich und bedeutete ihm, wenn an der geplanten Maidemonstration auch nur ein einziger jüdischer Arbeiter teilnehme, so stehe er nicht dafür gut, das keine Judenhetze:

ausbreche; im entgegengesetzten Fall aber verbürge er sich für die Sicherheit der Juden! Ueber den Wilnaer Fall wird dem *Naprzód* geschrieben: Kurz vor dem 1. Mai hat der Generalgouverneur im Privatgespräch geäußert, wenn die Arbeiter eine Maidemonstration veranstalten sollten, werde er fünfundzwanzig speciell zu diesem Zweck gemietete Knüppelhelden auf sie loslassen und das Signal zu einer Judenhetze geben!

Überall dort innerhalb der socialistischen Welt, wo man den Kämpfen im Czarenreich einigermassen Verständnis entgegenbringt, hat die Kischenewer-Frauen- und Kinderabschlachtung von Amts wegen zu energischen Protesten Anlass gegeben; so in Krakau und Lemberg, in Wien und Paris. Ferner ist hier die bekannte Kundgebung des Brüsseler internationalen Bureaus zu erwähnen.

Der erste Socialistencongress Japans fand am 5. und 6. April in der Fabrikstadt Osaka statt. Es wurden Referate gehalten über die kommende Partei (Referent Genosse Katayama, Redacteur des *Socialist*) die Geschichte der socialistischen Ideen in Japan, Municipalsocialismus, Taktik und Agitation. An den Discussionen beteiligte sich auch ein österreichischer Genosse, Dr. G. Eckstein aus Wien; ihm wurden Grüsse an die österreichische und deutsche Socialdemokratie aufgetragen.

**Kurze Chronik.** Die neue Wochenschrift wird nicht, wie in voriger Rundschau berichtet, im Juli, sondern erst im Herbst zu erscheinen beginnen. — Der Landesverband der deutschen und österreichisch-ungarischen Socialdemokraten in der Schweiz zählt derzeit etwas über 2500 Mitglieder; die Bibliotheken der einzelnen Sectionen enthalten zusammen an 10000 Bände. — In Czernowitz fand eine Conference socialistischer Akademiker aus der Bukowina statt; unter anderem wurde beschlossen, die Redaction der *Socialistischen Monatshefte* um Wiederbelebung des *Socialistischen Studenten* zu ersuchen.

Ladislav Gumpłowicz.

### Gewerkschaftsbewegung

Die Fortschritte der deutschen Gewerkschaften im verflossenen Kalenderjahr treten immer sinnenfälliger hervor. Von 61 der *Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands* angeschlossenen Verbänden liegen uns aus 50 die Schlussabrechnungen für das Jahr 1902 vor. Sie weisen eine Gesamtmitgliederzahl von 727709

auf, während 47 dieser Organisationen — 3 schlossen sich der *Generalcommission* erst im Berichtsjahre an — im Jahre 1901 erst 646569 Mitglieder zählten. Die Zunahme beträgt also bereits 81149 Mitglieder. Dazu sei bemerkt, dass die Ziffer des Jahres 1902 die Schlussziffern des 4. Quartals derselben, die des Jahres 1901 aber solche des Jahresdurchschnitts sind. Da in zahlreichen Organisationen erfahrungsgemäss die Jahresschlussziffern tiefer stehen, als die des Jahresdurchschnitts, so dürfte die Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1902 eher ein weiteres Steigen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften ergeben. Von den 47 Organisationen mit vergleichbaren Ziffern weisen 33 eine Zunahme und 14 eine Abnahme auf, während die 3 neugeschlossenen Organisationen, die Civilberufsmusiker, die elsass-lothringischen Buchdrucker und die Notenstecher, den deutschen Gewerkschaften 1624 Mitglieder zuführten. Von 11 Gewerkschaften stehen zur Zeit die Schlussabrechnungen aus; auch bei ihnen werden die Zunahmen den bei einigen Organisationen zweifellos eingetretenen Rückgang überwiegen, da mehrere dieser Gewerkschaften, wie die Hafearbeiter, Maschinisten und Heizer, Müller und Cigarrensortierer sich im Jahre 1902 sehr günstig entwickelt haben. Da auch fast allgemein über die Finanzverhältnisse in günstigem Sinne berichtet wird, so kann man mit den Ergebnissen des Jahres 1902 in organisatorischer Hinsicht wohl zufrieden sein. Diese Entwicklung beweist, dass die Gewerkschaften heute, dank ihrer inneren Festigkeit, dank der Ausgestaltung ihrer Verwaltungseinrichtungen und dem Ausbau ihres Unterstützungswesens im stande sind, auch die schwerste Wirtschaftskrise zu überdauern und kurze, vorübergehende Verluste rasch wieder auszugleichen. Freilich sind nicht alle Gewerkschaften in der glücklichen Lage, über ein solches Wachstum berichten zu können. Einzelne Verbände weisen ganz ansehnliche Verluste auf, wofür die Schuld auf unglückliche Strikes, innere Streitigkeiten, mangelhafte Organisation und anderes mehr sich zurückführen lässt. So bedauerlich solche Tatsachen auch sind und so wenig man vor ihnen die Augen verschliessen darf, so muss man sie doch als Organisationskrisen betrachten, die nur von innen heraus durch kraftvolle Entwicklung eines neuen organischen Lebens überwunden werden können. Jedenfalls bringt der wirtschaftliche Niedergang für alle Gewerkschaften eine Fülle von Lehren und

Erfahrungen, deren Berücksichtigung zum Nutzen der Organisation dienen muss, vor allem auf dem Gebiete der Lohnbewegungen, das gerade gegenwärtig aufmerksame Beobachtung verdient.

In letzter Zeit haben die Arbeitgeberverbände gegen die Gewerkschaften ein regelrechtes Kreuzfeuer von **Massenaussperrungen** geführt, dessen Kampfesziel ganz offensichtlich die Lahmlegung der Gewerkschaften war. In der westfälischen Kleineisenindustrie zu Iserlohn fiel der erste Schuss. Dort hatte der Metallarbeiterverband gegenüber den lokalen Industrie-arbeitervereinen bedeutend an Boden gewonnen, und der Uebertritt der letzteren zu ersterm wurde bereits als bevorstehende Tatsache betrachtet. Dagegen spielte der Fabrikantenverein das verzweifelte Mittel der Massenaussperrung aus; ein kleiner Sympathiestrike wegen zweier Massregelungen bot ihm willkommenen Anlass und 4200 Arbeiter wurden gekündigt. Trotzdem wäre vielleicht die Aussperrung dank den Einigungsbemühungen der Arbeiter noch vermieden worden, wenn nicht der Fabrikantenverein von Abgesandten der Berliner Metallindustriellen *scharf gemacht* worden wäre. Die Iserlohner Industrie stand mit den Berliner Fabriken der gleichen Branche seit jeher in scharfem Wettbewerb, weshalb den Berliner Herren ein monatelanger Kampf in Iserlohn sicher gelegen sein musste. Die Aussperrung dauerte 8 Wochen; die Opferwilligkeit der deutschen Arbeiter, insbesondere der Metallarbeiter, ermöglichte den Ausgesperrten ihren Widerstand, bis die Fabrikanten einem leidlichen Frieden zustimmten. Ihre Absicht, die Organisation zu zerstören, ist ihnen nicht gelungen; der Kampf hat die vergewaltigten Arbeiter vielmehr fester, denn je, an den Metallarbeiterverband gekettet.

Ganz ähnlich verlief der sechswöchige Kampf in Pirmasens, wo die Schuhfabrikanten, der Gewerkschaften überdrüssig, aus Anlass zweier Lohndifferenzen 6000 Arbeiter aufs Pflaster warfen. Der Gewaltakt war um so ungeheuerlicher, als die Arbeiter in ihrem Widerstand gegen wiederholte Lohnabzüge völlig im Rechte waren. Nachdem die Fabrikanten zunächst alle Einigungsverhandlungen und Vermittlungsversuche der städtischen und königlichen Behörden brüsk abgewiesen hatten und sich auf ihr steifes Rückgrat nicht wenig zu gute taten, sahen sie sich schliesslich doch zu recht ansehnlichen Zugeständnissen an die Ausgesperrten gedrängt.

Ein besonders schlimmer Wetterwinkel war der Unterweserbeizirk, wo der Wind aus den vollen Backen des *Norddeutschen Lloyd* blies. Diese Millionenfirma hatte schon im Februar eine Differenz mit ihren durch den Zwischenmeister Hirsch beschäftigten Arbeitern wegen einer Massregelung gehabt und damals für den Augenblick nachgegeben. Aber grosse Herren lassen nicht ungestraft mit sich spielen; Wenige Wochen später erfolgten Massregelungen auf Massregelungen zu dem offenbaren Zweck, den Hafenarbeiterverband zum Strike zu provocieren und dann im *Lloyd*gebiet gründlich mit dieser Organisation aufzuräumen. Es entstand ein ganz eigenartiges Schauspiel: der *Lloyd* vergriff sich sogar an den Mitgliedsbüchern seiner Arbeiter, während der Verband unausgesetzt zur Ruhe und Besonnenheit mahnte und trotz der Massregel des Strike glücklich vermied. Der Versuch des *Lloyd*, durch Einführung einer Pensionskasse, aus der Verbandsmitglieder ausgeschlossen sein sollten, die Organisierten los zu werden, schlug fehl, und der Verband blieb ihm trotzdem auf den Fersen. Dafür vollzog er auf Anregung der *Scharfmacher* des *Lloyd* neugegründete Arbeitgeberverband für die Unterweserorte das *Rachewerk*, indem er Aussperrung über Aussperrung decretierte. Seinen eigenen Betrieb wusste der *Lloyd* freizuhalten; es wurden die Eisenindustriellen der Werften ins Vordertreffen geschickt. Hier war es schon in früheren Jahren zu Aussperrungen gekommen, die sich an die Namen *Vulcan* und *Seebeck'sche Werft* knüpfen. Noch im Februar dieses Jahres hatte der *Vulcan* 500 Arbeiter ausgesperrt, weil sie verbotswidrig an der Beerdigung eines verunglückten Cameraden teilgenommen hatten, und die Aussperrung weiterer 2600 angedroht. Unter dem Eindrucke der öffentlichen Kritik wurde damals die Massregel rückgängig gemacht. Jetzt aber warf die Tecklenburgsche Werft 1600 Arbeiter aufs Pflaster, weil Accordstreitigkeiten bei den Schiffszimmerern ausgebrochen waren, deren wegen der Werftarbeiterverband vor Zuzug warnte. Ein Gleiches tat die *Vulcan*werft mit 2000 Arbeitern wegen Accordifferenzen der Nieter, und zugleich drohten die Werften mit Massenaussperrungen, so dass bereits mit 12 000 Opfern der Unternehmerwillkür gerechnet werden konnte. Dem vereinten Eingreifen der Vorstände der Holz-, Metall- und Werftarbeiterverbände gelang es, eine Einigung und Aufhebung der Massnahmen herbeizuführen. Noch aber war die Erbitterung über diese Gewaltacte nicht ver-

gessen, als der Bremer Arbeitgeberverband für das Baugewerbeanlässlich eines Klempnerausstandes die Aussperrung von circa 4200 Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern verfügte, um diese zu zwingen, die Klempner zur Aufhebung ihres Strikes zu veranlassen. Der eigentliche Grund dieses Vorgehens dürfte jedenfalls der Bruch des bis zum 1. April 1904 reichenden Tarifvertrages gewesen sein. Charakteristisch war, dass die Bremer Baugewerksmeister trotz ihres tarifbrüchigen Vorgehens fest darauf rechneten, von den Gemeindeböden hinsichtlich der Lieferungsverträge jeden Aufschub zu erlangen. Die Aussperrung war ein Schlag ins Wasser, denn die Klempner beendigten ihren Strike mit ganz erheblichem Erfolg.

Ausser diesen vorgeschilderten Kämpfen kamen noch Massenaussperrungen in Dresden und Mainz, beide im Baugewerbe, vor. In Dresden beantwortete der Bauarbeiterverband die Sperre gegen einen tarifbrüchigen Unternehmer mit der Ausschliessung von 700 Arbeitern; der Kampf endete durch

Vermittelung des Magistrats erfolgreich für die Arbeiter. In Mainz spernte das Unternehmertum 1000 Arbeiter der Baugewerbe aus, weil diese sich keinen fünfjährigen Vertrag mit Accordeinführung wollten aufzwingen lassen. Dieser Kampf ist noch nicht beendet. Viel von sich reden machte noch der Bromberger Maurerstrike, der infolge starken Zuzuges von Arbeitswilligen scheiterte und von der Organisation aufgehoben wurde, von den Unternehmern aber vorläufig unter dem Vorgeben, ohne Vertrag niemanden einstellen zu wollen, als Aussperrung weiter geführt wird. Eine Androhung, 10% der thüringischen Porcellanarbeiter aussperren zu lassen, leisteten sich auch die Eisenberger Porcellanindustriellen. In Frankfurt a. M. wurde eine Aussperrung der Tischler durch verstäändiges Eingreifen der Organisation und Einsetzung einer Schlichtungscommission glücklich vermieden.

Alle diese Vorgänge beweisen, dass die Unternehmerorganisationen den Zeitpunkt für gekommen erachteten, gegen die Gewerkschaften vereint Sturm zu laufen. Ihre Taktik, dieselben durch Massenaussperrungen zu untergraben, die Verbandsassen weiszubluten und schliesslich die Arbeiter durch Wohlfahrtscassen zu ködern, liegt handgreiflich zu Tage; es ist die bekannte Taktik des Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverbandes, die verhindern soll, dass die noch in Arbeit befindlichen Berufsgenossen ihre Kollegen unterstützen. Diese Taktik ist in ihrer nackten Brutalität wie keine andere geeignet,

die Arbeiterschaft daran zu erinnern, dass alle Lohnkämpfe im innersten Grunde Classenkämpfe sind. Sie muss das Solidaritätsempfinden der ganzen Arbeiterclassen für die Opfer dieser Willkür aufs höchste anspornen; sie wirkt aber auch in der Richtung der Concentration der Gewerkschaften durch Aufgehen der kleinen Branchenverbände in die grossen Industrieverbände. Die glänzende Entwicklung des Metallarbeiterverbandes, der von 1897 bis 1902 seine Mitgliederzahl mehr als verdoppelt hat, ist zum nicht geringsten Teil der Erfolg dieser Taktik der Eisen- und Metallindustriellen, und die Ernte des Jahres 1903 berechtigt infolge der Aussperrungen in Iserlohn und an der Unterweser zu den kühnsten Hoffnungen.

Die Maifeier stand in diesem Jahre unter der Doppelwirkung der Wirtschaftskrisis und der Reichstagswahlen. Die erstere legte den Gewerkschaften die Pflicht auf, nach Möglichkeit ernstere Conflictte zu vermeiden; für die Wahlen dagegen bot die Maidemonstration das denkbar beste Agitationsfeld. In der agitatorischen Wirkung liegt aber heute und für absehbare Zeit die Hauptkraft der Maidemonstration. Durchaus mit Recht schrieb das *Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands*: »Der anfängliche Enthusiasmus hat nüchternen Erwägungen Platz gemacht . . . der Traum ist verfliegen, dass es nur des Stillsetzens der Räder bedarf, um der herrschenden Classe Zugeständnisse abzuwingen. Dementsprechend muss die Propaganda mehr die organisatorische Schulung als das Gefühl pflegen; sie muss es den Massen zum Bewusstsein bringen, dass der Achtstundentag nicht als Geschenk des Bundesrats beglückend auf das Volk hernieder schwebt, sondern dass er mühsam erkämpft werden muss, dass das Gesetz kaum mehr als die Sanction des durch den gewerkschaftlichen Kampf errungenen Zustandes bringen wird.« Trotz des unheildrohenden Auftretens der Unternehmer waren in zahlreichen deutschen Städten, die während der Arbeitszeit veranstalteten Demonstrationen weit zahlreicher besucht, als im Vorjahre, so in Berlin von 60 000 (gegen 40 000 im Vorjahre 1902) Teilnehmern und in seiner näheren Umgebung von 15 000 (gegen 12 000) Personen. Ähnlich war das Verhältnis in den meisten übrigen grösseren Städten. Nicht wenig mag zu dieser lebhafteren Beteiligung der Umstand beigetragen haben, dass die Reichstagscandidates es sich an diesem Tage nicht nehmen liessen, selbst vor den Arbeitern

zu sprechen. Die Maifeier stand eben diesmal, wie das nicht anders sein konnte, im Zeichen des Wahlkampfes.

Im Monat Mai hielten einige deutsche Gewerkschaften ihre **Verbandstage** ab. Unter dem unmittelbaren Eindrucke der Werftarbeiteraussperrungen tagten die Werftarbeiter am 10. Mai in Vegesack. Sie beauftragten den Vorstand, in Ausgleichsverhandlungen mit dem Verband der Schiffszimmerer zu treten und beschlossen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit Erhöhung des Wochenbeitrags von 20 auf 30 Pf. und ein 14 tägiges Erscheinen des Verbandsorgans in grösserem Format. — Am 18. Mai tagte der Verband der Bäcker in Dresden, der insbesondere den anlässlich des Genossenschaftstages anwesenden Vertretern von Consumvereinen Gelegenheit bot, den recht lehrreichen Verhandlungen über das Verhältnis der organisierten Bäckereiarbeiter zu den Consum- und Productivgenossenschaften beizuwohnen (vergl. auch die Rubrik *Genossenschaftsbewegung*, pag. 548).

Die am letzten des Monats begonnenen Verbandstage der Bergarbeiter und Glasarbeiter sowie der Lagerhalter gehören schon mehr zum Monat Juni. Von ihnen führte der erstere in Zwickau die Arbeitslosenunterstützung mit einem wöchentlichen Beitrag von 20 Pf. (bisher monatlich 70 Pf.) ein.

**Kurze Chronik.** Die Jahresconferenz der holländischen Gewerkschaftsorganisationen hat insofern die Lehren aus dem verunglückten Generalstrike gezogen, als beschlossen wurde, den der Landescentrale der Gewerkschaften noch nicht angehörenden Verbänden durch Statutenänderung der selben den Anschluss zu erleichtern. — In Oesterreich wurde auf der Reichsconferenz der Bergarbeiterorganisationen zu Thurn ein Reichsverband gegründet, der seit dem Riesenkampf um den Neunstundentag energisch vorbereitet worden war. Leider stehen die Bergarbeiter nicht mehr in der damaligen Zahl zusammen; von 13 000 in diversen Vereinen Organisierten sind kaum noch 8400 vorhanden, die der Reichsunion durch ihre Vertreter zustimmten. Die neue Union hat ihren Sitz in Turm bei Teplitz; sie erhebt 30 h Wochenbeitrag und gewährt Reise- und Arbeitslosenunterstützung, sowie Krankengeldzuschuss. — Der Congress der schottischen Gewerkschaften in Ayr, von dem die Tagespresse berichtete, war wohl mehr eine Regionalconferenz; sie repräsentierte 140 000 Gewerkschaftsmitglieder und

und befasste sich hauptsächlich mit der durch die *Taff Vale*- und *Denaby*-Streitfälle geschaffenen Rechtslage der britischen Gewerkschaften; ihre Beschlüsse klangen aus in dem Verlangen nach einer politischen Action der Arbeiterclassen. *Paul Umbreit.*

### **Genossenschaftsbewegung**

Die Constituierung des *Centralverbandes deutscher Consumvereine*, wie sein Name (anstatt *Gesamtverband*) nach den Beschlüssen des Verbandstages lauten soll, hat nun am 17. und 18. Mai im schönen Elbflorenz stattgefunden. Eine imposante Versammlung, bestehend aus 621 Delegierten von 302 deutschen Consum und Productivgenossenschaften hob ihn aus der Taufe. Als Zeugen waren anwesend eine grosse Anzahl Vertreter der genossenschaftlichen Organisationen von England, Dänemark, Oesterreich, Holland, Italien und der Schweiz sowie ein von der sächsischen Regierung entsandter Vertreter der Staatsgewalt. Die Reichsregierung hatte sich mit *Rücksicht auf die Lage der Dienstgeschäfte* entschuldigen lassen; auch die Stadt Dresden war nicht vertreten.

Den Eingang bildeten die Begrüßungsreden der ausländischen Delegierten, unter denen besonders der Bericht des Geschäftsführers der dänischen Grosseinkaufsgesellschaft über das dänische landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Interesse erregte. Circa 200 000 kleine Bauern, die ausgestattet auch mit einer schon allgemeinen Bildung ihre Wirtschaften in der rationellsten Weise betreiben, sind dort in 1083 Molkerei-, Schlächtere- und Eilverwertungs-genossenschaften organisiert, die im Vorjahre bereits für 178 Mill. kr Producte herstellten oder vermittelten. Und diese Bauern sind Gegner jedes Zollschatzes.

In seinem ausführlichen Referat über den Stand der deutschen Consum- zum Anschluss an den neuen Central-Genossenschaftsbewegung teilte sodann der Schriftleiter der *Grosseinkaufsgesellschaft* Heinrich Kauffmann mit, dass sich bis jetzt 7 Revisionsverbände mit 585 Vereinen zum Anschluss an den neuen *Centralverband* bereit erklärt haben. 490 dieser Vereine zählen nach einer provisorischen Aufstellung 439 858 Mitglieder; sie haben ein Capital von 13 391 028 M., einen Jahresumsatz von 103 455 615 M. und einen Reingewinn von 11 889 123 M. Dem *Allgemeinen Verband* verblieben nur circa 100 Vereine mit 200 000 Mitgliedern und 22 Mill. M. Umsatz. Die Gesamtzahl der deutschen Consumvereine schätzte der Re-



ferent auf rund 2000 mit 1 Million Mitgliedern und vielleicht 250 Mill. M. Umsatz.

Aus den Verhandlungen des Congresses sei hier nur zusammenfassend mitgeteilt, dass der von der Commission vorgelegte Statutenentwurf ohne wesentliche Aenderungen zur Annahme gelangte. Der Verband wird demnach gebildet werden aus den Consum- und Productivgenossenschaften, den Revisionsverbänden der Consumvereine und der *Grosseinkaufsgesellschaft*. Er wird geleitet von einem dreiköpfigen Vorstand, dessen einzelne Glieder alle drei Jahre neu gewählt werden, und einem Ausschusse, der sich aus den Directoren der Revisionsverbände, dem Vertreter der *Grosseinkaufsgesellschaft* und drei vom Genossenschaftstag alljährlich zu wählenden Mitgliedern zusammensetzt. Die laufenden Geschäfte: Auskunftserteilung, Rechnungswesen etc., werden von einem Verbandssecretariat erledigt. Der Genossenschaftstag, als oberste Instanz, tritt alljährlich zusammen.

Eine lebhaftere, zum Teil erregte Debatte knüpfte sich nur an die Frage der Zusammensetzung des Ausschusses. Es war von einigen Delegierten beantragt worden, die Wahl der vom Genossenschaftstag zu wählenden Vertreter in Wahrung des demokratischen Princips auf die gleiche Höhe der Anzahl der Verbandsdirectoren zu bringen. Doch fand dieser Antrag, mit dessen Besprechung noch überflüssigerweise eine Akademikerdebatte verquickt wurde, leider keine Majorität in der Versammlung.

In den Ausschuss wurden die Herren Poppig-Schedewitz, Professor Staudinger-Darmstadt und von Elm-Hamburg gewählt, in den Vorstand nach Vorschlag des Ausschusses die Herren Radestock-Dresden, Barth-München und Schmidthen-Harburg.

Das Organ des Verbandes wird der bisherige *Wochenbericht der Grosseinkaufsgesellschaft* sein, der zugleich Organ dieser Gesellschaft bleibt, aber mitsamt der Schriftleitung in den Besitz des *Centralverbandes* übergeht und dann den Titel *Consumgenossenschaftliche Rundschau* führen wird. Der Redacteur Heinrich Kauffmann ist zugleich als Leiter des Secretariats bestimmt worden.

Eine von Katzenstein-Berlin eingebrachte Resolution, in der die ausschliesslich wirtschaftlichen Ziele der Consumvereine betont werden und von den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften vollste Neutralität gegenüber dieser Bewegung gefordert wird, fand einstimmige Annahme.

Die *moderne* Genossenschaftsbewegung darf mit Recht stolz sein auf den Verlauf

dieses ihres ersten Tages, auf die Anhängerschar, die sich beim ersten Appell um ihre Fahnen gesammelt, und auf die Position, die sie beim ersten Ansturm errungen hat.

\*

An den constituierenden Verbandstag schloss sich die 9. ordentliche *Generalversammlung der Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine*, die von 134 Vereinen besichtigt war. Wir haben die hauptsächlichsten Zahlen und Mitteilungen aus dem Geschäftsberichte der Gesellschaft bereits in voriger Rundschau wiedergegeben. Die Jahresrechnung wurde einstimmig genehmigt und die Verteilung des Reingewinnes entsprechend dem Vorschlage der Geschäftsleitung beschlossen. Es werden demnach von dem 92 233 M. betragenden Reingewinn 16 241 M. zur Verzinsung der Fonds und des eingezahlten Capitals verwandt, 7599 M. dem Reservefonds überwiesen, 11 399 M. als Tantième an die Geschäftsführer und den Aufsichtsrat gegeben und 56 994 M. als 3 procentige Umsatzdividende verteilt.

Die Erteilung der Procura an den Cassierer Herrn Stoer, und die Neu- respective Wiederwahlen für den Aufsichtsrat wurden glatt erledigt.

Sodann trat die Versammlung in die Beratung des neuen Statutenentwurfs ein, der dem Wachstum der Gesellschaft Rechnung trägt. Das Hauptinteresse concentrirte sich hier auf den berühmten das Stimmrecht betreffenden § 16 (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1903, 1 Bd., pag. 306) bei dem die Geister ziemlich heftig aufeinanderplatzten. Trotz der äusserst geschickten und scharfsinnigen Verteidigung, die der Antrag besonders durch Adolph von Elm, den Berichtersteller der Commission, und durch einige andere Delegierte fand, fiel er einer meines Erachtens irrigen Auffassung der Demokratie zum Opfer. Es bleibt also beim alten Modus, der jedem Verein 1 Stimme gibt. Die Beitragspflicht wurde entsprechend dem Antrage Braunschweig auf 1 M. pro Mitglied — das heisst ein Anteil à 500 M. auf je 500 Mitglieder — ohne Beschränkung nach oben festgelegt.

Die in dem Entwurfe festgesetzte Vergütung an den Aufsichtsrat in der Höhe von 500 M. pro Mitglied wurde nach längerer Debatte unter Ablehnung aller eine niedrigere Vergütung vorsehenden Anträge ganz gestrichen. Dafür wurden die Tagegelder auf 15 M. und die Entschädigung für etwa entgangenen Arbeitsverdienst auf 8 M. pro Tag erhöht.

Ein schöner Geist sprach aus den Beschlüssen, betreffend die Reingewinnverteilung. Die Versammlung ging noch über den Antrag der Commission hinaus, der 25% des Reingewinns den verschiedenen Reservefonds zuweisen wollte, und beschloss, jedesmal 40% zur Stärkung des Genossenschaftsvermögens zurückzulegen. Diese Massregel in Verbindung mit der gegen früher besonders für die grösseren Vereine wesentlich erhöhten Beitragspflicht wird dazu beitragen, möglichst bald die finanziellen Vorbedingungen zu schaffen, die der Geschäftsführer Scherling mit Recht als unerlässlich für die Inangriffnahme der so viel gewünschten Eigenproduction bezeichnete.

Der Gesamtentwurf wurde mit diesen und einigen anderen, unwesentlichen Aenderungen einstimmig angenommen.

Die wie gewöhnlich mit der Generalversammlung verbundene Warenausstellung war diesmal von 129 Ausstellern besetzt. Am reichhaltigsten war die Abteilung der *Grosseinkaufsgesellschaft* selbst; aber auch manche Privataussteller hatten umfangreiche und geschmackvolle, zum Teil sogar künstlerische Arrangements getroffen.

Nach Schluss der Verhandlungen vereinigte noch ein Ausflug auf die Bastei die Delegierten zu fröhlicher Geselligkeit, dem am nächsten Tage eine Besichtigung der gewaltigen noch im Bau begriffenen neuen Anlagen des Dresdener Consumvereins *Vorwärts* folgte. Man trennte sich mit dem Bewusstsein, dass die Dresdener Tage von historischer Bedeutung für die deutsche Genossenschaftsbewegung sein werden, dass von ihnen eine neue Epoche zielbewusster Arbeit und siegreichen Vorwärtsschreitens datieren wird.

Die Organisation der Bäckergehilfen hat in jüngster Zeit bei den in consum- und productivgenossenschaftlichen Bäckereien beschäftigten Arbeitern Erhebungen über Art und Umfang des Betriebs sowie über die Arbeitsbedingungen bei der *genossenschaftlichen Brotproduction* gemacht. Die interessanten Ergebnisse der Umfrage, auf die aus 42 Betrieben Antworten eingetroffen sind, finden sich zusammengestellt in einem bei Fr. Meyer in Hamburg-Eilbeck unter dem Titel *Die genossenschaftliche Brotproduction* erschienenen Schriftchen. Wir wollen aus demselben hier nur die eine Tatsache hervorheben, dass von den beschäftigten Bäckern nahezu die Hälfte, nämlich 340, die 8 stündige Arbeitsschicht haben, während 33 noch 9 Stunden, 97

10 Stunden, 61 11 Stunden, 133 12 Stunden, 3 14 Stunden und 6 15 bis 17 Stunden täglich arbeiten müssen.

Auch die vom 18. bis zum 23. Mai in Dresden abgehaltene Generalversammlung des Bäckerverbandes beschäftigte sich nachhaltig mit dem genossenschaftlichen Arbeitsverhältnis, das im allgemeinen als ein gutes bezeichnet wurde. Die Versammlung war sich darüber einig, dass es wünschenswert sei, dass die Arbeitsverträge mit den Consumvereinen auf der Grundlage tariflicher Vereinbarungen abgeschlossen werden. Dem Vorstand wurde daher die Aufgabe zugewiesen, unter Hinzuziehung geeigneter Personen aus den grösseren Städten einen solchen Grundtarif aufzustellen.

Am 1. Juni endlich trat die diesjährige Generalversammlung des *Verbandes deutscher Lagerhalter* in Dresden zusammen. Der Vorsitzende Poetzsch teilte in seinem Jahresbericht mit, dass sich die im Vorjahre beschlossene Anstellung eines besoldeten Beamten angesichts der steigenden Arbeiten als nützlich und nötig erwiesen habe. Der Verband zählt heute über 1000 Mitglieder. Eine von Poetzsch vorgeschlagene Resolution, die den Vorstand beauftragt, mit dem neugegründeten Consumvereinsverband zwecks Errichtung von Schiedsgerichten in Verhandlungen zu treten, und die zugleich gewisse Grundsätze für dieselben vorschlägt, wurde einstimmig angenommen.

Die von dem Verband der Handels- und Transportarbeiter und dessen Organ gegen den Lagerhalterverband geschleuderten Angriffe wurden als unwahr mit lebhafter Entrüstung zurückgewiesen.

Bezüglich des Verbandsorgans, der *Monatsblätter*, wurde beschlossen, dass dasselbe ab 1. Januar 1904 monatlich zweimal erscheinen solle. Einige Anträge forderten die Schaffung von Unterstützungseinrichtungen für in Not geratene Mitglieder, sowie die Witwen und Waisen derselben. Sie wurden dem Vorstande überwiesen. Eine Resolution, die zur Durchführung vollständiger Sonntagsruhe im Handelsgewerbe das gesetzliche Verbot der Lohnzahlung am Sonnabend oder Sonntag fordert, fand einstimmige Annahme.

Der neue Statutenentwurf wurde nach eingehender Beratung gleichfalls einstimmig angenommen.

Wir teilten bereits in letzter Rundschau kurz mit, dass die *Grosseinkaufsgesellschaft* als Festgabe zur Errichtung des neuen

Genossenschaftsverbandes unter dem Titel *Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach* eine Broschüre von Professor Fr. Staudinger herausgegeben hat. Der Verfasser der 78 Seiten starken Schrift versucht die Kreuzbacher Ereignisse und was ihnen vorausging, aus den Wesensunterschieden und tiefen immanenten Gegensätzen zwischen den verschiedenen Genossenschaftsarten, insbesondere den Consumvereinen und den Creditvereinen heraus zu erklären, Gegensätzen, die zu Zeiten Schulze-Delitzsch' »noch friedlich in einer Wiege zusammenschlummerten« und daher von diesem Vorkämpfer der Genossenschaftsidee vollkommen übersehen werden konnten, die aber dann durch eine vierteljahrhundertjährige Entwicklung entfaltet und den Beteiligten zum Bewusstsein gebracht, schliesslich zur offenen Katastrophe führen mussten. Staudinger weist aber auch nach, dass die profitvernichtende Tendenz der Consumvereine im Gegensatz zu der auf eine Stärkung im Profitkampf hinausführenden Tendenz der Creditgenossenschaften dem wahren Genossenschaftsprincip entspricht, so dass die Creditvereine und der sich auf ihre Seite schlagende Anwalt Dr. Crüger schliesslich gezwungen waren, im Kampf gegen die Consumvereine den Kampf gegen die Genossenschaftsidee selbst und gegen die ehemals von Schulze-Delitzsch ihr zugewiesenen Aufgaben und Ziele zu führen.

Interessant ist auch die Gegenüberstellung Schulzes und Lassalles und die Würdigung ihrer Lehren und ihrer Taktik.

Was der kleinen Schrift einen hohen Wert gibt und ihre Lectüre so anziehend und befriedigend gestaltet, das ist die scharfe, logische Klarheit, mit der sie verfasst ist, und das tiefe, sittliche Rechtsbewusstsein, das aus ihr spricht.

**Kurze Chronik.** Auf dem am 9. und 10. Mai in Löbau abgehaltenen Unterverbandstage der Consumvereine der Lausitz wurde nach heftiger Debatte der Austritt aus dem *Allgemeinen Verband* mit 16 gegen 7 Stimmen abgelehnt; 7 Vereine sind daraufhin aus dem Unterverband ausgetreten. — Der grösste österreichische, der Wiener Consumverein, hatte im letzten Jahre einen Umsatz von 10620450 K. und einen Reingewinn, der ihm die Verteilung einer 6½ procentigen Rückvergütung, das heisst von 608 992 K. gestattet. Er besitzt eine eigene Bäckerei und Kaffeerösterei. — Wie dem *Schweizer Consumverein* geschrieben wird, ist es der zum Zweck des gemeinsamen Einkaufs im Vorjahre in Frankreich

gegründete *Fédération coopérative* nicht gelungen, die verschiedenen französischen Genossenschaftseinrichtungen dauernd zu vereinigen. Neben ihr existieren zur Zeit noch 4 grössere und eine Anzahl kleiner französischer Grosseinkaufsorganisationen. — Die Consumgenossenschaft *L'Emanzipazione* in Genua hat am 1. Mai ein Restaurant eröffnet, dessen Bau 50000 L. gekostet hat; 1200 Personen in 2 Schichten können in dem geräumigen Local ihre wohlfeilen Mahlzeiten einnehmen, für auswärts wohnende und in der Stadt arbeitende Arbeiter eine grosse Erleichterung. — Auf dem am 24. Mai in Zürich abgehaltenen Verbandstage des ostschweizerischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes wurde constatirt, dass die Mitgliederzahl des Verbandes seit dem Vorjahre nicht gewachsen sei, wohl aber der Umsatz der Centralstelle nämlich von 100 auf 422 fr. pro Mitglied, im ganzen um 470 000 fr. Dr. Laur sprach über die schweizerische Civilgesetzgebung. Bemerkenswert war ausserdem noch das Referat des Geschäftsführers Schrämlli über die vom Verband eingerichteten Buchhaltungscourse für Geschäftsführer, Revisoren etc., mit denen schon hübsche Erfolge erzielt sind. *Gertrud David.*

## Diversa

### Aus der Zeit

Von den Sternen, mit denen im vorigen Jahrzehnt die Heidelberger medicinische Facultät ihren Schwestern überstrahlte, ist einer der hellsten erloschen. Die Entwicklungsidee, diese grösste Geistesstat des XIX. Jahrhunderts, hat in **Carl Gegenbaur** einen Vertreter verloren, den man, trotz Haeckel und Weismann, wohl nur neben Darwin selber stellen kann. Die Anatomie der Wirbeltiere war es, die er bis in alle Details hinein evolutionistisch umwälzte und durchgestigte. Dies sein Werk gipfelte in der Lehre vom Bau des Menschen, wie sein *Lehrbuch der Anatomie des Menschen* sie in 2 Bänden zusammenfasste. Es ist Gegenbaur im grössten Sinne classische Leistung: von einer Gedankenschwere und in einem Maestostostilo, wie nur selten ein für den Arzt bestimmtes Buch sie aufweist. Grössere Gesichtspuncte sind für die Lehre vom Menschen wohl niemals aufgestellt worden. Die am meisten wegen ihrer Dürre gefürchteten Gebiete der Anatomie, die Knochen- und Bänderlehre, fanden hier eine Abhandlung, die bis zu den tiefsten Fragen über Bau und Verrichtung und ihre Verbindung zur Entwicklung hinabführte. Niemand,

der dieses Lehrbuch einmal begriffen hatte, ist wieder davon losgekommen; jedes erneute Nachschlagen, jede Information darin bringt heute noch neue Befruchtung. Man müsste immer wieder darauf hinweisen, dass es kein Denken in der Medicin gibt, wenigstens für uns und die nächste Zeit, das nicht auf Gegenbaurs Auffassung der Anatomie zu fussen hätte. Nun ruht er selber auf jenem wunderbaren alten Friedhof am Fusse des Gaisberges, wo so viele der erlesensten Geister zur Natur versammelt sind. Aus der grössten Zeit der Medicin war er hervorgegangen: die Zeit, die ihn scheiden sah, ist kleiner, sie lässt uns gerade in den theoretischen Grundlagen der Heilkunde Stagnation und Verflachung spüren. Freilich, auch dem Besten wird es schwer werden, mit Gegenbaurs Leistung sich zu messen. Ein Buch, wie seine Anatomie, kommt alle paar Jahrhunderte einmal, und glücklich wir, die es in die Wissenschaft vom Menschen hineingeleitet hat, denen das Classische in seiner Actualität zu erleben vergönnt war. *Willy Hellwach.*

### Revue

Seit Mitte Mai erscheint in Wien eine neue Halbmonatsschrift, die *Ruthenische Revue*, die sich die Aufgabe gestellt hat, das deutsche Publicum mit der Geschichte der heutigen Lage und den Bestrebungen des ruthenischen Volkes bekannt zu machen, die civilisierte Welt an diese verschollene, entweder für Russen oder für Polen gehaltene Nation zu erinnern. Dieser Ausgabe genügt bereits die erste Nummer. Der Artikel *An unsere Leser* entwirft das Programm der Zeitschrift, ein Aufsatz von Roman Sembratowycz *Eine vergessene Nation* macht uns mit der Lage der Ruthenen in Russland bekannt, Sergij Podolenco erörtert die Frage der Abstammung und der Benennung der Ruthenen, der bekannte ruthenische Dichter und Gelehrte Dr. Iwan Franko giebt uns die Biographie des grössten ruthenischen Dichters Taras Schewtschenko, Reichsratsabgeordneter Dr. Andreas Kos behandelt die gegenwärtige politische Lage der galizischen Ruthenen, ein vom Schreiber dieser Zeilen verfasster Artikel, betitelt *Nationale Wissenschaft*, bespricht die wissenschaftlichen Fälschungen der polnischen Gelehrten zu gunsten der allpolnischen Idee, zwei Glossen beleuchten die Missbräuche der polnischen Beamten in Galizien gegenüber den Ruthenen, und endlich bieten Erzählungen von Olga Kobylanska eine Probe ruthenischer Literatur.

Was die Richtung der *Ruthenischen Revue* anlangt, so erklären ihre Herausgeber, »sich

von allem nationalen Chauvinismus frei zu fühlen und zu glauben, dass durch Aufrichtigkeit und Objectivität sowohl dem ruthenischen Volke selbst, als auch dem Auslande am besten gedient werde«. Wir haben keine Ursache, an ihren Versicherungen irgend zu zweifeln. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es unter den Ruthenen mehrere Parteien gibt, und da die Gründer und Herausgeber der *Ruthenischen Revue* nur zu einer und zwar zur nationaldemokratischen Partei gehören, so haben wir unsere guten Gründe, anzunehmen, dass sie nicht im stande sein werden, immer und überall — zum Beispiel auch den ruthenischen Socialisten gegenüber — unparteiisch zu bleiben, weshalb die deutsche socialistische Presse sich veranlasst fühlen sollte, den ruthenischen Socialisten öfter die Möglichkeit zu geben, sich über ihre Angelegenheiten vor dem deutschen Publicum zu äussern. *Mychajlo Lozynskij.*

### Notizen

Zu den Schlussätzen des Artikels von Dr. Zofia Daszynska *Zur Sociologie der Arbeitseinstellungen* (*Socialistische Monatshefte*, 1903, I. Bd., pag. 348 ff) möchte ich mir, bei aller Hochachtung vor der Sachkenntnis der Verfasserin, einige Bemerkungen erlauben. Es heisst in dem Artikel: »Vor die vermögenden und energischen Gutsbesitzer tritt die Notwendigkeit einer Aenderung ihrer Wirtschaftsmethoden, der sie gewiss folgen werden.« Ich bin so frei, diese optimistische Erwartung nicht zu teilen. Dieser Notwendigkeit würden die ostgalizischen Junker erst dann Rechnung tragen, wenn sie ihre ökonomische und sociale Machtstellung ausschliesslich ihrer — oft garnicht vorhandenen — landwirtschaftlichen Tüchtigkeit verdanken würden, nicht aber ihren politischen Privilegien. Solange der ostgalizische Junker noch hoffen kann, die ihm gnädig gesinnte Wiener Regierung werde ein allfälliges Deficit in seinem Privatbudget durch erhöhte Schutzzölle und vermehrte Abwälzung der directen Steuern auf Bauern und Städter zu decken suchen; solange er noch Grund hat, zu hoffen, dass ihm im Falle des landwirtschaftlichen Ruins nicht etwa das Armenhaus bevorsteht, sondern ein einträglicher und äusserlich ehrenvoller Posten in einem staatlichen oder landesfürstlichen Bureau; solange er noch hofft, die K. K. Regierung werde ihm, sobald ihm die Bauernbewegung ernstlich unbecquem zu werden anfängt, zur Unterdrückung derselben schliesslich doch noch Infanterie und Cavallerie, Ausnahmezustand und Standrecht

freundwilligst zur Verfügung stellen: so lange werden die ostgalizischen Junker zu einer wesentlichen Verbesserung ihrer Wirtschaftsweise nicht schreiten. Sie werden allenfalls noch einige Mähmaschinen und sonstige arbeitssparende Maschinen anschaffen; aber die hieran naturgemäss zu knüpfende Intensivierung der Betriebsweise werden sie nicht durchführen, schon weil dazu die möglichst ununterbrochene Anwesenheit des Gutsherrn auf seinem Gut erforderlich wäre. Der ostgalizische Junker aber ist grossenteils entweder ein *Absentee* oder von der Neigung beherrscht, es zu werden. Je widerhaarer die Bauern werden, desto mehr wird die *Raubwirtschaft der Pächter* — das heisst der capitalistischen Grosspächter auf beschränkte Frist — überhandnehmen, weil sie für den geärgerten Junker, den es ohnehin längst nach der Grossstadt zieht, der bequemste Ausweg ist. Es besteht somit in der Tat die Gefahr, dass durch Anschaffung von Maschinen ohne gleichzeitige Hebung der Intensitätsstufe der Bewirtschaftung die Nachfrage nach Lohnarbeit sich vermindert. Das Ergebnis der Strikes wäre in diesem Falle: Einkommenserhöhung für eine begrenzte Anzahl beschäftigter Arbeitskräfte, gleichzeitig aber eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosennot. Die von Zofia Daszynska, wie von allen wohlwollenden und einsichtigen Leuten in Galizien herbeigewünschte Industrialisierung würde dem freilich abhelfen; aber sie kann nicht platzgreifen, solange kein innerer Markt von erheblicher Kaufkraft besteht. Ein solcher kann aber nur geschaffen werden durch Umwandlung der besitzlosen Landarbeiter und der auf Lohnarbeit angewiesenen Zwergbauern in unabhängige bäuerliche Selbstwirtschaftler. Dies aber kann nur erzielt werden durch Auskauf des wirtschaftlich sterilen Junkertums. Selbstverständlich wäre vom socialistischen Standpunkt die wünschenswerteste Form, unter welcher dies geschehen könnte, die Ueberführung der privaten Rittergüter und Latifundien in bleibendes öffentliches Eigentum, das in zweckentsprechender Weise — beschränkte, aber fest geregelte Nutzungsrechte der Dorfgemeinden und ihrer Einwohner an den öffentlichen Wäldern, Verpachtung des Weidlandes an Gemeinden oder an einzelne, Zerlegung des Ackerlandes in kleinbäuerliche Parzellen und Uebergabe derselben in gesicherte Dauerpacht an bisher auf Lohnarbeit angewiesene Landleute — für das arbeitende Landvolk nutzbar zu machen wäre; eine

rationelle genossenschaftliche Organisation der bisherigen wie der neuen Selbstwirtschaftler würde dann das Uebrigste tun. Eine solche Agrarreform zum Losungswort des ganzen arbeitenden Landvolkes beider Nationen zu machen und mit seiner Hilfe durchzusetzen, dies wäre meines Erachtens das einzig richtige socialistische Agrarprogramm nicht nur für Ostgalizien, sondern, wenn auch aus etwas abweichenden Gründen, für ganz Galizien. *Ladislaus Gumpłowicz.*

In seiner unter dem Titel *Principielles zum Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten* veröffentlichten Replik (*Socialistische Monatshefte*, 1903. I. Bd., pag. 344 ff.) scheint Dr. Hellpach mich zu einer Discussion über *Uneinwegtheit* und Revision verleiten zu wollen. So schlimm soll es aber doch nicht kommen. Ohne Not begeben sich mich nicht aufs Glatteis und will es ihm auch nicht antun, ihn darauf zu locken. Deshalb lasse ich Müllerand gern und Turati noch lieber aus dem Spiel und komme auf den bescheidenen Ausgang der Polemik zurück, auf die Aeusserungen, die mir Zweifeln an der socialistischen Gesinnung Hellpachs autkommen liessen. Nach den Auseinandersetzungen Hellpachs im vorigen Heft dieser Zeitschrift sind diese Zweifel natürlich behoben; aber ich möchte doch kurz darlegen, dass ich nicht auf so ungeheuren Umwegen zu ihnen gekommen bin.

Hellpach nennt auf Seite 167 seines Buches *Nervosität und Cultur* das *Verhältnis eine wertvolle Erziehung zur Ehe* und schreibt auf Seite 173: »Auch hier, darf man behaupten, übt die Regelmässigkeit des Liebeslebens, wie das *Verhältnis* sie gewährt, einen heilsamen Einfluss aus, beugt sie der Gefährdung des Nervensystems durch seine sinnlichen Neigungen vor.« In seinem Artikel im Mai-Heft der *Socialistischen Monatshefte* hebt dann der Autor die Nachteile des *Verhältnisses* für das Mädchen hervor, um darauf der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* folgende Frage zur Erwägung vorzuschlagen: »Bedeutet die Zunahme der *Verhältnisse*, durch die damit heute ohne Zweifel verbundene sittliche Verflüchtigung, eine absolute Verschlechterung des ausser-ehelichen Liebeslebens oder bloss eine vorübergehende? Soll man danach das *Verhältnis* an sich zu gunsten der Alleinherrschaft der Prostitution beförden, oder kann man eher versuchen, es zu sittlich vornehmeren Formen zu entwickeln?« Um hier überhaupt fragen zu können, wenn man auf derselben Seite die schwereren Nachteile,

die die Sache für das Mädchen hat, schildert, muss man von diesem ganz abstrahieren und nur den Mann und seine Interessen im Auge haben. So schien es mir wenigstens, und so scheint es mir noch heute. Dies Verfahren, eine sociale Erscheinung lediglich nach ihren Wirkungen auf einen Bruchteil der Gesellschaft zu werten, nannte ich *unsocialistisch*.

Nun entgegnet mir Hellpach, er hätte kein allgemeines, im Hinblick auf das Gesellschaftsganze gefälltes Werturteil beabsichtigt, sondern eine »auf Grund psychologischer Untersuchung erfolgte Constatierung vorteilhafter seelischer Veränderungen in den männlichen Gliedern einer socialen Classe«. Darüber, was er zu sagen beabsichtigte, ist Hellpach natürlich der einzig Competente. Dass es sehr leicht war, aus den citierten Aeusserungen ein Werturteil herauszulesen, besonders in dem Zusammenhang, in dem sie sich finden — nämlich in einem *Liebesleben und Nervenleiden* überschriebenen Capitel eines Buchs —, wird mir, glaube ich, jeder unbefangene Leser einräumen.

Da Dr. Hellpach erklärt, die Ansicht, die ich angriff, nicht zu vertreten, fehlt der Polemik der Boden. Nur über die so übel aufgenommenen *Leitsätze* möchte ich, wo ich gerade das Wort habe, noch einiges zur Erläuterung sagen. Es ist nicht ohne Komik, dass der Geruch meiner *Unentwegtheit* Dr. Hellpach veranlasst hat, gerade das Wort *unverrückbare Leitsätze* zur Zielscheibe seines Spottes zu machen. Anstatt sich zu sagen, dass ich, wenn ich von *unverrückbaren Leitsätzen* spreche, eben auch solche meine, denkt er, ich hätte in den Falten des Parteiprogramms allerhand schöne Dinge herausgeschmüffelt, wie etwa Preislisten für die Wohltätigkeitsbazare oder socialdemokratische Normen über Canalisierung und Rieselfelder, um nun für sie Achtung zu fordern *alle Tage, bis an der Welt Ende*. Hellpach hat erst den Begriff lächerlich gemacht und dann darüber gelacht. Nun meinte ich aber wirklich nur, was ich geschrieben habe. Es gibt unverrückbare Leitsätze für den Socialdemokraten, und das sind eben jene, die aus der Definition des Begriffes *Socialdemokratie* folgen — ohne diesen Begriff zu erschöpfen — aus jenem Ideal, das in der Vergesellschaftung der Productionsmittel und in der Aufhebung jeder Classenherrschaft die Mittel zu seiner Verwirklichung sieht, dem Ideal der höchsten Gesellschaftsentwicklung auf der Crundlage socialer Gerechtigkeit. Diese *Leitsätze* ergeben sich aus der Vereinigung

socialer und demokratischer Kriterien, man braucht nicht lange zu tüfteln, um sie zu entdecken, sie sind einfach und elementar, aber sie sind schlechterdings unverrückbar. Weder das sociale Element — die Rücksicht auf das Gesellschaftsganze — noch das demokratische — die Forderung, dass in der Belastung und Beschränkung des einzelnen zum Wohle der Gesamtheit und in der Förderung des einzelnen durch das Ganze das grösstmögliche Mass von Gleichheit herrsche, kann fortfallen, ohne dass damit der Boden der Socialdemokratie verlassen würde. Das ist die *Unverrückbarkeit*, die Turati und sogar Millerand gelten lässt. Diese Ideale sind gleichsam der Stoff des Socialismus, der erst durch die Forderung der Vergesellschaftung der Productionsmittel und der Aufhebung der Classenherrschaft Umrisse und also Form bekommt. Man kann dies Ideal haben, ohne Socialdemokrat zu sein — zum Beispiel, wenn man einer transcendenten Macht seine Verwirklichung anheimstellt oder sie von rein ethischen Umwandlungen erwartet u.s.w. —, aber ohne dies Ideal ist man nicht Socialdemokrat. Das ist das Centrum, von dem glücklicherweise die Streitfrage *Revision oder Marxismus?*, *Transigenz oder Intransigenz?* oder wie sie sonst heissen möge, noch ein gut Stück entfernt liegt.

So wie ich Hellpachs Ausführungen verstanden — missverstanden — hatte, stand ihr Geist in unvereinbarem Widerspruch zu unverrückbaren Leitsätzen des Socialismus.

Oda Olberg.

Oda Olberg hat der Redaction der *Socialistischen Monatshefte* mitgeteilt, sie hätte nichts dagegen, wenn ich im selben Hefte auf ihre erneute *Einlegung* replizierte. Da sie indessen im vorstehenden selbst erklärt, dass durch meine Auslassungen im Mai-Hefte dieser Zeitschrift der Polemik der Boden entzogen sei, so sehe ich weder einen Anlass, noch eine logische Möglichkeit, diese Polemik fortzusetzen. Was den Excurs über das Wesen des demokratischen Socialismus betrifft, den Oda Olberg im zweiten Teil ihrer *Einlegung* zu halten für gut befunden hat, so ist es ja sicher sehr dankenswert, dass sie mich und die Leser der *Socialistischen Monatshefte* darüber belehren wollte. Nur hätte sie sich meines Erachtens diese Mühe sparen können, wenn sie meinen kurzen Sätzen über den gleichen Gegenstand auf Seite 345 des Mai-Hefstes, die in anderen Worten das Nämliche sagten, Beachtung geschenkt hätte.

Willy Hellpach.